Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

19. September 1977
Jg. 5, Nr. 38

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Südafrikanischer Studentenführer Steve Biko von Forsters Folterknechten ermordet

Todesursache sei ein „Hungerstreik". Um das Volk von Azania seiner Führer zu berauben und den Kampf des Volkes zu zerschlagen, läßt das Siedlerregime die Kämpfer und Führer des Befreiungskampfes in seinen Kerkern zu Tode foltern. Das sei, so Vorster, „der einzige Weg, wie verschiedene Volksgruppen in einem vielrassischen Land friedlich zusammenleben könnten". (Süddeutsche Zeitung, 15.9.77) Der Kampf des Volkes von Azania läßt nur einen Weg zu, und das ist der Sturz des Siedlerregimes Vorsters und die endgültige Vertreibung der Imperialisten aus Azania. – Ein Weg, den die Imperialisten mit allen Mitteln verhindern wollen.

Die westdeutschen Bourgeois raten diesem Siedlerregime durch ihre Bourgeoispresse, sie hätten Steve Biko doch nicht gleich so offen ermorden sollen, sondern ihn besser zwangsernährt, „wie dies auch im Ausland geschehe". Darin haben die westdeutschen Bourgeois ja Erfahrung.

Ein Vorschlag, über Kambodscha herzufallen – von William Buckley jr.

In der „Herald Tribune" vom 14.9.1977 haben die US-Imperialisten einen Versuchsballon starten lassen. William Buckley jr. hat in einem Kommentar die Interventionsabsichten ziemlich dreist darlegen müssen:

„Es ist mein völliger Ernst: Warum bewilligt der Kongreß kein Geld, um eine internationale Streitmacht zu finanzieren, über Kambodscha herzufallen? Diese Armee sollte vorrangig Asiaten umfassen – Thailänder besonders, aber auch Malaysier, Philippinos, Taiwanesen, Japaner. Abteilungen aus Nordvietnam und China sollten zugelassen sein und ausgewählte Vertreter aus Freiwilligeneinheiten anderer Länder, die Unterzeichner der Völkerrechtskonvention und der verschiedenen Protokolle über Menschrechte sind.

Unsere Inaktivität im Hinblick auf Kambodscha ist ein Verstoß, so schändlich wie unsere Inaktivität, die Juden vor der Massenvernichtung zu retten. Eigentlich schlimmer (...). Was in Kambodscha passiert, spottet jeder Rede, die von irgend einem Politiker in den Vereinten Nationen und sonstwo über unsere gemeinsame Anerkennung der Menschenrechte gehalten wurden. (...)"

Ein Kreuzzug gegen die demokratische Volksrevolution und den Aufbau des Sozialismus in Indochina, bestehend aus einem Söldnerheer von Marionetten und gekauften Elementen, das schwebt den US-Imperialisten vor.

US-Imperialisten vor.

Großbritannien: 57 000 Bäcker im Streik

Überall in Großbritannien sind seit der vergangenen Woche die Arbeiter in den Bäckereien und Backwarenfabriken im Streik. Sie fordern die Bezahlung der „Bank Holidays", einem englischen Feiertag; in diesem Jahr hatten die Bäcker zum ersten Mal an diesem Feiertag nicht gearbeitet. Die Arbeiter in den großen Bäckereien sind fast vollständig gewerkschaftlich organisiert. Die Streikbruchversuche der Kapitalisten und ihre Hetzpropagana, die die Ziele des Streiks von den Volksmassen isolieren soll, konnten bisher nichts ausrichten. Die Auslieferungsfahrer der Bäckereien und die Mühlenarbeiter unterstützen den Streik. Die Arbeiter hatten schon Ende August in einigen Landesteilen mit dem Streik begonnen.

„Auf natürliche Weise verschwunden"

Mit Togliattis verschiedenen „neuen" Thesen hat die revisionistische Entartung der ehemals Kommunistischen Partei Italiens angefangen. Jetzt will die KPI „den Begriff Marxismus-Leninismus aus den Statuten und Programmen der Partei streichen." In einem Interview, vom österreichischen Fernsehen am 16.9.77 gesendet, betonte ZK-Mitglied Radizie, „der Artikel 5 des Parteistatuts, der die Mitglieder zur Einhaltung der marxistisch-leninistischen Prinzipien verpflichtet", solle auf dem nächsten Parteienkongreß abgeschafft werden. „Der Ausdruck Marxismus-Leninismus ist aus dem Vokabular der KPI auf ganz natürliche Weise ohne ausdrückliche Verbote verschwunden, genau wie der Ausdruck Diktatur des Proletariats", fuhr er fort. Die revisionistischen Anwärter auf Regierungssessel beseitigen die letzten Spuren der revolutionären Vergangenheit der KPI. Die letzten? Noch nicht. „Auf natürliche Weise ohne ausdrückliche Verbote" wird der Name in Verbindung mit *dieser* Partei aus dem Vokabular der italienischen Arbeiterklasse verschwinden.

US-Imperialisten rüsten für einen Waffengang um Europa

US-imperialistische Aufrüstungspläne / Imperialistische Expansionsmanöver

„Amerika muß eine Abschreckungsmacht gegeben werden", war eine der jüngsten Anweisungen Carters an das US-Verteidigungsministerium. Vergrößerung der Truppenstationierungen in Westdeutschland und Verlegung der US-Truppen an die Ostgrenze, Aufrüstung der NATO mit taktischen Atomwaffen und eine jährliche Mindesterhöhung des Militärhaushaltes um 3 Prozent, bei einem gegenwärtigen Jahreshaushalt von 100 Milliarden Dollar, sind die ersten Schritte dazu. Die NATO-Mitgliedsländer haben sich ebenfalls zu der jährlichen dreiprozentigen Mindestaufstockung verpflichtet und unter Führung des weltgrößten Waffenherstellers und Waffenexporteurs werden jetzt die Waffensysteme erneuert, verbessert und standardisiert. „Die Vereinigten Staaten seien in einer neuen Phase der Erfindung", bezeichnet der US-Präsident die geplanten Aufrüstungen.

Ist es die Liebe zum Frieden, die den frömmelnden US-Imperialistenvertreter Carter treibt, die SU-Imperialisten mit allen Mitteln abzuschrecken? Carter hat eine „präsidiale Entscheidungsdenkschrift" über die „Grundzüge amerikanischer Rüstungspolitik und Strategie" verfaßt. Die Bundesrepublik wird nicht „preisgegeben", steht da drin.

In etlichen Reden hat der bigotte Chauvinist auf die Grundzüge amerikanischer Nichtpreisgabepolitik hingewiesen:

„Der Grundzug in der menschlichen Entwicklung läuft auf eine universale Verbreitung der Forderungen nach Menschenrechten hinaus. Die Amerikaner haben ein angestammtes Recht, sich mit diesem Prozeß zu identifizieren ... Für uns ist das eine unbedingte Verpflichtung und nicht bloß eine politische Attitüde ..."

Der Grundzug in der Entwicklung des amerikanischen Imperialismus ist Raub, Plünderung, Ausbeutung und Unterdrückung. Siegreich hatten die Völker Indochinas diese US-imperialistische Verbreitung der Menschenrechte in ihrem Land beendet. Die politischen Attitüden, denen die winkenden Milliarden und Millionen zugrundeliegen, stoßen jedoch noch auf andere Schwierigkeiten.

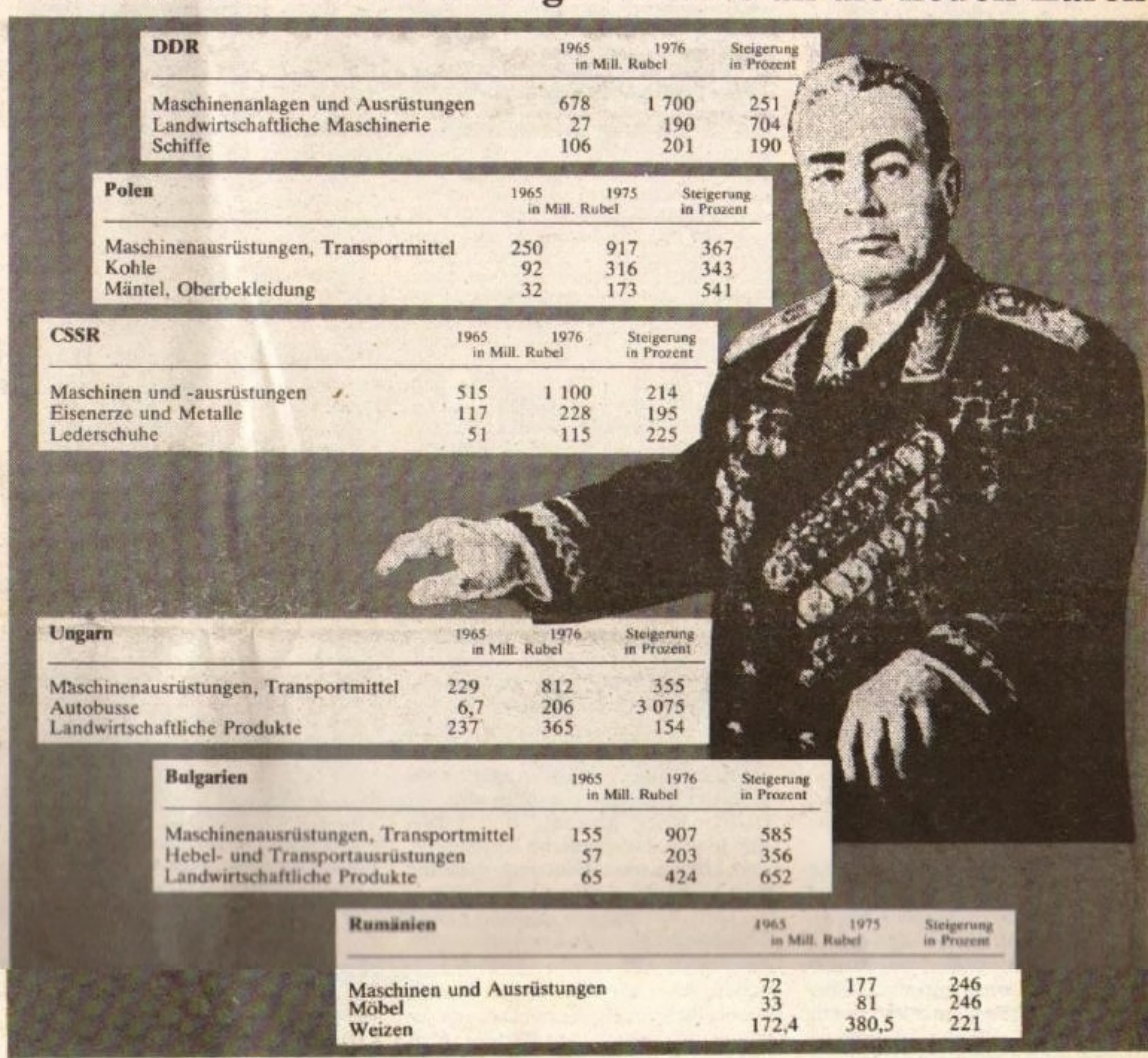
Die US-Imperialisten sind nicht die einzigen, die sich universal verbreiten wollen. Und Carter belegt es historisch: „Unser Sinn für Geschichte aber lehrt uns, daß wir und die Sowjetunion weiterhin miteinander konkurrieren werden."

Redet Carter von Nichtpreisgabe der Bundesrepublik, denkt er an die Fabrikanlagen und die gut ausgebildete Arbeiterklasse in Westdeutschland. Mit den SU-Imperialisten ringen die US-Imperialisten um die Vorherrschaft in Europa. Ob allerdings Carter das Ziel erreichen wird, seine „Abschreckmacht" in Westdeutschland zu verstärken, um die SU-Imperialisten gleich von vornherein angesichts der Übermacht zum „Verzicht" zu bewegen, oder die US- und NATO-Truppen die Vorstöße der SU-Imperialisten „elastisch auffangen" und die US-Imperialisten die Verteidigung möglichst weit nach Osten verlegen, um „Gebietsverluste zu vermeiden", das ist das gängige Tagesgespräch bei den imperialistischen Militärstrategen. Es kann wirklich keiner behaupten, daß die westdeutsche Arbeiterklasse ein Interesse hätte, gemeinsam mit den Ausbeutern und Unterdrückern im eigenen Land dem Expansionsdrang des US- und des westdeutschen Imperialismus Breschen zu schlagen.

Das Interesse der westdeutschen Arbeiterklasse ist die proletarische Revolution. Damit verhindert sie auch den Krieg. Der Kampf um den Abzug der fremden Truppen ist unabdingbar. Sie kosten nicht nur bereits jetzt, sie kosten auch schließlich den Sieg in der Revolution, wenn sie der Bourgeoisie als Reserve der Konterrevolution bleiben. Um sich einen richtigen Begriff von Carters „Universalplänen" zu ma-

Fortsetzung Seite 2

Internationale Arbeitsteilung – Tribute an die neuen Zaren



DDR	1965 in Mill. Rubel	1976 in Mill. Rubel	Steigerung in Prozent
Maschinenanlagen und Ausrüstungen	678	1 700	251
Landwirtschaftliche Maschinerie	27	190	704
Schiffe	106	201	190

Polen	1965 in Mill. Rubel	1975 in Mill. Rubel	Steigerung in Prozent
Maschinenausrüstungen, Transportmittel	250	917	367
Kohle	92	316	343
Mäntel, Oberbekleidung	32	173	541

CSSR	1965 in Mill. Rubel	1976 in Mill. Rubel	Steigerung in Prozent
Maschinen und -ausrüstungen	515	1 100	214
Eisenerze und Metalle	117	228	195
Lederschuhe	51	115	225

Ungarn	1965 in Mill. Rubel	1976 in Mill. Rubel	Steigerung in Prozent
Maschinenausrüstungen, Transportmittel	229	812	355
Autobusse	6,7	206	3 075
Landwirtschaftliche Produkte	237	365	154

Bulgarien	1965 in Mill. Rubel	1976 in Mill. Rubel	Steigerung in Prozent
Maschinenausrüstungen, Transportmittel	155	907	585
Hebel- und Transportausrüstungen	57	203	356
Landwirtschaftliche Produkte	65	424	652

Rumänien	1965 in Mill. Rubel	1975 in Mill. Rubel	Steigerung in Prozent
Maschinen und Ausrüstungen	72	177	246
Möbel	33	81	246
Weizen	172,4	380,5	221

Daten aus: Außenhandel der UdSSR 1976 (russisch), Moskau 1977

Als System der „internationalen Arbeitsteilung" versuchen die Sozialimperialisten ihre imperialistische, auf Ausbeutung und Ausplünderung fremder Völker zielende Politik auszugeben. Allein die Steigerung der wichtigsten Exportgüter der im Comecon den Sozialimperialisten unterworfenen Länder zeigt die gewaltigen Tribute, die die Sozialimperialisten diesen Ländern abpressen. Dieser „Arbeitsteilung" die ganze Welt zu unterwerfen, ist der Traum der neuen Zaren.

Für den Unterricht an Schulen zugelassen: Arbeitslöhne im Zerrspiegel des Schuljahres 77/78

Es ist wieder einmal soweit. Die Bundesbank appelliert an die „Tarifpartner", eine vernünftige Lohn- und Preispolitik zu machen. Die Ursache für diese Mahnung ist laut Auskunft der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" vom 16. September „die Feststellung der Notenbank, daß der Wirtschaftsaufschwung in der BRD in den vergangenen Monaten ins Stocken geraten ist". Man kennt diese Mahnungen und vor allem diese „Stockungen des Wirtschaftsaufschwungs" aus den letzten Tarifrunden. Immer, wenn die Arbeiter sich zusammenschließen, um für einen höheren Lohn zu kämpfen, wenn die Tarifrunde nahe ist, stockt der Wirtschaftsaufschwung.

Aber diese Artikel in der bürgerlichen Presse reichen nicht. Die Bourgeoisie nutzt es, daß die Jugend in den Schulen erzogen wird. Noch hat der bürgerliche Staat die Kontrolle über die Schulen. Über die Schulbücher versucht die Bourgeoisie täglich, die Arbeiterjugend und die gesamte Jugend des Volkes zu indoktrinieren, Tatsachen werden auf den Kopf gestellt, offene Lügen werden verbreitet. Bürgerliche Ideologie soll verhindern, daß die Arbeiterklasse den Lohnkampf aufnimmt. Dazu haben sie in Niedersachsen die Schulbuchkommissionen im wesentlichen mit Sozialdemokraten besetzt.

Die einfache Tatsache, daß die Arbeiterklasse im Kapitalismus nichts besitzt als ihre Arbeitskraft, die sie an den Kapitalisten als Eigentümer des Privateigentums an Produktionsmitteln verkauft, wird in diesen Schulbüchern auf den Kopf gestellt. Es wird so getan, als würde der Arbeiter stattdessen seine Arbeitsleistung, also das, was er an einem Tag, in einem Monat produziert, an den Kapitalisten verkaufen. Von dieser Verdrehung her wird dann fast in allen Büchern die „Kuchentheorie" entwickelt, das heißt, daß der Arbeiter sich in der Tarifrunde ein Stück vom Kuchen holen muß. Das ist blanker Reformismus. Er erscheint in verschiedensten Formen, z.B. so: „Die Gewerkschaften als Interessenverbände der Arbeitnehmer sind bestrebt, eine größere Verteilungsgerechtigkeit herbeizuführen", wobei als konkrete Maßnahme „eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik" genannt wird (Gesellschaft und Politik). Ganz so platt, wie's früher mit dem Kuchen gesagt wurde, wird's nicht mehr ausgedrückt. Dasselbe ist es aber.

Der Wert der Ware Arbeitskraft ergibt sich aus den Reproduktionskosten, also den Kosten, die zu ihrer Herstellung notwendig sind. Also das, was der Arbeiter an Muskeln, Nerven, Hirn, Bildungselementen den Produkten zufügt, muß für ihn wieder als Lohn bezahlt werden, so daß er das einzige, was er hat, die Arbeitskraft, weiter an den Kapitalisten verkaufen kann, daß er seine Familie ernähren kann, seine Kinder zur Schule schicken kann.

Der Arbeiterklasse geht es nicht darum, eine „größere Verteilungsgerechtigkeit" herzustellen, sondern darum, einen ausreichenden Lohn zu bekommen. Diese „Verteilungsgerechtigkeit" wird es nicht geben, denn: Wer verteilt? Die Kapitalistenklasse ist im Besitz der Produktionsmittel; sie wird nur rausrücken, was ihr die Arbeiter im selbständigen Lohnkampf abnehmen. Für die Arbeiterklasse geht es nicht um ein größeres Stück vom Ku-

Fortsetzung Seite 2

Rundreise einer Delegation des PAC (Pan Africanist Congress) von Azania (Südafrika)

mit Edwin L. Makoti, Mitglied des Zentralkomitees des PAC und Winston Mvusi, Hauptrepräsentant des PAC in London

Bremen. 19.9., 19.00 Uhr, Mehrzweckhochhaus, Universität
Oldenburg. 20.9., 20.00 Uhr, „Zur grünen Eiche"
Hannover. 21.9., 20.00 Uhr, Haus der Jugend, Europasaal
Göttingen. 22.9., 20.00 Uhr, „Drei Kronen", Mitteldorfstr.

Graf Lambsdorff: Finanzkapital mit blauem Blut

Raubritter auf den Ministersessel

Graf Lambsdorff, berufen zum Wirtschaftsminister des westdeutschen Finanzkapitals:

„Wir begrüßen den mutigen Diskussionsbeitrag des DGB-Vorsitzenden ... über Arbeitszeitverkürzungen auch einmal unter Verzicht auf Lohnausgleich reden zu wollen ... Für uns wird sehr viel davon abhängen, ob wir die Lehren aus der Rezession, aus den vergangenen Jahren zu ziehen in der Lage sind, ob wir den Mut dazu haben, zu sehen, daß gutgemeinte Aktionen in einer rezessiven Phase plötzlich Schattenseiten, Kehrseiten der Medaillen entwikkeln. Lassen Sie mich einige anführen, aber lassen Sie mich, um ja kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, gleich hinzufügen: Das heißt nicht, daß ich das etwa abgeschafft oder auch grundsätzlich geändert wissen wollte; ich möchte nur die Problematik deutlich machen.

Kündigungsschutz für ältere Mitarbeiter kann zu erhöhter Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen führen. Die flexible Altersgrenze mit 63 Jahren hat zu massivem Druck auf 63jährige zum Ausscheiden geführt, die gar nicht ausscheiden wollten ... Und Mindestlöhne, Sockelbeträge, auch Urlaubsgelder führen zu erhöhtem Rationalisierungsdruck gerade gegen minderqualifizierte Arbeit, die ohnehin am gefährdetsten ist. Dies gilt übrigens auch für die öffentliche Hand."

Dies sprach der Graf am 20.1.77 im Deutschen Bundestag. „Um ja kein Mißverständnis aufkommen zu lassen", dies sind die astreinen Überlegungen eines Bourgeois, gerade solche Dinge wie Kündigungsschutz, Mindestlöhne abzuschaffen, eine Drohung an die Arbeiterklasse und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, ja nicht an solchen Dingen festzuhalten – „zu ihrem eigenen Vorteil". Dieser feine Herr wird jetzt Bundeswirtschaftsminister. Wo sein Vorgänger hingeht, da kommt er her: aus den zentralen Sammelstellen des Kapitals, Lambsdorff aus dem Versicherungsgewerbe, Dr. jur, Versicherungsdirektor und Vorstandsmitglied der Victoria Rückversicherungs AG. Er hat das Kreditgeschäft, die Lieblingsbeschäftigung der verfaulenden Finanzbourgeoisie, aus dem Effeff gelernt.

Versicherungsagenten haben bekanntlich Schwierigkeiten mit der Ehrlichkeit. Es sind diejenigen, die die Volksmassen mit dem Kleingedruckten übers Ohr hauen. Darüber räsonniert der Graf Lambsdorff in der Bundestagsdebatte zum Jahreswirtschaftsbericht am 3.3.77:

„... Wir sollten versuchen, so ehrlich wie möglich zu argumentieren und so ehrlich wie möglich zu sein, um die Tatsachen so, wie wir sie sehen – diese Einschränkung muß jeder machen, denn Ehrlichkeit und Wahrheit sind subjektive Begriffe – auf den Tisch zu legen ..."

Mit markigen Worten über die deutsche Vorreiterrolle in Europa sprach er schon am 8.4.77 seinen Auftraggebern vom Finanzkapital aus dem Herzen:

„Wer einigermaßen objektiv und gerecht die Mitarbeit der Bundesregierung an diesem Europa beurteilen will ..., der muß zugestehen, daß die Bundesrepublik Deutschland, daß die Bundesregierung in den letzten Jahren eine führende Rolle in diesem Europa gespielt, daß die Initiative von uns ausgegangen ist, daß es an uns gelegen hat, diese Entwicklung vorwärtszutreiben, manchmal bis zu einem Grade, der uns aus allgemein politischen Gründen schon wieder eher etwas bedenklich erschienen ist, weil wir uns doch nicht eine politische Führungsrolle Nummer 1 anmaßen oder übernehmen wollen." „Aber insgesamt gesehen, wenn Sie den Saldo ziehen, ist dieses Europa für die Bundesrepublik auch – ich darf es einmal so nennen – wirtschaftlich und finanziell ein gutes Geschäft gewesen."

Das Geschäft wäre an sich unbedenklich, aber daß die westdeutsche Finanzbourgeoisie dadurch als imperialistischer Räuber von den Völkern der Welt erkannt wird, das ist reichlich unangenehm und schadet dem Geschäft der Ausplünderung.

„Die Bundesrepublik und die Bundesregierung machen die unangenehme Erfahrung eines jeden Bankiers. Der zukünftige Geldgeber wird hofiert; sobald er Geld gegeben hat und Gläubiger geworden ist, wird er eher kritisiert und ist gar nicht mehr so gerne gesehen. Das ist nicht so ganz einfach, ist aber eine Entwicklung, der wir uns nicht entziehen können. Nur muß ich sagen, daß ich wenig Verständnis etwa für Kritik aus Großbritannien an deutscher Wirtschaftspolitik – ausgerechnet im Rahmen der OECD (Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, Red.) – aufbringe." (In einer Rede vor dem Bundestag am 3.3.77)

Wer Gläubiger geworden ist, muß die Schulden eintreiben:

„Das Aufhäufen von Währungsreserven allein ist kein ideales Ergebnis, wenn man die Verschuldungsfrage unserer Abnehmerländer dabei berücksichtigt ... Jeder Unternehmer wird sehr leicht sagen können, daß er auf die Dauer seinen Kunden ohne Aussicht, seine Kredite auch einmal wiederzubekommen, nicht kreditieren kann."

Daß, um diese Aussicht zu erhöhen, massive Einmischungen des westdeutschen Imperialismus notwendig sind, versteht sich da von selbst. Daß diese risikoreichen Investitionen großzügig aus den Steuern der Massen rückversichert werden müssen, ebenso.

„Aber dieser Bürgschaftsrahmen ist nach außen wichtig, weil sonst viele unserer Partnerländer, insbesondere Entwicklungsländer, nicht belieferungsfähig wären ... Ohne diesen Bürgschaftsrahmen könnte man jedenfalls das politische Risiko ... den Lieferanten aus Deutschland wohl kaum zumuten."

Wohl kaum. Da ist den Volksmassen schon eher zuzumuten, in die Tasche zu greifen. Der Graf möchte eine „europakonforme" Mehrwertsteuererhöhung:

„Dabei möchte ich noch einmal sagen: Der Spielraum zur späteren Abschaffung der Gewerbesteuer durch Anpassung an die europäischen Umsatzsteuersätze wird auch mit einer Mehrwertsteuererhöhung um 2 Punkte in der Bundesrepublik am 1.1.78 nicht verfrühstückt." (Bundestagsdebatte 20.1.77)

Auf eine Zwischenfrage antwortete der Herr Graf:

„Der Durchschnittsatz liegt bei 16% und wir gehen jetzt auf 13%."

Sie ist erst einmal auf 12% gegangen, bleiben 4%, die nach Lambsdorffs Aussagen auf jeden Fall für eine Mehrwertsteuererhöhung noch drin sind.

Der gräfliche Versicherungsagent hat sich mit solchen Positionen natürlicherweise in die vordersten Reihen schieben können. Ein für ihn glücklicher Zufall hat seine jahrelange Jagd auf den Ministersessel zu vorzeitigem Erfolg verholfen. Das Karussell hat sich gedreht. Friderichs geht dahin, wo er herkam, und Graf Lambsdorff kommt an den Platz, für den er sich die ganze Zeit seiner Klasse schon empfohlen hat: auf einen Ministersessel der durch und durch faulenden westdeutschen Finanzbourgeoisie. – (Z-Red)

Fortsetzung von Seite 1

US-Imperialisten rüsten ...

chen: die „Randgebiete" müssen gedeckt werden. Der Kampf der Imperialisten um die Weltherrschaft entscheidet sich im Kampf um Europa. Der Kampf um Europa findet aber keineswegs bloß in Europa statt. Unter Randgebiete faßt Carters Denkschrift den Nahen Osten, den Persischen Golf und Asien. Dort werden, nachdem ja längere Zeit vom Abzug der US-Truppen die Rede war, „hochmobile Divisionen" stationiert, „ganz leichte". Zumindest eine Luftlandedivision und eine Heeresdivision. Nachdem man allerdings erfahren hat, daß Carter die Weltkugel ohne weiteres zu Randgebieten Europas erklärt hat, kann man sich auch eine Vorstellung von den „leichten hochmobilen" Divisionen machen.

Eine ganze Latte von Nichtpreisgabe und Universalverbreitungsübungen finden derzeit in Westdeutschland und Westeuropa statt. Insgesamt 30 Manöver führen die imperialistischen Armeen unter dem poetischen Sammelbegriff „Herbstschmiede" durch. Die Manöver wurden, wie könnte es auch anders sein, eröffnet mit der Landung der US-Truppen. Allein in Baden-Württemberg stehen 90000 NATO- und US-Truppen. Das wichtigste Manöver ist das Manöver „standhafte Chatten" (die Chatten waren ein germanischer Stamm, der von den Römern nicht unterjocht werden konnte). Mit 1000 Kampfpanzern, weiteren 1300 Kettenfahrzeugen und 38000 Soldaten wird bei Kassel die „grenznahe Abwehr" geübt.

An dem Manöver „Blauer Fuchs" – man erinnere sich an das Fernsehspiel Blau gegen Rot – sind neben 24000 Soldaten auch Heimatschutztruppen beteiligt.

Eine weitere Großübung mit 45000 Soldaten ist das Manöver „Durchschlagskraft", das von den Luftangriffsübungen „Kaltes Feuer" begleitet wird. Das waren bisher nur die Manöver, die in Westdeutschland durchgeführt werden. In den übrigen westeuropäischen Ländern üben die Imperialisten im Mittelmeer, dort vor allem die britischen und die US-Marine- und Lufteinheiten das „Entfaltungs-Manöver". In der Nordsee wird der U-Boot-Krieg geprobt, zum ersten Mal nimmt das spanische Regime teil, und Dänemarks Besetzung wird mit dem Manöver „Luftexpress" geübt.

„Die Vereinigten Staaten allein können eine gerechte Erschließung der Ressourcen der Welt ... nicht sicherstellen. Aber wir können und werden uns bei dieser Aufgabe mit anderen zusammenschließen", war Carters „Botschaft an die Welt" im Januar. Gerechtigkeit herrscht für die US-Imperialisten dann, wenn sie Beherrscher der Welt sind, ihr „angestammtes Recht". Um sie herzustellen, proben sie mit den NATO-Truppen in Westeuropa. Der sozialimperialistische Generalmajor Knyrkow beobachtet als geladener „Gast" die Manöver und schätzt die Chancen für die Sozialimperialisten im Krieg um Europa ab.

Mehr Mittel für die Wuchertätigkeit des Währungsfonds

BRD-Imperialisten kassieren mit

Ende September findet in Washington das jährliche Treffen der Mitgliedsländer des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank statt. Der Währungsfonds hat bereits eine Erhöhung der Mittel von 78,5 Milliarden DM auf 104,8 Miliarden DM – also um ein Drittel – beschlossen und das Ratifizierungsverfahren dafür läuft soeben. Auf der kommenden Sitzung soll nun erneut über eine Erhöhung der Mittel des Fonds beraten werden und eine entsprechende Vorlage bis zum 9. Februar des nächsten Jahres beschlossen werden. Die siebte allgemeine Überprüfung der Quoten wäre das. Wozu diese rasche Erweiterung?

Heute sind 131 Länder Mitglied im IWF. Jedes Land bekommt entsprechend seiner Wirtschaftskraft auf dem kapitalistischen Weltmarkt eine Quote zugeteilt. 25% dieser Quote muß das Land in Gold in den Fonds einzahlen, die anderen 75% kann es in seiner Landeswährung einzahlen. Übersteigen nun die Ausgaben eines Landes seine Einnahmen, weist also die Zahlungsbilanz ein Defizit auf, so gewährt der Währungsfonds einen Kredit. Von Stufe zu Stufe werden sowohl der Zins höher als auch die Auflagen erpresserischer. Die Höchstgrenze liegt dort, wo die Bestände des Fonds an der entsprechenden Währung 200% der Quote übersteigen. Da bereits 75% der Quote in Landeswährung eingezahlt sind, beträgt die Kreditgrenze 125% der Quote.

Ungleichgewichte der Zahlungsbilanzen verschiedener Länder sind in der kapitalistischen Produktionsweise unvermeidlich. Unter den Imperialisten sind sie Ergebnis des Konkurrenzkampfes, bei den Ländern der Dritten Welt sind die Defizite der Zahlungsbilanzen die Folge ihrer Ausbeutung durch den Imperialismus. Im vergangenen Jahr betrug das Defizit der Entwicklungsländer um die 20 Milliarden Dollar. Sie mußten es ausgleichen durch Kreditaufnahme. 55 Mitgliedsländer des IWF mußten im vergangenen Geschäftsjahr 1976/77 um Kredite nachsuchen. Das zahlungsunfähige Land muß in diesem Fall seine gesamte wirtschaftliche und politische Lage vor dem Fonds verhandeln, ehe das Kreditersuchen unter Auflagen erfüllt wird. Die Regierung des Schuldnerlandes gibt eigene Währung an den Fonds und kann dafür einen Kredit in der benötigten Währung erhalten. Im Frühjahr wurden die Schuldzinsen erhöht, außerdem waren die Ausleihungen fast doppelt so hoch wie noch ein Jahr zuvor. So mußten die Schuldnerländer knapp 2 Milliarden Zinsen aufbringen. Nur ein bißchen weniger – 1,88 Milliarden DM – wurden andererseits den Gläubigerländern an Zins ausgezahlt. Dies sind jene Länder, in deren Währungen ein Kredit verlangt wurde, weil sie Zahlungen verlangten, die das Schuldnerland nicht leisten konnte. Die Bestände ihrer Währungen im Fonds sinken unter 75%, und dafür gibt es Zinszahlung. An erster Stelle der Gläubiger, die den Zins einstecken, stehen die USA mit weitem Abstand. Dann folgen Westdeutschland, Japan, Frankreich, Belgien, die Niederlande.

Die Ungleichgewichte der verschiedenen Länder zueinander werden noch zunehmen. Sprunghaft ist in den letzten Jahren die Verschuldung gestiegen, und sie wird weiter steigen. Die imperialistischen Gläubiger nutzen diese Situation, um ihre Wuchergeschäfte auszubauen, und dabei ist der IWF unentbehrlich. – (Z-Red.)

Arbeitslöhne im Zerrspiegel des Schuljahres 77/78

Fortsetzung von Seite 1

chen, sondern darum, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen, um die Verfügung über die Produktionsmittel zu bekommen, und solange, wie das nicht geschafft ist, um einen hohen Preis für die Ware Arbeitskraft.

Der Reformismus, der der Arbeiterjugend in den Schulen eingebleut werden soll, verfolgt genau das entgegengesetzte Ziel. Die Arbeiter sollen vom Lohnkampf abgehalten werden, sie sollen ihre Interessen zugunsten der Kapitalistenklasse aufgeben. „Produktionssteigerungen führen meist zu wachsenden Gewinnen für den Betrieb, in der Regel ermöglichen sie auch für den Arbeitnehmer einen höheren Lohn oder eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich." (Klett, Seite 84) Jeder Arbeiter weiß aus Erfahrung, daß steigende Profite für ihn bedeuten, daß die Schweißauspressung durch Rationalisierungen vergrößert wird und daß immer mehr Klassenbrüder auf die Straße geworfen werden. Für die Kapitalisten bedeutet höherer Lohn immer Kürzung der Profite, deshalb müssen sie gesetzmäßig bei Strafe ihres Untergangs den Lohn der Arbeiter drücken. Dieser Klassenwiderspruch soll in den Schulbüchern verwischt werden. Als Nachweis, daß die Arbeiter gut fahren, wenn sie den Investitionsneigungen der Kapitalisten durch niedrige Lohnforderungen entgegenkommen, werden solche Unverschämtheiten geschrieben, daß die Arbeiter „Wellen" erlebt haben nach dem Zweiten Weltkrieg: die „Freßwelle", die „Bekleidungswelle", die „Einrichtungswelle", die „Reisewelle", die „Autowelle" und dann später auch noch die „Edelfreßwelle". (Hilligen, Seite 79)

Wer meint, bei den Sozialkundebüchern wäre diese Indoktrination schon klar, aber in den Naturwissenschaften kann es sowas nicht geben, der hat sich getäuscht. Im Biologiebuch „Biologie des Menschen, Lindner/Hüble" aus der Metzlerschen Verlagsanstalt kann man im Kapitel „Vererbungslehre" folgendes lesen: „Eine hervorragende technische Begabung besaß der Erfinder der Dynamomaschine und des elektrischen Telegraphen, Werner von Siemens. Auch seine beiden Brüder Wilhelm und Friedrich, sein Sohn Wilhelm und sein Vetter Georg zeichneten sich durch technische Begabung und Organisationstalent aus. Dieselben Fähigkeiten traten in der Familie Krupp bei Großvater, Vater und Sohn auf." (Seite 170) Wenn sich hier nicht schwärzeste Reaktion mit Reformismus verbindet! Beim „Kampf um Verteilungsgerechtigkeit" ist es dann natürlich gerecht, wenn diese hervorragenden Genies, die Krupp und Siemens, die von der Ausbeutung der Arbeiter leben, den Höchstprofit kriegen und die Arbeiter sich mit Reallohnabbau begnügen müssen. Und in „Biologie" von Lange, Strauß und Dobers (Schroedel) kann man dann auch noch zu guter Letzt lesen: „Die Begabung in einem bestimmten Bereich ist Voraussetzung, um in ihm (dem Menschen) besondere Leistungen zu erzielen. Durch Sachinteresse, Fleiß, Zielstrebigkeit, Ausdauer, Willens- und Gestaltungskraft können diese Leistungen noch gesteigert werden." Wenn das nicht das Ausbeuterpack bei der Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft unterstützt, was dann?

Die Jugend rebelliert gegen diese Indoktrination in der bürgerlichen Schule. Das ist gerecht und muß von der gesamten Klasse unterstützt werden.

Für diesen Dreck müssen die Arbeiterklasse und das Volk dann auch noch zahlen. 12,90 DM für Hilligen, 10,90 DM für die Vererbungslehre, so läßt sich die Liste beliebig erweitern. Da ist es nur recht und billig, daß die Kapitalisten und ihr Staat für die Lernmittel aufkommen.

Die bürgerliche Schule ist eine Klassenschule; von Objektivität oder Neutralität kann hier keine Rede sein, das ist Geschwätz vom Professorenpack, das von der Kapitalistenklasse gut bezahlt wird für diese Dienste.

Hinnehmen kann man das nicht länger. Die Bourgeoisie streckt ihre Krallen immer mehr aus nach der Jugend. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse die Kontrolle des Staates über die Schulen zerschlägt und die Einheitsschule unter der eigenen Herrschaft aufbaut.

„Qualitätsverbesserer"

Die Fabriken werden von den Kapitalisten immer mehr in Zuchthäuser für die Arbeiter verwandelt. Der Produktionsprozeß ist begleitet von der kleinlichst gehässigen Despotie, die schon beginnt, sobald man das Werksgelände betritt. Schnell zur Stechuhr, mit dem Gedanken im Kopf: „Hoffentlich bin ich noch pünktlich."

Drei Minuten zu spät bedeuten schon eine Viertelstunde Abzug vom Lohn.

Die Vollendung findet das ganze dann direkt im Produktionsprozeß, vor allem im Akkordsystem, wo die Arbeit so weit geteilt ist, daß pro Arbeitsgang noch nicht mal eine halbe Minute Zeit festgesetzt ist. Wie z.B. in der Stanzerei bei Karmann (Osnabrück), wo die Arbeiter teilweise nichts anderes zu tun haben, als einen Blechstreifen durch die Stanze zu schieben und per Knopfdruck einen Durchbruch oder ein Loch zu stanzen. Das Ganze ist verbunden mit einem höllischen Lärm, so daß man gezwungen ist, Ohrenschützer zu tragen, um den Lärm zu ertragen. Diese Produktionsweise zwingt die Arbeiter geradezu, schnell zu arbeiten, um möglichst früh vor Feierabend den Akkord geschafft zu haben. Während der Produktion ist es schier unmöglich, sich mit seinem Nachbarn zu unterhalten, und je mehr Zeit man für diese Arbeit aufwenden muß, desto mehr stumpft man ab. Für die Kapitalisten schafft das die Möglichkeit, den Akkord zu verschärfen.

Letzte Woche wurden Qualitätskontrollen von VW-Audi (Audi-Check) am VW-Kabrio-Band in der Fertigmontage durchgeführt. Drei Tage vorher wurde der Akkord, also Tage vorher wurde der Akkord, also die Stückzahl der Einheiten, von 30 auf 35 pro Schicht erhöht. Die Meister spielen sich auf wie Vasallen. Ganz außer sich gerieten die Kontrolleure von Audi, als Kabrios an ihnen vorbeirollten, an denen der Lack beschmutzt war. „Arbeiten hier kleine Kinder, die sich beim Arbeiten so schmutzig machen müssen, daß man ihre Hände sieht?"

Im Werkzeugbau schreiben die Meister mit dicker gelber Kreide die Daten an die Werkzeuge, wann sie von der Gruppe fertiggestellt sein müssen. Sind Verzögerungen abzusehen, machen sie ein Prozentzeichen dahinter. Was soviel heißt wie: „Wenn ihr nicht spurt, werden die Gruppenakkorde gesenkt, und es gibt weniger Kohle." Aber so sehr sich die Kapitalisten auch bemühen, die Arbeiter zum Arbeitsvieh zu degradieren, es gelingt ihnen nicht.

Seit einem guten halben Jahr machen drei Arbeiter in der Porsche-Kotflügel-Abteilung nicht mehr die volle Stückzahl, weil die Teile zu schlecht bearbeitet sind, der Akkord zu hoch ist und dementsprechend an die Qualität der Teile zu hohe Anforderungen gestellt werden.

Um diesen Widerstand zu brechen, wollen die Kapitalisten einen „Qualitätsverbesserer", wie die Arbeiter höhnisch sagen, einsetzen. Schon als der Name des Herrn bekannt wurde, war Aufruhr unter den Arbeitern der Abteilung. „Meltebrink", bekannt als Schinder und Denunziant unter sämtlichen Arbeitern bei Karmann. Sein Aufgabenbereich ist, daß er immer genau da eingesetzt wird, wo es „Schwierigkeiten" in der Produktion gibt, an sogenannten „Brennpunkten". Kürzlich war er noch im Karmann-Werk Rheine, jetzt in der Porsche-Abteilung Osnabrück. Wenn der eingesetzt wird, heißt das Druck und zusätzliche Quälerei der Arbeiter und verschärfte Auspressung. Die Arbeiter beraten schon, was sie dagegen machen können. Das wirksamste ist auf jeden Fall, den Lohnkampf zu führen in Verbindung mit dem Kampf gegen die Verschärfung der Arbeitshetze. Darüber wird diskutiert, denn wenn man was macht, dann einheitlich, das ist wichtig. Die Arbeiter bei Karmann wissen das aus eigener Erfahrung.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3 406. 3000 Hannover. Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 38 32000.

Kampf gegen die Senkung des Lohnstandards und die Verschärfung der Ausbeutung

Streiks / Kampfmaßnahmen / Vorbereitungen von Aktionen

Göttingen: Zeiss (Optik). Als bei Zeiss die Forderung nach 50 Pfennig mehr, weil die Lohn- und Gehaltsnachzahlung gestrichen worden war, aufgestellt worden war und auch auf der Betriebsversammlung unter Beifall vertreten wurde, lancierte die Mehrheit des Betriebsrates die Forderung nach einem 13. Monatslohn. Jetzt beginnen sich die Arbeiter in den einzelnen Abteilungen auf der Forderung nach 60 Pfennig sofort zu einigen. Der Wirtschaftsausschuß des Betriebsrates' tritt dagegen auf. Man müsse das tariflich abgesicherte Weihnachtsgeld und 2% von der Jahresbruttolohnsumme verlangen.

Sindelfingen, Stuttgart-Untertürkheim, Mettingen. Nachdem 20000 Daimler-Benz-Arbeiter, größtenteils in Mannheim und Sindelfingen, am Freitag letzter Woche für die Erhöhung des Weihnachtsgeldes und der Sondervergütung gestreikt hatten, setzte sich der Kampf am Montag in Untertürkheim fort. Die Produktionsabteilungen legten geschlossen bis auf wenige die Arbeit für eine halbe bis eine Stunde nieder. Am Dienstag organisierten die Arbeiter in Mettingen einen Warnstreik. Jetzt, spätestens nach dem Urlaub, wird es eindeutig: Der Lohn reicht vorn und hinten nicht mehr aus. Das Angebot der Kapitalisten, das Weihnachtsgeld und die Sondervergütung um insgesamt 150 DM zu erhöhen, hat die Arbeiter empört, deshalb haben sie gestreikt. Die Taktik der Sozialdemokratie kam deutlich heraus. Kein Streik fand in den Werken zur gleichen Zeit statt, in den einzelnen Werken versuchten sie die Beteiligung gering zu halten. In der Instandhaltung in Untertürkheim war kein Vertrauensmann informiert worden, daß die Arbeiter die Arbeit niederlegten. Dort stießen wir von der Aufbauzelle Daimler-Benz Untertürkheim und der Stadtzelle Böblingen mit der Taktik eine einheitliche Forderung von mindestens 400 Mark mehr Weihnachtsgeld auf guten Boden. In Sindelfingen konnten wir zwei Versammlungen mit zusammen 13 Arbeitern durchführen, auf denen man sich auf die 400 Mark vereinheitlichte und es klar war, daß die Kapitalisten um eine Lohnerhöhung rumkämen mit der Erhöhung des Weihnachtsgelds. Der erfolgreiche Kampf ums Weihnachtsgeld wird uns stärken für den Kampf um 60 Pfennig mehr in der Stunde.

Westberlin: ÖTV-Bereichsversammlung Jugendamt, Kindertagesheime, Heime und Jugendfreizeitheime am Bezirksamt Zehlendorf haben ein Lohnzettelplakat erstellt, auf dem zwei Lohnzettel untersucht werden und festgestellt wird: „In diesem Lohnkampf müssen wir einen Festbetrag durchsetzen, er muß über 200 DM liegen, außerdem einen Steuerfreibetrag, wie das die ÖTV-Mitgliederversammlung im Frühjahr beschlossen hat."

Hamburg. Am 14. September fand die Betriebsversammlung des Gesamthafenbetriebs statt. Nach dem Bericht des Betriebsrats trug ein Arbeiter eine Resolution vor, die von 21 Schauerleuten der Einteilungsstelle 1 unterschrieben war. Es werden darin die Forderungen aufgestellt: Weg mit Lohngruppe 2! Hafenarbeiter, die mindestens zwei Jahre im Besitz der Hafenkarte sind, müssen nach Lohngruppe 6 eingestuft werden! Lohnerhöhung nicht unter 220 Mark! Der Antrag wurde von Kurt Hoff, Versammlungsleiter und stellvertretender Vorsitzender der DKP in Hamburg, erstmal abgeblockt. Das dürfe man auf einer Betriebsversammlung gar nicht beschließen. Danach kamen jedoch verschiedene Kollegen, die Redebeiträge dagegen hielten, in denen die Willkür der Kapitalisten und die Ausbeutung angegriffen wird. Am Schluß der Versammlung wurde noch ein Antrag gegen die Fahrpreiserhöhungen beschlossen und der Antrag zum Lohn und zu den Lohngruppen wurde als Material für die Arbeit des Vertrauensleutekörpers angenommen. Der anwesende Gewerkschaftssekretär und Mitglied der Hamburger Bürgerschaft Erich Rumpel sagte, daß er sich für die Streichung der Lohngruppe 2 stark machen würde. Er hatte sich geweigert, auf die Frage zu antworten, wie er in der Bürgerschaft stimmen werde.

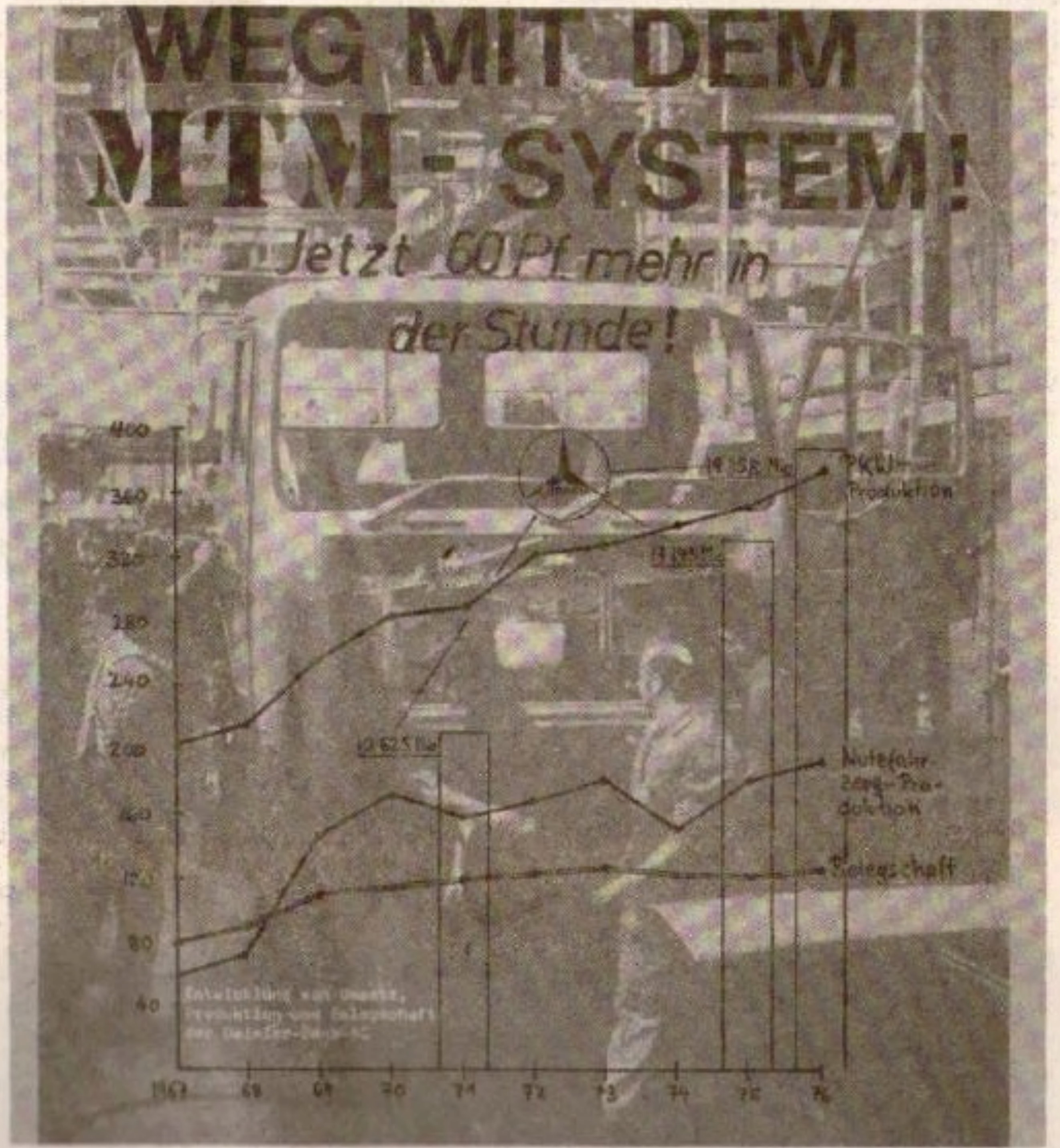
Hannover: Massey-Ferguson / Hanomag: Mehrere Abteilungen, darunter der Perkins-Motorenbau, diskutieren die Forderung nach den 60 Pfennig mehr. Die Sozialdemokraten treten dagegen auf: Man müsse erst die Schmutz- und Ölzulage erkämpfen.

Schwetzingen / Hockenheim. Seit Februar gibt es bei der Firma Rebstein keine regelmäßige Lohnauszahlung. 100 Beschäftigte, hauptsächlich Arbeiterinnen, müssen dort für einen Stundenlohn von etwa 6,20 DM Werbemittel im Akkord herstellen. Seit Februar gibt es keinen Lohn mehr über die Bank, weil die das Geld sofort für die Schulden pfänden würde. Seither wird es nur noch mit etlichen Wochen Verspätung in bar ausgezahlt. Sechs bis zu einer Stunde dauernde Streiks wurden für die Forderung nach pünktlicher Lohnauszahlung bisher durchgeführt. Außerdem wurden von der Firma teilweise die Krankenversicherungsbeiträge nicht überwiesen. Anfang September haben die Angestellten wieder gestreikt, nachdem sie am Mittwoch noch kein Geld hatten, wurde für Donnerstag wieder ein Streik beschlossen. Am 15.9. mußten die Arbeiter ausbezahlt werden. Der Chef und der Betriebsrat versuchen, auf den 23.9., zu vertrösten, an dem Geld aus Beirut käme. Unter den Arbeitern und Angestellten wurden jetzt folgende Forderungen diskutiert: Sofortige Auszahlung der Augustlöhne an alle. Wöchentlich Lohnauszahlung, sonst Streik. Beraten wird über einen offenen Brief an die Gewerkschaft Chemie-Papier-Keramik mit der Aufforderung, diesen Kampf zu unterstützen. – (Zelle Schwetzingen/Hockenheim, Bezirk Unterer Neckar)

VFW-Fokker Bremen. August: verschiedene Aktionen (Streik und Demonstration durch Werk und Innenstadt) gegen die drohenden Entlassungen im Zusammenhang mit der Fusion mit Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Eine Abteilung nimmt an der IG-Metall-Demonstration am 25. August teil mit den Forderungen „Keine Entlassung – für Arbeitsplätze mit ausreichendem Lohn, 100 DM mehr!"; bereits morgens marschiert die Belegschaft durch den Betrieb und dann in die Innenstadt, unterstützt durch die Belegschaften von VFW aus Speyer, Lemwerder, Hoykenkamp, Varel, Nordenham. September: Als sich verbreitet, daß Geld nur noch bis zum 15. September da ist, wird auf der Vertrauensleutesitzung vorgeschlagen, folgende Forderungen zu beschließen: „Keine Entlassungen, keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, keine Lohnsenkungen – sonst Streik!". Dies wird unterstützt. Die Sozialdemokraten können die Beschlußfassung mit dem Hinweis erst einmal genauer Klärung abblocken.

SEL Mannheim. Gegen den drohenden Abbau von ca. 100 Arbeitsplätzen streikten am Dienstag und Mittwoch letzter Woche die 900 Arbeiter von SEL Mannheim jeweils eine halbe Stunde. Die Geschäftsleitung will die Produktion ziviler Funkgeräte im Westberliner SEL-Werk konzentrieren, wodurch in Mannheim nur die Produktion militärischer Funk- und Navigationsgeräte verbliebe. Die Geschäftsleitung erklärte auf der außerordentlichen Betriebsversammlung am Dienstag, die durch den Streik erzwungen wurde, daß durch die Verlagerung kein Arbeitsplatz verloren gehe. „Es sei in den nächsten Jahren auf dem Sektor Navigationsgeräte eine bedeutende Aufwärtsentwicklung zu erwarten." (Mannheimer Morgen, 7. September)

Seit 1972 wurde die Belegschaft des Mannheimer SEL-Werkes bereits von 1800 auf 900 runterrationalisiert. Völlig ungeeignet, um den Kampf gegen die Rationalisierungsangriffe der SEL-Kapitalisten zu führen, ist dagegen das Vorgehen des Betriebsrates. Er erinnert an die Zusage, die gesamte Zivilfunk-Produktion im Mannheimer Werk zu konzentrieren. „Diese Zusage wurde nie im vollen Umfang erfüllt, und jetzt wird sie einfach vom Tisch gefegt", heißt es in seiner Presseerklärung. Auf diese Weise macht die Sozialdemokratie dabei mit, die Belegschaften der verschiedenen SEL-Werke gegeneinander auszuspielen und die Durchsetzung der Pläne zu ermöglichen.



Plakat der Daimler-Benz-Zelle des KBW

Sozialdemokratische Abstumpfungsversuche

Dieser Lohnabschluß in der Metallindustrie wird keine 12 Monate halten. Das war nicht allein die Meinung der Revolutionäre, sondern auch die breiter Teile der Arbeiterklasse. Nach dem Urlaub wird von der Erhöhung nichts mehr übrig bleiben, hatten wir damals geschrieben.

Die westdeutschen Kapitalisten haben die Produktivität gewaltig gesteigert. Am krassesten sieht man es in der Automobilindustrie. Die Regierung hat unter Federführung der Sozialdemokraten die Ausplünderung der Volksmassen gewaltig gesteigert. Die jetzt beschlossenen „konjunkturfördernden Maßnahmen" bilden einen neuen Vorstoß auf die Löhne der Massen.

Der geplante Steuerbetrug „Anhebung des Weihnachtsgeldfreibetrages" und „Anhebung der Steuerfreibeträge" muß durchgesetzt werden. Dafür fordert Apel die „Allparteienregierung" in der Steuerpolitik. Unter der Lüge von Steuerentlastung soll der wachsende Widerstand der Arbeiterklasse gegen die steigende Steuerlast abgestumpft werden. Der andere Feldzug der Abstumpfung wird von den gewerkschaftlichen Spitzensozialdemokraten in den Betrieben geführt. Im ganzen Land tobt der Kampf der Arbeiterklasse gegen Lohnsenkungen, Rationalisierungen, Entlassungen und Verschärfungen der Arbeitshetze. Um die Kapitalistenklasse zurückzuschlagen in ihren Angriffen, ist ein großer Kampf nötig.

Der Kleinkrieg in den Betrieben tobt. Erfolge sind möglich: diesen oder jenen Angriff abzuwehren bis der nächste erfolgt, aber entscheidende Siege nicht. Im Kampf um den Lohn muß aber ein Sieg erstritten werden. Die Lage dafür ist reif. Er kann aber nur durch die gesamte Arbeiterklasse erstritten werden.

Seitens der Sozialdemokratie wird heftig die Abstumpfung der Widersprüche betrieben. Einzelne, vorwiegend große Betriebe sollen vorzeitig aus der Front herausgebrochen werden. Dies wurde bei Opel an der Weihnachtsgelderhöhung gemacht. Und derzeit am intensivsten, indem die Daimler-Benz-Belegschaften in ein Geplänkel um eine geringe Erhöhung des Weihnachtsgeldes getrieben wird.

Die Gefahr ist, daß das Manöver verfängt und wirkt. Man ist schlicht hereingefallen, wenn anläßlich der Streiks bei Daimler Benz die Auffassung vertreten wird, daß diese die Bedingungen für den Kampf um ausreichenden Lohn der Arbeiterklasse verbessern würde. Die hundert Mark Weihnachtsgeld in vier oder sechs Betrieben ist einfach zu wenig, gegenüber dem, was die ganze Arbeiterklasse der westdeutschen Kapitalistenklasse abtrotzen kann, wenn sie für 60 Pfennig mehr pro Stunde und die Stahlarbeiter wie der öffentliche Dienst für Tariferhöhungen von 220 DM streiken. Der andere Fehler liegt darin, nur den Betrieb zu sehen, in dem man selbst arbeitet, und nicht zu sehen, daß nur der Kampf der ganzen Klasse gegen die Kapitalisten auf Dauer was erreicht.

Sicher wäre, würden die Daimler-Benz-Arbeiter für 60 Pfennig mehr streiken, würden bereits zig tausend im ganzen Land für 60 Pfennig streiken. Welche Möglichkeiten der Spaltung der unweigerlich kommenden Kämpfe sich ergeben, wenn die Auseinandersetzung um die Aufstellung einer einheitlichen Forderung von 60 Pfennig zugunsten von mehr Weihnachtsgeld als die Sozialdemokraten es fordern, aufgegeben, wird, gar nicht auszudenken.

Die neue Festlegung der Lohnhöhe verlangt nach einer Lösung für die gesamte westdeutsche Arbeiterklasse. Die Bedingungen für diesen Kampf sind reif, was die vielen Berichte zeigen. An Organisatoren fehlt es auch nicht. Die Ansicht, jetzt beim Weihnachtsgeld einen kleinen Brokken rauszuholen und da bei den Tarifkämpfen zuzufassen, ist trügerisch. Läßt man sich jetzt abspeisen und noch spalten, wird's nachher nicht viel zum Zufassen geben. Jetzt das erkämpfen, was möglich ist, und dann, gestärkt während der Tarifkampfes die 60 Pfennig mit abzusichern, das ist nötig und nur so rum geht's. – (Z-Red)

Leinen los für die imperialistischen Konkurrenzschlachten und die kapitalistische Rationalisierung

Maßnahmen der Regierung

Alles für die Konkurrenzschlacht. In diesem Sinne will die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung „Maßnahmen zur Konjunkturbelebung" durchsetzen. Durch verstärkte Steigerung der öffentlichen Ausgaben sollen die Kapitalisten subventioniert werden. Das dafür nötige Geld soll den Volksmassen in „gebündelter Weise" abgenommen werden. Die Maßnahmen dafür sind vielfältig und wurden bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe lediglich in Andeutungen veröffentlicht. In welcher Weise die Arbeiterklasse und die Volksmassen davon betroffen werden, kann man fassen im Spektrum von Verschärfung der Steuerauspressung bis zur Subventionierung der Bauwirtschaft; letzteres zwecks zuchthausmäßiger Zusammenfassung von älteren und pflegebedürftigen Menschen im Sinne des Ehrenbergschen Plans zur schnelleren Überführung ins Jenseits. Zum Zwecke der Durchsetzung ist es nötig, „eine Allparteienregierung in der Steuerpolitik zusammenzubekommen", bemerkt Apel zur Durchsetzung dieser Maßnahmen. „Bitte beziehen sie neue Positionen, wir müssen schnell handeln." Zum einzelnen:

– *Erhöhung des Steuerfreibetrages* von 510 DM / 1020 DM (Ledige und Verheiratete) und Erhöhung des Freibetrages für das Weihnachtsgeld von 100 DM auf 400 DM. Rein rechnerisch ergibt sich eine Steuersenkung von 16 DM. Wird hingegen der Lohn brutto um rund 67 DM erhöht, ist die Lohnsteuerersparnis weg, ehe sie jemals ausgezahlt worden ist. Der Betrug soll der „Entlastung der Lohnpolitik" dienen und wird als Ergebnis die Beutel der Kapitalisten füllen.

– *Verbesserung der Abschreibungsbedingungen* von Maschinen und Gebäuden für die Kapitalisten. Eine seit langem erhobene Forderung der westdeutschen Kapitalisten, um gegenüber der Konkurrenz Vorteile zu erzielen, so daß ihre Anlagen und Gebäude schneller von der Steuer abgeschrieben werden können und geringerer Besteuerung unterliegen.

– *Die Investitionszulage für Forschungs- und Entwicklungsprojekte* soll auf 15% verdoppelt werden. Dafür, daß die Kapitalisten neue Technologien entwickeln zur Verschärfung der Ausbeutung, erhalten sie staatliche Subventionen.

– *Das Existenzgründungsprogramm:* Danach sollen die zinsgünstigen Kredite, die für Neugründungen von Firmen vorgesehen sind, aufgestockt werden.

– Die grundbesitzenden Kapitalisten sollen *20% Zuschüsse für wärmedämmende Um- und Neubauten* erhalten.

– 1,77 Milliarden DM sollen der *Förderung des sozialen Wohnungsbaus* zukommen, zu dem die Länder ebenfalls noch erhöhte Zuschüsse bereitstellen sollen, um den Baukapitalisten Profite zu garantieren.

– Mit der *Einführung des Zeittaktes* will die Bundespost ihre Profite und Investitionen im Fernmeldewesen durch die Volksmassen zahlen lassen. Festlegungen zur Subvention der Kapitalisten zwecks Verbesserung deren Konkurrenzbedingungen werden sich in den „Beschlüssen zur Belebung der Konjunktur" wiederfinden. Wie auf der anderen Seite die Vielzahl der Ausplünderungsmaßnahmen vorhanden sein werden, mit denen die erhöhte Verschuldung und Zinslast des Bundeshaushaltes von 188 Milliarden beglichen werden kann.

Gleichzeitig hat der Minister Ehrenberg neue Gedanken aus seinem Schreibtisch der Presse vorgetragen, um das westdeutsche Schlachtschiff für den Konkurrenzkampf auf Vordermann zu bringen.

Bisher brauchten die Rentner keinen Krankenkassenbeitrag zahlen, wovon auch? Jetzt will die Einführung eines Versicherungsbetrages für Rentner zur Krankenkasse geplant. Können viele der verrenteten Arbeiter sich nicht mehr die Medikamente zur Behandlung ihrer Krankheiten leisten, so sollen sie durch Krankenkassenbeiträge noch einen Tuck schneller unter die Erde gebracht werden.

Für die schwerbeschädigten Arbeiter mit 60 Jahren soll die Möglichkeit der flexiblen Altersgrenze eingeführt werden. Schwerbehindert und alt, da kann nicht viel zu holen sein für die Kapitalisten, also raus aus der Produktion. Die Rentenversicherungen sind pleite, also müssen die alten Quellen neu erschlossen werden. Ehrenberg hat den langersehnten Coup bereit. Werden schwerbeschädigte, alte Arbeiter aus der Profitproduktion ausgesäubert, können dafür ja jüngere eingestellt werden, was gewiß nicht der Fall sein wird. Werden also jüngere eingestellt, dann sind weniger jüngere arbeitslos. Und wenn weniger Arbeitslose geführt werden, können bei der Arbeitslosenversicherung entsprechende Einsparungen bei den Ausgaben getroffen werden. Unter dem Motto „Die Sozialversicherungen müssen wieder Kapitalgeber werden".

Die Arbeiterklasse wird zur zunehmenden Überstundenschinderei gezwungen. Arbeiten an Sonn- und Feiertagen werden mit erhöhten Zuschlägen beglichen. Sonn- und Feiertagszuschläge sollen nach Ehrenbergs Schreibtischplanerei genau wie alle einmaligen Zahlungen wie Urlaubsgeld oder Weihnachtsgeld den gleichen Sozialabgaben wie dem Normalverdienst unterliegen.

Die Regierung legt Dampf vor in Betrug, Ausplünderung der Arbeiterklasse und Volksmassen und der Subventionierung der Kapitalisten.

„Bundesarbeitsminister Ehrenberg forderte Länder und Gemeinden auf, dem expansiven Beispiel des Bundes zu folgen und endlich mehr Tempo vorzulegen. Es lägen vielfältige Bedürfnisse vor: ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen und Beratungen. Warum gehen die Gemeinden hier nicht offensiver vor?" fragte Ehrenberg und forderte: „Schluß mit der Trägheit im Ausbau derartiger Einrichtungen!" (Frankfurter Rundschau, 17.9.) Schafft sie zusammen in Einrichtungen, in denen man sie der Endlösung näherbringen kann, lautet sein Ausruf, macht Schluß mit der Trägheit, das Ganze wird doch staatlich subventioniert.

Die Arbeiterklasse wird nicht nur um den Lohn kämpfen müssen, um der staatlichen Ausplünderung Gegenwehr zu leisten, sondern sie wird diese Programme der Bourgeoisie bekämpfen müssen, wenn sie nicht als Klasse verheizt und ab 60 unter die Erde gebracht werden will. – (Z-Red)

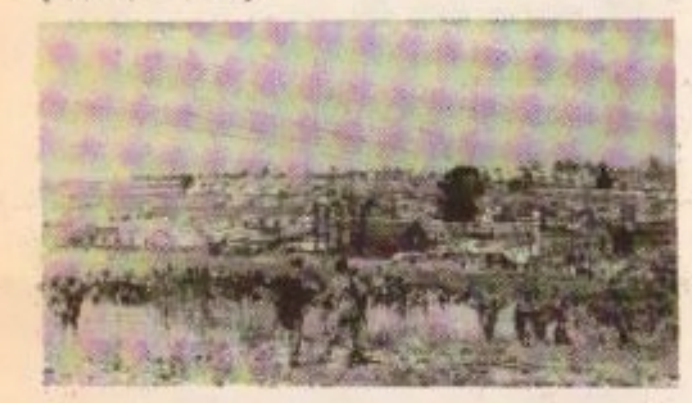
Südafrika: Arbeitsbedingungen und Investoren

Vorster 1968: „Es ist wahr, daß Schwarze für uns arbeiten. Sie werden damit generationenlang fortfahren, für uns zu arbeiten, trotz des Plans, den wir haben, sie vollständig zu trennen (separate). Sicher ist uns das allen klar..." „Der Kern der Sache ist der: Wir brauchen sie, weil sie für uns arbeiten..., aber die Tatsache, daß sie für uns arbeiten, kann niemals – wenn man dies als das eigene Kriterium akzeptiert, würde das bedeuten, jetzt sein Todesurteil zu unterschreiben – sie dazu berechtigen, politische Rechte zu beanspruchen. Nicht jetzt und nicht in der Zukunft. Dabei macht es keinen Unterschied, ob sie hier sind auf gewisse Dauer oder nicht..." (Äußerung zu den Bantustans)



Durch das Landgesetz von 1936 wurden die Afrikaner in die überbevölkerten und unfruchtbaren Bantustans gezwungen. Dadurch wurde den von der landwirtschaftlichen Produktion lebenden Afrikanern die Existenzgrundlage geraubt und sie waren gezwungen, ihre Arbeitskraft (wollten sie nicht verhungern) weit weg von der Familie in den „weißen"" Gebieten an die Kapitalisten zu verkaufen.

Von den insgesamt 18,63 Millionen Schwarzen sind nach einer Statistik der „Bundesstelle für Außenhandelsinformationen" 4,4 Millionen beschäftigt und etwa 1 Million arbeitslos (Ende 1976).





Die Bantustans sind Konzentrationslager, in denen ein Teil der afrikanischen Massen zwangsweise arbeitslos gehalten wird, um für die Kapitalisten stets billiges Arbeitsreservoir zu haben. 35% der arbeitsfähigen Männer, die theoretisch in den Bantustans leben, sind tatsächlich abwesend, während viele andere bei den Arbeitsbüros der Kolonialregierung in den Bantustans anstehen und auf eine Gelegenheit warten, ausgebeutet zu werden. Über 70% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung ist in das Wanderarbeitssystem verwickelt. Eine 1974 veröffentlichte Studie zeigt auf, daß es die stärksten und gesündesten Männer sind, die die Bantustans verlassen können. In Venda z.B. besteht die Bevölkerung im Alter zwischen 30 und 39 Jahren zu 84% aus Frauen und im Alter von 40 bis 49 Jahren sind es 75%.

„Afrikanische Frauen, die als Hausangestellte im Gebiet der West-Rand Bantu-Verwaltung arbeiten, sind gezwungen, ein offizielles Dokument zu unterschreiben, daß sie ihren Kindern niemals erlauben, sie zum Haus des Arbeitgebers zu begleiten." (Aus pro veritate 10/73) Bei Nichtbefolgen ist der Arbeitsvertrag sofort aufgelöst.

Gleichzeitig wird gegenwärtig ein Zwangsarbeitssystem aufgebaut für diejenigen, die ohne Arbeitserlaubnis sich in weißen Gebieten aufhalten, deren Pässe also nicht in Ordnung sind, und „aufsässige Elemente". Sie müssen bis zu 3 Jahren in „Umerziehungslagern" für „Faulenzer und Streuner" kostenlos für die Kolonialregierung innerhalb der Bantustans arbeiten. Wer wegen eines Paßvergehens verurteilt ist, kann bis zu 3 Jahren in ein „Umerziehungslager" deportiert werden. Die Zwangsarbeit soll bis zu 56 Stunden in der Woche erfolgen ohne Bezahlung. Der Leiter ist ein Weißer, den die Abteilung für Bantu-Angelegenheiten ernennt. Als Strafen gibt es Nahrungsentzug für einen Tag, bis zu 3 zusätzlichen Arbeitsstunden, Einzelhaft, Besuchs- und Postverbot.

Bei solcher Art Zuchthausordnung ist verständlich, daß einerseits die westdeutschen Imperialisten „insgesamt die wirtschaftlichen Voraussetzungen als nicht ungünstig" in Südafrika ansehen, andererseits sei Voraussetzung, „daß in den politischen Verhältnissen im südlichen Afrika keine schwerwiegenden Störungsfaktoren auftreten". Den Imperialisten schwant etwas. Die Zuchthausordnung ruft notwendig Widerstand hervor.

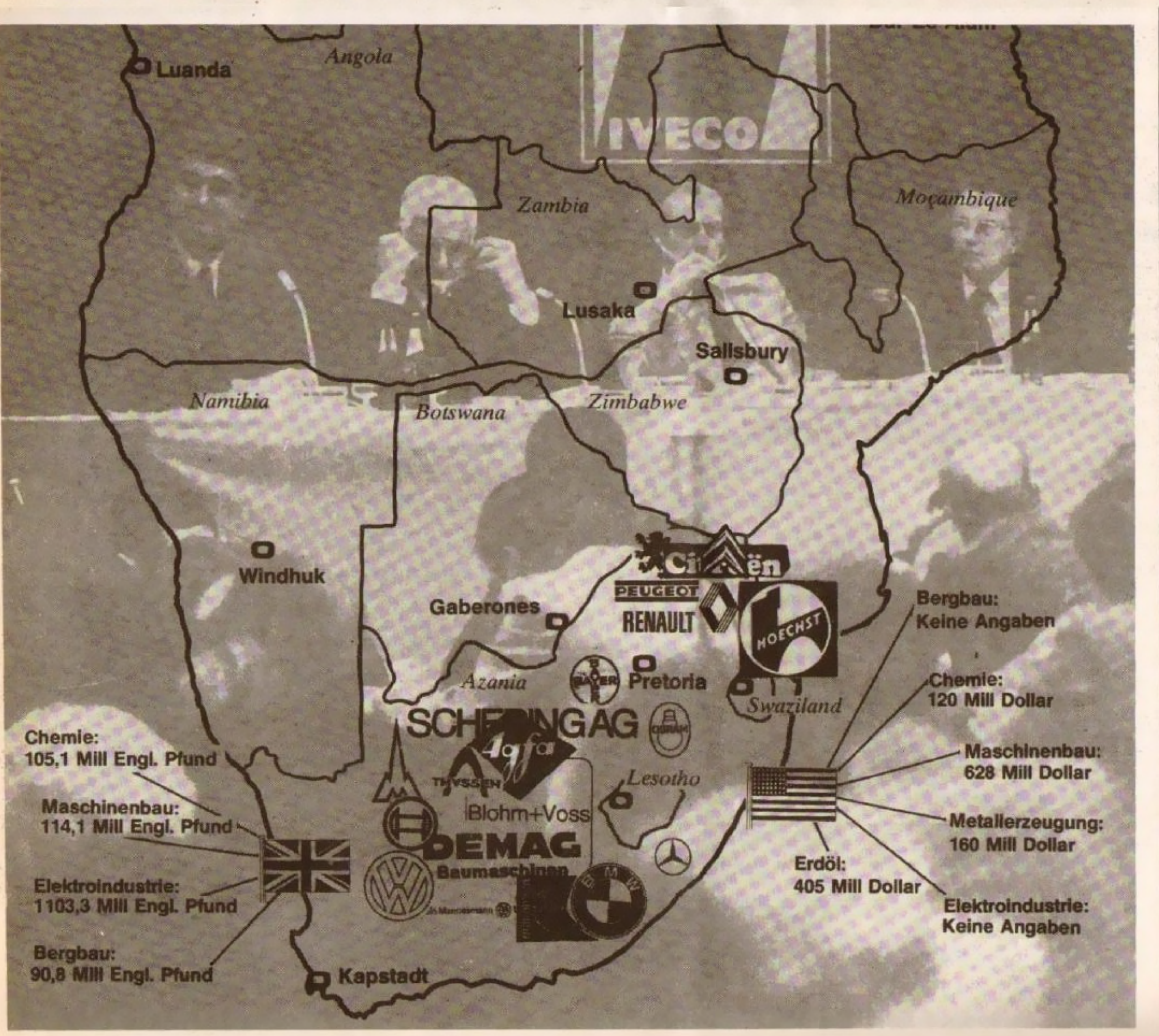


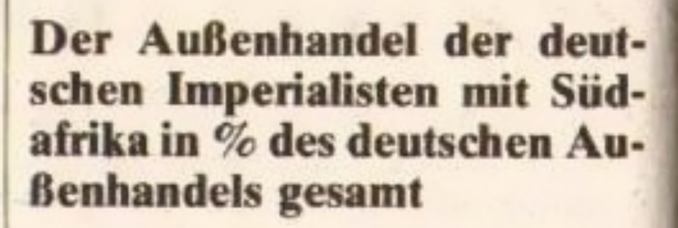
Durchschnittslöhne nach Rassengruppen und ausgewählten Industriezweigen in Südafrika (in Rand)
(In Klammern die durchschnittliche Erhöhung 1972 in %)

	Weiße	Mischlinge	Asiaten	Afrikaner
Verarbeitende Industrie Stand: Mai 1973	385 (9,4)	101 (14,8)	106 (12,8)	70 (16,7)
darunter:				
Chemie	404	114	151	74
Maschinenbau	397	124	180	80
Elektromaschinen	367	122	125	85
Transportausrüstungen	380	133	153	86
Elektroindustrie	415 (10,6)	105 (7,1)	–	80 (9,6)
Baugewerbe Stand: Mai 1973	408 (10,6)	138 (8,7)	194 (20,5)	71 (18,3)
Landwirtschaft Stand: 1. Quartal 1973	384	47	–	61
Bergbau Stand: Mai 1973	437 (11,8)	102 (24,4)	136 (8,8)	30 (25,0)

Tabelle aus Rode, Die Südafrikapolitik der BRD 1968–72

Unternehmen	Investitionsbestand	(Jahr)	Umsatz	(Jahr)	Beschäftigte	(Jahr)
Siemens	350 Mio DM	(1975)	80 Mio R	(1972/73)	5000	(1974)
Hoechst	140 Mio DM	(1973)	25 Mio R	(1972)	1000	(1973)
VW	25 Mio R	(1972)	80 Mio R	(1972)	3719	(1972)
Daimler-Benz	18 Mio R	(1973)	324 Mio DM	(1971)	1560	(1971)
DEMAG	5 Mio R	(1963)	4,5 Mio R	(1969)		
Klöckner-Gruppe	3 Mio R	(1972)	33 Mio DM	(1973)	700	(1971)
AEG	4 Mio R	(1973)	16 Mio DM	(1973)		
Bayer	2 Mio R	(1971)				
Gesamtinvestitionen USA 1975	1578 Mill Dollar					
Gesamtinvestitionen Großbritannien 1974	997,2 Mio Engl. Pfund					





Der Außenhandel der deutschen Imperialisten mit Südafrika in % des deutschen Außenhandels gesamt

Unter dieser Überschrift berichtet die „Afrika-Post", Sprachorgan des rassistischen Siedlerregimes in Westdeutschland, über die erfolgreiche Ausbeutung der südafrikanischen Arbeiterklasse durch den südafrikanischen Siemens-Konzern. „119 Jahre Pioniertaten", nennen sie es, wenn sie 7000 Arbeiter 1977 ausbeuten unter Bedingungen, die für sie riesige Extraprofite bringen. Rund 175 Millionen DM Gesamtinvestitionen aus den Knochen der westdeutschen Arbeiterklasse haben die Siemens-Kapitalisten bis 1972 nach Südafrika gebracht und bereits 1975 auf 350 Millionen DM erhöht. Das südafrikanische Siedlerregime belohnt den westdeutschen Konzern mit reichlich Aufträgen.

1969: 1,5 Mio Rand-Auftrag für 2 hydraulische Turbinen am Hendrik-Verwoerd-Staudamm;

1970: 3,8 Mio Rand-Auftrag von der südafrikanischen Eisenbahn, 0,5 Mio Rand von der Post;

1971: 2,3 Mio Rand-Auftrag im Carlton-Center in Johannesburg, 2,0 Mio Rand-Auftrag von ISCOR über die elektronische Steuerung eines Walzwerkes;

1972: 1,5 Mio DM vom Ministerium für öffentliche Arbeiten;

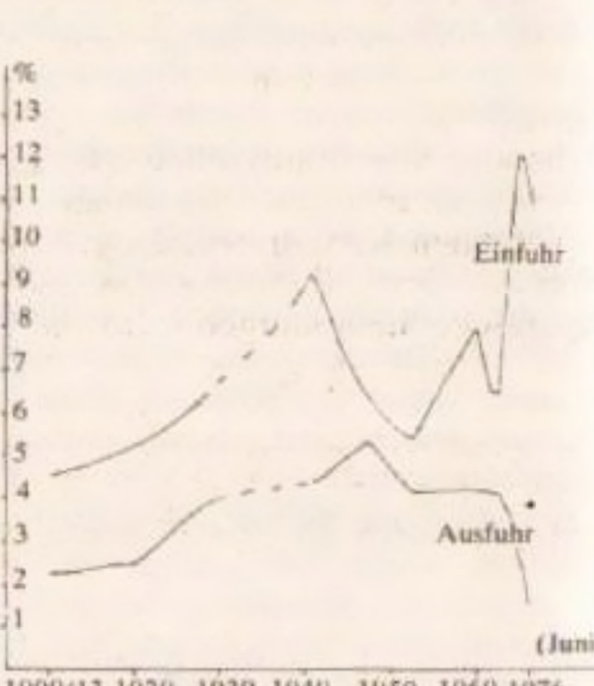
1973: 1,5 Mio Rand-Auftrag von der Rand Afrikaans University, 125 Mio DM von der südafrikanischen Post, 27 Mio DM von ISCOR für die elektrische Ausrüstung eines Stahlwerkes, 1 Mio Rand 10-Jahres-Vertrag über Elektrolieferungen an ESCOM, 45 Mio DM zum Bau von Signalanlagen von den südafrikanischen Eisenbahnen (South African Railways and Harbours);

1974: 11 Mio Rand-Auftrag von der SAR über Signalanlagen.



1975 ist es Siemens gelungen, die weltweite Konkurrenz in der Herstellung elektronischer Telefonsysteme aus dem Feld zu schlagen und diesen Industriezweig in Südafrika an sich zu reißen. Bei den erklecklichen Extraprofiten, die sich durch den niedrigen Lohn ergeben, kann für Siemens von dieser Seite her besehen dem „Aufbruch ins zweite Jahrhundert" beruhigt entgegengesehen werden. Der Lohn eines Schwarzen in der Elektroindustrie betrug 1973 80 Rand, eines Mischlings 105 Rand, der eines Weißen 415 Rand. Der Hauptanteil der Arbeiter in den Siemenswerken, nämlich 3800, sind Nichtweiße. Die Umsätze von Siemens South Africa stiegen von 1968/69 ca. 20 Millionen Rand über 30 Millionen Rand 1969/70 auf 80 Millionen Rand 1972/73. „1956/57, dem letzten des ersten Jahrhunderts südafrikanischer Siemenstätigkeit betrug der Jahresumsatz 3 Millionen Rand, 19 Jahre später (1975/76) lag er bei 178 Millionen Rand." (Aus Afrika Post, April 77) Über 400 westdeutsche Firmen gibt es in Südafrika. Es wird durchsichtig, warum alle bürgerlichen Politiker Westdeutschlands sich so warm für die Aufrechterhaltung des Kolonialregimes einsetzen.

„Siemens in Südafrika. Ein klassisches Beispiel deutscher Investitionen im Ausland"



In jeder Epoche dieses Jahrhunderts war der Außenhandel des deutschen Finanzkapitals mit Südafrika sehr rege: Im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im Faschismus und in der BRD.

Arbeiter von Mercator wollen Elisabeth-Krankenhaus besichtigen

Westberlin. Vor drei Wochen wurden in der Mercator-Druckerei Unterschriften gegen die Schließung des Elisabeth-Krankenhauses gesammelt. Ein Großteil der Arbeiter hat unterschrieben. In mehreren Abteilungen ist ein Flugblatt gegen die Schließung ausgehängt worden. Das Elisabeth-Krankenhaus liegt ganz in der Nähe des Betriebes. Wenn es als Unfallkrankenhaus für die Mercator-Belegschaft wegfällt, müssen die Arbeiter bei Arbeitsunfällen wahrscheinlich bis in den Wedding fahren.

In der letzten Zeit wurden die Zustände in diesem Krankenhaus unter den Arbeitern immer mehr bekannt durch Flugblätter, ÖTV-Infos, die KVZ und den „Widerdruck", die Zeitung der Mercator-Zelle des KBW.

Diesen Berichten war zu entnehmen, daß es die Krankenhausleitung in der Vollstreckung des Ehrenbergschen Kostendämpfungsgesetzes zu wahrer Meisterschaft treibt und so dem Senat nahe bringen will, von der Beseitigung ihrer Pfründe abzusehen.

Zum Teil kennen die Arbeiter diese Zustände aus eigener Erfahrung. Ein Arbeiter aus der Rotation hatte sich vor einiger Zeit die Finger in der Maschine gequetscht. Im Elisabeth-Krankenhaus wollten ihm die verantwortlichen Ärzte gleich die Finger amputieren; das geht billig und schnell. Der Arbeiter ging daraufhin zu seinem Hausarzt, und nach einiger Zeit waren die Finger gesund gepflegt.

In der Setzerei wurde der Vorschlag gemacht, eine Anfrage an die Krankenhausleitung zu schicken mit der Aufforderung, zu den Berichten über die dortigen Zustände Stellung zu nehmen, und gleichzeitig eine Besichtigung des Krankenhauses durch Arbeiter von Mercator anzukündigen.

Darüber gab es geteilte Meinungen. Einige Arbeiter waren der Auffassung, durch ein solches Vorgehen würde der Kampf gegen die Schließung untergraben und dem Senat Munition geliefert, d.h. zusätzliche Argumente für die Schließung. Andere haben gefragt, was uns denn die Bude nützt, wenn man da nur noch kranker bzw. um die Ecke gebracht wird. Wir sagten dagegen, daß die geplante Schließung und die haarsträubenden Zustände nur zwei Seiten derselben Medaille sind, nämlich Wirkungen des Kostendämpfungsgesetzes von Ehrenberg, in der Absicht, die Versicherungsgelder der Arbeiter für die Zwecke der Kapitalisten sicherzustellen. Auf alle Fälle wa-

Seiten derselben Medaille sind, nämlich Wirkungen des Kostendämpfungsgesetzes von Ehrenberg, in der Absicht, die Versicherungsgelder der Arbeiter für die Zwecke der Kapitalisten sicherzustellen. Auf alle Fälle wa-

ren die meisten Arbeiter dagegen, den Kampf gegen die Schließung so zu führen, daß man die Krankenhausleitung, die nur ihre gutbezahlten Posten verteidigen will, dabei unterstützt, sich gegenüber dem Senat als Meisterrationalisierer zu präsentieren, und zwar auf Kosten der kranken Arbeiter und Angestellten und der Beschäftigten.

Schließlich haben sieben Arbeiter der Setzerei die Anfrage an die Krankenhausleitung unterzeichnet. Darin heißt es:

„Trifft es zu, daß die Patienten in dunklen Fünf- bis Sechsbettzimmern ohne Waschbecken untergebracht sind und der Gang zu den Zimmern so eng ist, daß kein Bett hindurchpaßt und auch drei Personen nicht nebeneinander laufen können, z.B. zwei Schwestern, um einen Patienten zu stützen? Trifft es zu, daß auf den Stationen im Hospital für 20 bis 25 Patienten jeweils nur zwei ausgebildete Krankenschwestern tätig sind und es im ganzen Hospital nur eine Planstelle für eine Krankengymnastin gibt, um z.B. die schmerzhaften Liegestellen bei bettlägerigen alten Arbeitern und Angestellten zu behandeln, daß ferner dort nur einmal pro Woche ein Arzt erscheint? Trifft es zu, daß im Hospital nur alle drei Wochen die Bettwäsche gewechselt wird? Ist es so, daß im Zusammenhang mit diesen Zuständen in den letzten Jahren sich eine Patientin aus dem Fenster gestürzt und eine andere sich erhängt hat und daß eine Krankenschwester einen Herzinfarkt bekommen hat? Entspricht es den Tatsachen, daß eine leitende Diakonissin auf der Männerstation des Hospitals gesagt hat: „Ihr alten Hunde, wollt ihr ewig leben?" Trifft es zu, daß der als Marker bezeichnet hat, der Patient erst einen Tag später operiert wurde, danach einen Herzstillstand erlitt und anschließend gestorben ist?

Weil wir die gewerkschaftlichen Aktivitäten der Beschäftigten des Krankenhauses unterstützen, interessiert uns, ob es wahr ist, daß der ÖTV-Vertrauensmann und Mitarbeitervertreter Reeg wegen Verteilens eines ÖTV-Flugblattes im Betrieb – trotz eines entsprechenden Verbotes von Ihnen – und Aufruf zum Kampf gegen die Rationalisierung und die Zustände am Krankenhaus von Ihnen fristlos gekündigt wurde?

Wir fordern Sie auf, unsere Anfrage umgehend und detailliert zu beantworten. Auf jeden Fall wollen wir eine Besichtigung in dem von Ihnen geleiteten Krankenhaus unternehmen, um uns mit eigenen Augen ein Bild von den dortigen Zuständen zu machen. Wir unterstützen vollständig den Kampf gegen die geplante Schließung. Wenn die beschriebenen Zustände den Tatsachen entsprechen, kann unserer Meinung nach der Kampf gegen die Schließung nicht ohne den entschiedenen Kampf gegen die dortigen Zustände geführt werden."

Der Brief wurde mit der Bemerkung, daß man sich bei Rückfragen an den Betriebsrat wenden solle, an alle in Westberlin erscheinenden Zeitungen verschickt. Der „Extra-Dienst" hat in seiner neusten Ausgabe fast den ganzen Brief veröffentlicht.

Die Krankenhausleitung wurde noch mehr in Aufregung versetzt, als sie durch die Enthüllungen und den Kampf der Beschäftigten sowieso schon ist, und hat vor einigen Tagen beim Personalchef von Mercator, Böhm, angerufen, um sich mit ihm gegen die Mercator-Arbeiter zu verbünden. Böhm seinerseits hat sich mit dem Betriebsrat in Verbindung gesetzt. Ein Betriebsratsmitglied hatte den Brief mit unterschrieben. Die sozialdemokratisch gesinnten Betriebsräte können sich jetzt aus der Sache nicht mehr heraushalten. Sie rennen wie wild herum und hetzen, die „rote Zelle" hätte wieder so ein Ding angezettelt, angeblich im Namen des Betriebsrates (was gar nicht stimmt), aber ohne seine Zustimmung. Sie wollen Verwirrung stiften, von der Sache ablenken und den Kampf boykottieren.

Sie müssen gezwungen werden, Farbe zu bekennen: Für oder gegen die Ehrenbergsche Kostendämpfung, für oder gegen die Kontrolle der Krankenversicherten über das Gesundheitswesen, für oder gegen die Bestreitung der Kosten durch die Kapitalisten. So können die Mercator-Arbeiter wichtige Fragen klären, und der Betriebsrat bekommt den nötigen Druck, daß er die Inspektion im Elisabeth-Krankenhaus unterstützt, die jetzt durchgeführt werden muß. – (Zelle Mercator, Bezirk Westberlin)

wichtige Fragen klären, und der Betriebsrat bekommt den nötigen Druck, daß er die Inspektion im Elisabeth-Krankenhaus unterstützt, die jetzt durchgeführt werden muß. – (Zelle Mercator, Bezirk Westberlin)



Hamburg/Kiel. Etwa 250 haben am 14. September zur ersten Sitzung der Hamburger Bürgerschaft nach der Sommerpause gegen die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat über die Fahrpreiserhöhungen beim Hamburger Verkehrsverbund demonstriert. Die Demonstration wurde durch Aktionen in Bussen und U-Bahnen vorbereitet. Viele Menschen sammelten sich am Straßenrand und unterstützten die Demonstration. 150 Menschen demonstrierten am 15. September in Kiel gegen die zum 1. Oktober beschlossene Fahrpreiserhöhung bei der Kieler Verkehrs-Aktiengesellschaft KVAG (Bild). 30 schlossen sich dem Demonstrationszug an. Bei den Zwischenkundgebungen hörten viele zu und unterstützten die Forderungen. An beiden Orten werden jetzt in Betrieben, Schulen und Gewerkschaften Demonstrationen für den Tag des Inkrafttretens der Erhöhungen vorbereitet.

Verkehrs-Aktiengesellschaft KVAG (Bild). 30 schlossen sich dem Demonstrationszug an. Bei den Zwischenkundgebungen hörten viele zu und unterstützten die Forderungen. An beiden Orten werden jetzt in Betrieben, Schulen und Gewerkschaften Demonstrationen für den Tag des Inkrafttretens der Erhöhungen vorbereitet.

Beschäftigte des Siloah-Krankenhauses fordern: Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!

Hannover. Beschäftigte des Siloah-Krankenhauses haben eine Resolution verabschiedet, mit der sie die Einberufung einer ÖTV-Mitgliederversammlung fordern. In der Resolution werden die Zustände am Krankenhaus enthüllt, z.B. daß schwerkranke Patienten nicht mehr regelmäßig täglich gründlich gewaschen werden können, sie ans Bett gefesselt und mit starken Beruhigungsmitteln betäubt werden, daß sie oft ein Dauerurinkatheter bekommen, weil sonst das Personal die Arbeit auf der Station überhaupt nicht mehr schafft. Gleichzeitig werden Laboruntersuchungen am Wochenanfang eingeschränkt.

Unbeschreibliche Arbeitshetze herrscht bei den Beschäftigten im Krankenhaus: bis zu 100 Überstunden im Monat, das Pflegepersonal bekommt Nebenarbeiten aufgezwängt wegen Einschränkungen in der Bettenzentrale, beim Transportdienst, den Labors und der Krankengymnastik. Die Intensivstation ist nachts und am Wochenende nur mit einem Arzt besetzt, der außerdem noch Notfallnarkosen in den Operationssälen machen muß. Unerfahrene Ärzte werden manchmal im Nacht- und Wochenenddienst eingesetzt, so daß dann nur aufgrund der Wachsamkeit und Hilfestellung des erfahrenen Personals Leben und Gesundheit der Patienten erhalten werden können.

„Diese Liste ist keineswegs vollständig. Haben die Krankenschwestern und -pfleger, hat das gesamte Krankenhauspersonal diese Mißstände herbeigeführt?

Ein Hetzartikel in der „Hannoverschen Allgemeinen" vom 30. Juli zur Lage in der Medizinischen Hochschule Hannover geht in diese Richtung. Er richtet einen Angriff auf die schwer erkämpfte und doch kaum realisierte Vierzigstundenwoche und beschwört das Bild der Diakonisse, die für Almosen und gute Worte statt für ausreichenden Lohn geschuftet hat.

Verantwortlich für die Einschränkung der Patientenversorgung und deren Folgen sowie für die steigende Arbeitshetze im Krankenhaus ist die staatliche Gesundheitspolitik mit Personalabbau, Bettenstreichungen und Liegezeitverkürzung. Diese Entwicklung ist lebensgefährlich für uns alle. Wir müssen Gegenmaßnahmen ergreifen.

Durchsetzen werden wir uns nur können, wenn wir als Beschäftigte uns unter den richtigen Forderungen einigen und den Kampf gemeinsam führen. Deshalb fordern wir eine Mitgliederversammlung der ÖTV, zu der alle übrigen Beschäftigten eingeladen werden und auf der über die folgenden Forderungen abgestimmt werden soll sowie über die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung beraten wird:

Neueinstellung von Personal entsprechend den Forderungen aus den Abteilungen!
Keine Bettenstillegungen!
Verbot der Überstunden!
Für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!
Acht Wochen Urlaub im Jahr!"

Fusion im Salzgitter-Konzern

Salzgitter. Der Salzgitter-Konzern rüstet sich für seine imperialistische Expansion auf dem Weltmarkt in Maschinen, Anlagen und Stahlbau. Vom 1. Oktober

Fusion im Salzgitter-Konzern

Salzgitter. Der Salzgitter-Konzern rüstet sich für seine imperialistische Expansion auf dem Weltmarkt in Maschinen, Anlagen und Stahlbau. Vom 1. Oktober an werden die Salzgitter Maschinen AG und die Salzgitter Stahlbau GmbH nebst Tochtergesellschaften fusioniert zur Salzgitter Maschinen und Anlagen AG (SMAG). Die Salzgitter AG bringt dazu noch ihre unmittelbare Tochtergesellschaft Isomonte S.A. in Brasilien ein, mit rund 2500 Belegschaftsmitgliedern und 58 Mio. DM Umsatz. Zur SMAG gehört ebenfalls ein Unternehmen in Johannesburg (Azania). Die weiteren Tochtergesellschaften sind die Salzgitter Cortix, zwei kleinere Werke in Herne und Essen, die Herrman Rüter GmbH (Rüter-Bau) in Hannover-Langenhagen mit 1100 Beschäftigten und 60 Mio. DM Umsatz, Gg. Noell GmbH in Würzburg mit 1200 Beschäftigten und 100 Mio. DM Umsatz sowie die LGA-Gastechnik in Remagen. Die fusionierte Salzgitter Maschinen AG mit 1750 Belegschaftsmitgliedern und 200 Mio. DM Umsatz wird einen Bilanzgewinn von 1,5 Mio. DM ausweisen, während die fusionierte Salzgitter Stahlbau AG mit 750 Beschäftigten und einem Umsatz von 100 Mio. DM einen Bilanzverlust von 1,8 Mio. DM ausweisen wird.

Ohne die Tochtergesellschaften erwartet die Salzgitter Maschinen und Anlagen AG für 1977/78 einen Umsatz von 300 Mio. DM, also eine Steigerung von einem Drittel. Etwa 45 Prozent davon gehen in den Export. Die neue Gesellschaft, die SMAG, wird mit einem Grundkapital von 45 Mio. DM ausgerüstet und ist eine 100prozentige Tochter der Salzgitter AG. Laut „Salzgitterzeitung" vom 10.9.88 soll „die Fusion nicht zu einer Freisetzung von Arbeitskräften führen". – (Stadtzelle Salzgitter)

NGG solidarisch mit englischem Bäckerstreik

Westberlin. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Nahrung, Genußmittel, Gaststätten (NGG) hat seine Solidarität mit dem Kampf der englischen Bäckereiarbeiter um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ausgedrückt. In diesem Zusammenhang verurteilte er, daß die Brotfirma Paech aus Westberlin Brotwaren nach England liefert und kurzfristig einen Auftrag aus England angenommen hat.

Stahlmonopole im Konkurrenzfieber

Tariflohnkampf in der Stahlindustrie: 220 DM!

Den Produktivitätsvorteil zu nutzen, wollen die japanischen Stahlkapitalisten bis 1980 ihre Kapazitäten von 140 Millionen t Stahl auf 180 Millionen t ausweiten, berichtet der CIA in einer Untersuchungsstudie für die US-Regierung. Während in Japan pro Beschäftigtem 1976 runde 470 t Roheisen produziert wurden, schaffen die US-Konzerne nur 275 t herauszuschinden, während beim Thyssen-Konzern die Produktivität auf 370 t pro Jahr schon geschraubt worden ist.

Spitzenausbeuter zu werden, ist die Absicht der westdeutschen Stahlkapitalisten. Das geht nicht nur über die Erhebung von Schutzzöllen oder Einfuhrbeschränkungen gegenüber der japanischen Konkurrenz. Es geht nur über die simple Tatsache, wie sie der japanische Stahlbourgeois Takano erfreut ausstößt: „Wir sind die Produzenten mit den geringsten Kosten und der höchsten Produktivität der Welt."

Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten, Stillegungen von veralteten Produktionsanlagen, Entlassungen und Steigerung der Produktivität der Arbeitskraft ist der Weg zur Weltspitze. Die westdeutschen Imperialisten beschreiten diesen Weg. Der ESTEL-Konzern (Hoesch-Hoogovens) will in den Niederlanden und Westdeutschland in der nächsten Zeit 1000 Stahlarbeiter entlassen, um bis 1979 mit 2500 weniger den Stahl produzieren zu lassen. „Die kommenden Jahre werden weniger durch eine Vergrößerung der spezifischen Kapazitäten der einzelnen Produktionseinheiten (Hochofen, Walzstraße), sondern vielmehr durch Verbesserung ihrer Effizienz (Rohstoffe, Energie, Arbeitskräfte) gekennzeichnet sein", geben die „Allgemeinen Ziele Stahl 1980–85" den zu beschreitenden Weg an.

Wollen so die westdeutschen Imperialisten die Weltvormachtstellung erreichen, müssen sie produzieren lassen und müssen schnell liefern können. Der Stahlarbeiter produziert den Stahl. Produziert er ihn umsonst, wäre die Bourgeoisie erfreut. Produziert er ihn nicht, weil er zum Beispiel für mehr Lohn streikt, nutzen die Konkurrenten die Lieferschwierigkeiten der westdeutschen Imperialisten begierig aus. Mag die Tonne japanischen Stahls billiger sein als die der Konkurrenten. Würden die japanischen Stahlarbeiter streiken, ständen die japanischen Konzerne gegenüber der Konkurrenz gleich ganz anders da. Auf der Welt wird Stahl gebraucht, was nützt es, wenn dieser in Japan um 65 Dollar die Tonne gegenüber der Tonne US-Stahl billiger ist, Ford zum Beispiel ihn aber erst in einem halben Jahr bekommen kann, um die Autos zu bauen, die in vier Wochen geliefert werden sollen.

Es ist reine Ideologie, daß der Stahlmarkt überfüllt sei und Streik den Kapitalisten nur noch nützen würde, weil sie eh Kurzarbeit geplant haben. Stahl wird gebraucht, daher der scharfe Konkurrenzkampf darum, wer diesen Bedarf decken und die Profite dafür einstreichen kann. Wird um den Lohn gestreikt in Westdeutschland, werden durch Lieferschwierigkeiten in zwei Wochen Streik zig Tausende von Tonnen an die imperialistische Konkurrenz verloren gehen.

Entweder die Stahlarbeiter aller imperialistischen Länder werden im Kampf um die Spitzenstellung in der Ausbeutung verheizt, oder aber es wird im eigenen Land der Kampf dagegen aufgenommen. Der japanische Stahlarbeiter ist nicht zu beneiden, daß die Bourgeoisie, die ihn ausbeutet, die Weltspitzenstellung in der Ausbeutung einnimmt. Ein Streik in Westdeutschland um höhere Löhne wird den Kampf der Stahlarbeiter auf der ganzen Welt befördern, deren Kampfbedingungen ähnlich günstig sind.

In Bremen auf der Klöcknerhütte hat der Vertrauenskörper jetzt einen Mittelweg vorgeschlagen. Im kommenden Lohnkampf sollen die Stahlarbeiter 10 Prozent, mindestens aber 136 DM fordern. Wenn schon nicht der Kampf gegen die Verheizung der Stahlarbeiter im Kampf um die Spitzenstellung in der Ausbeutung organisiert wird durch die Sozialdemokraten, dann soll es für die Arbeiter wenigstens nicht allzu elend vor sich gehen. Der Weg ist unmöglich. Einmal für die Kapitalisten, denn Mittelweg führt nicht zur Spitzenstellung. Wird eine solche Forderung aufgestellt, wird sie zwangsläufig nach unten gedrückt werden. Auch für die Stahlarbeiter ist der Mittelweg nicht gangbar. Streiken für wenig Lohn, das schafft keine Geschlossenheit unter ihnen. Ohne Streik aber läuft nichts. 220 DM mehr Lohn ändern die Lage der Arbeiter in der Stahlindustrie, das wissen die Arbeiter, denn sie wissen, mit wieviel Lohn man derzeit auskommen muß und wie weit man damit kommt. Für 220 DM wird man streiken können, wenn nötig auch länger.

Die Stahlmanager, aber auch sozialdemokratische Spitzenfunktionäre, reden gern davon, daß es sich der Konzern gar nicht leisten könne, in dieser Lage solch umfangreiche Rücklagen für den Lohn zu bilden. Schon der Gedanke ist absurd! Seit wann zahlen Kapitalisten den Lohn fürs Jahr voraus?

Während der Stahlarbeiter den Stahl produziert, schafft er damit Tag für Tag auch seinen Lohn. Erkämpft er sich 220 DM mehr, verringert er den Profit der Kapitalisten für diesen Monat. Streikt er, hat der Kapitalist keinen Stahl und das Problem. Hart bleiben und dafür der Konkurrenz Marktanteile abtreten, oder aber „zahlen". Bei der unerbittlichen Konkurrenz im Nacken werden sie zahlen müssen. – (Z-Red.)

Sonderschicht abgelehnt

Göttingen. Am Donnerstag verweigerten Arbeiter und Studenten an zwei Bändern in der Anlasser-Endmontage bei Bosch mit großer Mehrheit, am Samstag eine Sonderschicht zu fahren. Die Sonderschicht konnte nur durchgesetzt werden, indem 20 Arbeiter aus dem ganzen Betrieb zusammengetrommelt wurden.

Durch Lohndrückerei und Sonderschichten versuchen die Bosch-Kapitalisten jetzt den Konkurrenzvorsprung der englischen Firma Lucas einzuholen. Als die 1200 Lucas-Arbeiter über acht Wochen für höhere Löhne streikten, konnte Bosch den Auftrag von Ford, der vorher an Lucas gegangen war, an sich reißen. Um die englischen Kapitalisten in der Ausbeutung zu überbieten, stellten sie 20 Studenten zu Niedrigstlöhnen – die Männer 6,80 DM, die Frauen 6 DM – ein und zwangen sie, sich bei der Einstellung zu Nacht- und Sonderschichten sowie Überstunden bereitzuerklären.

„Wir sollen doch nur als Streikbrecher gegen die englischen Arbeiter eingesetzt werden", und: „Über die Steuern wird ein Großteil des Lohns für die Sonderschicht doch wieder abgezogen" – das ist die Stimmung unter den Arbeitern und Studenten.

Weil sie wissen, daß Konkurrenz und Spaltung untereinander der Arbeiterklasse nur schadet und die Sonderschichten die Arbeitskraft nur noch mehr verschleißen und keinen Ausgleich für den niedrigen Lohn bilden, haben sie die Sonderschicht abgelehnt.

Lohnraubmethoden bei der Speditionsfirma Koch

Osnabrück. In der vorigen Woche war ein Anschlag zu lesen, daß jedem Arbeiter, dessen Lohn gepfändet wird, jetzt pro Lohnabrechnung 30 DM abgezogen werden sollen. Begründung ist, daß die Lohnpfändungen bei der Abrechnung viel Arbeit machen. Diese Arbeitszeit der Angestellten in der Buchhaltung soll jetzt von den Arbeitern bezahlt werden, deren Lohn sowieso so niedrig ist, daß sie sich bis über beide Ohren verschulden müssen. Für den Kapitalisten Koch ist die Lohnabrechnung unproduktiv, sollen es die Arbeiter doch selbst bezahlen, daß er ihnen den Lohn ausrechnen läßt. Verschuldungsprinzip nennt man das. So ist es auch schon vorgekommen, daß Fahrer bei Unfällen, bei Fehlen von Waren usw. Geld bezahlen mußten, weil sie diese Schäden verursacht hätten. Ursache für alle diese Dinge ist jedoch die Profitgier der Kapitalisten. Erst werden die Arbeiter gehetzt, bis Unfälle unvermeidbar sind, dann müssen sie auch noch zahlen. Erst drücken die Kapitalisten den Lohn, dann verlangen sie für die Bearbeitung der Schulden noch mehr von diesem Lohn. Die notwendige Aufgabe, die von den Fahrern angepackt werden muß, ist, einen ausreichenden Lohn zu erkämpfen, dann können auch die Antreiberei und die gehässige Schikane durchbrochen werden.

Lohnforderung bei Klöckner Bremen

Bremen. Am 13.9.1977 beschloß die Vertrauensleutevollversammlung auf der

VFW-Arbeiter im Kampf gegen Massenentlassungen

Die Sozialdemokraten organisieren die Klassenversöhnung

„Fusioniert VFW Fokker mit MBB? Verhandlungen mit Bundeswirtschaftsministerium in Bonn dauern an." Das schrieb der „Weser Kurier" am 24./25.7.77. Mit solch einer Fusion der beiden größten Luft- und Raumfahrtkonzerne in der BRD gäbe es hierzulande für sie fast keine Konkurrenz mehr.

Rund 40000 Arbeiter würden von diesem Monopol ausgebeutet, und damit könnte die westdeutsche Kapitalistenklasse dem britischen und französischen Flugzeugbau die Stirn bieten. Welche Größenordnung dieser Mammutkonzern hätte, läßt sich vielleicht an den Umsätzen der beiden Konzerne erkennen. 1976 hatte Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) 1,7 Millarden DM, während VFW Fokker auf 1,77 Milliarden DM kam. Diese Fusion würde einen Prozeß erstmal abschließen, der schon 1968/69 einsetzte. „Auf Drängen der Bonner Financiers, die den Unternehmen die Förderungsgelder zu sperren drohten, schlossen sich Messerschmidt, Bölkow und Blohm 1968/69 zusammen." (Capital, 12/73) Klaus Dieter Arndt, 1968 parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, im Dezember desselben Jahres: „Die bereits vollzogenen Fusionen in der Luft- und Raumfahrtindustrie genügen voraussichtlich nicht, um eine wettbewerbsfähige Größenordnung zu erreichen."

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie wollte also schon 1968 eine einheitliche straffe Luft- und Raumfahrt, nur konnte sie die einzelnen Kapitalisten noch nicht dazu zwingen. Und Massenentlassungen hätten durch Streiks und Kampfmaßnahmen der Arbeiter zur weiteren Schwächung ihrer Marktanteile geführt. Heute dagegen lastet der Druck des Arbeitslosenheeres auf den Arbeitern – so die Rechnung der Kapitalisten, jetzt ist die Zeit günstig, sie durchzusetzen. Ohne die Sozialdemokraten wäre das schlichtweg unmöglich.

Große Bewegungen unter den Arbeitern haben die Fusionspläne des Finanzkapitals und die damit verbundenen Massenentlassungen hervorgerufen. Am 16.9. haben in Varel 2000 Arbeiter und Abgestellte gegen die geplanten Massenentlassungen demonstriert, am 7.9. 2000 in Delmenhorst und am 25.8. 8000 in Bremen. Am 1.9. marschierten 1500 bis 2000 Arbeiter und Angestellte bei VFW durch den Betrieb in Bremen-Neustadt zur Geschäftsleitung, an diesem Tag fand eine Aufsichtsratssitzung statt. Anschließend demonstrierten 800 weiter zur Bürgerschaft, die zu der Zeit tagte.

Unter Losungen wie „Recht auf Arbeit", „Gegen die Bevorzugung von MBB bei der Vergabe von Staatsaufträgen", für mehr Militäraufträge und gegen die holländische Sabotage des Verkaufs der VFW 614 haben die Sozialdemokraten die Demonstration organisiert, um, wie sie sagen, zu verhindern, daß Norddeutschland und Bremen zum „Entwicklungsland" werden.

Den Druck der industriellen Reservearmee, die Niederlagen, die die Kapitalisten mit Hilfe der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung der Arbeiterbewegung im Lohnkampf beigebracht haben, nutzen sie, um nach dem Motto „es ist besser, überhaupt einen Ausbeuter zu finden, als gar keinen" die Arbeiter vor den Karren der Kapitalisten zu spannen.

Die VFW-Kapitalisten haben im letzten Geschäftsjahr mit 5,1 Milliarden DM Verlust abgeschlossen und die Konkurrenzbedingungen auf dem zivilen Flugzeugmarkt sind schlecht für den Konzern. Wenig VFW 614 sind bisher verkauft worden, trotz 1,5 Millionen DM Verkaufssubvention pro Maschine.

Gegenwärtig ist die Lage so, daß MBB nicht mal bereit ist, mit VFW zu fusionieren, entsprechend nimmt der Druck auch des bürgerlichen Staates auf den Konzern zu. „Weser Kurier", 16. September: „Der Druck auf die Zentralgesellschaft von VFW-Fokker in Düsseldorf, endlich ein Konzept für die Gesundung der deutschen Teile des Unternehmens vorzulegen und somit eine realistische Ausgangsbasis für eine Fusion mit der süddeutschen MBB-Gruppe zu schaffen, hat in den vergangenen Tagen deutlich zugenommen. Sowohl die Bundesregierung in Bonn als auch der Bremer Senat drängen darauf ..." Erst die Rationalisierungspläne auf den Tisch, dann bekommt ihr auch Geld und Aufträge.

Genau dafür machen sich die Sozialdemokraten stark. Sie spalten die Arbeiter und hetzen sie gegeneinander. Nord gegen Süd, Arbeiter, die entlassen werden müssen zur Gesundung dieses Konzerns, und Arbeiter, die verschärft ausgebeutet werden sollen.

Im Bremer Werk wurden zwei neue Taktstraßen für die MRCA angeschafft und im ganzen Werk, also auch bei Angestellten, die Arbeitsabläufe durchrationalisiert. Allein die Erhöhung des Ausstoßes von einer Sektion MRCA im Vierteljahr, als die Taktstraße in Betrieb genommen wurde, zu jetzt 1,5 Sektionen im Monat macht stutzig, denn wir arbeiten bis jetzt weder in Akkord noch in Schicht. Diese Erhöhung haben sie durch die Durchrationalisierung der Halle und durch Erhöhung der Stückzahlen im Auftrag im Einzelteilebau erreicht. Früher im Musterbau haben wir zwei Systemteile pro Auftrag gemacht. Mit Inbetriebnahme der Taktstraße stiegen die Teile nach Freigabe der einzelnen Lose auf sechs, acht, 16 bis jetzt 27 Stück pro Auftrag. Durch die höhere Stückzahl arbeitet man sich ein, man braucht weniger Zeit für ein Teil. Damit sind die Kapitalisten aber nicht zufrieden. Von jetzt 1,5 Sektionen soll die Produktion auf fünf Sektionen im März 1978 hochgeschraubt werden, über 200 % mehr. Das ist nur möglich mit Schichtarbeit und Akkord.

Im Werk Lemwerder haben schon Entlassungen stattgefunden und es wird kurzgearbeitet (24 %). Kurzarbeit ist ebenfalls in den Werken Varel (12,5 %), Speyer (30 %) und Einswarden. Das Werk Hoykenkamp hatte schon vor ca. zwei Jahren die Wohnwagenproduktion bis auf ein Minimum gedrosselt, Arbeiter entlassen oder in andere Werke wie Bremen versetzt.

Die Kapitalisten brauchen hohe staatliche Subventionen, gesicherte Staatsaufträge, um Höchstprofite aus den Arbeitern herauszupressen. Die Sozialdemokraten machen sich für diese Ziele stark und fordern das gleiche, „um Arbeitsplätze zu sichern".

„Recht auf Arbeit? Wie sieht denn die Arbeit aus, auf die man ein Recht haben soll? Auf einen Hungerlohn von 1200 bis 1500 DM, auf Akkord- und Schichtarbeit, auf Arbeitsplätze, bei denen es durchregnet, wie bei der MRCA? „Wir müssen den Kampf gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen so führen, daß wir gleichzeitig für Bedingungen kämpfen, unter denen man arbeiten kann, und für einen Lohn, von dem man leben kann", sagten Arbeiter einer Abteilung und haben daraufhin ein Transparent gemalt: „Keine Entlassungen! Für Arbeitsplätze mit ausreichendem Lohn! 100 DM mehr für alle!" und haben es auf der IGM-Demonstration getragen.

Denn der niedrige Lohn ist für die Kapitalisten die Voraussetzung, die Arbeiter höchstprofitlich auszubeuten und sie ohne großen Widerstand in die Kriegsproduktion zu pressen. Viele Arbeiter sagen, daß die Demonstrationen, so wie sie die Sozialdemokraten organisieren, nichts bringen.

Warum sollten die Arbeiter für die Fusion sein, ist ihnen doch gleichzeitig schon angekündigt, daß ihnen dann der Lohn gekürzt werden soll. MBB will die Zulagen streichen.

Es ist richtig, wenn die Arbeiter sich zum Kampf um einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag zusammenschließen und für 100 DM mehr und gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung kämpfen. – (VFW-Zelle, Bremen-Unterweser, N-Red.)

Chemiemonopole in Führung: 10% weniger Lehrlingstarif für die Hauptschulabgänger ohne Abschluß – Sozialdemokratische „Erweiterung des Lehrstellenangebots" durch Tariflohnsenkung und Spaltung

Rückwirkend zum 1. September 1977, damit die „Hilfen schnell wirksam werden", haben die Chemie-Monopolisten mit den sozialdemokratischen Gewerk-

„Pufferlohn" bei Conti

Hannover. Zum 1.1.78 soll der Pufferlohn in allen Werken auf der Conti für alle Leistungslöhner (Akkord- und Prämienlöhner) eingeführt werden. Jetzt gibt es in verschiedenen Abteilungen Probeläufe. Mit Einführung des Pufferlohns wird die Akkordobergrenze bei 142 % liegen. Die bisherigen Akkorde von 150 % bzw. 145 % sollen jedes Jahr um 2 % abgebaut werden. Bis 1980 soll alles über die Bühne gegangen sein.

Eine interne Rahmenvereinbarung hat

bis Unfälle unvermeidbar sind, dann müssen sie auch noch zahlen. Erst drücken die Kapitalisten den Lohn, dann verlangen sie für die Bearbeitung der Schulden noch mehr von diesem Lohn. Die notwendige Aufgabe, die von den Fahrern angepackt werden muß, ist, einen ausreichenden Lohn zu erkämpfen, dann können auch die Antreiberei und die gehässige Schikane durchbrochen werden.

Lohnforderung bei Klöckner Bremen

Bremen. Am 13.9.1977 beschloß die Vertrauensleutevollversammlung auf der
Klöckner-Hütte Bremen, eine Tarifforderung von 10 %, mindestens 137 DM für die Stahltarifrunde aufzustellen. Drei Vorschläge standen zur Debatte: Festgeldforderung von 200 DM, der auf 150 DM „nivelliert" wurde und für den neun Vertrauensleute gestimmt haben. Für den Vorschlag des Sozialdemokraten Florian, einer Forderung von 80 DM plus 4 %, haben nur vier Vertrauensleute gestimmt. Der obengenannte ist mit großer Mehrheit verabschiedet worden mit der Begründung der Reformisten und Revisionisten, er sei realistisch in der jetzigen Lage der Stahlindustrie und außerdem in der Großen Tarifkommission durchsetzbar.

Viele Arbeiter bei Klöckner sind da anderer Meinung. Sie sagen, daß bei so einer Forderung eigentlich nur noch wieder weniger herauskommen kann. Auf „sozialdemokratisch" aber kann der Lohnkampf nicht geführt und gewonnen werden, und eine Einheit für Streik auf einer solch niedrigen Forderung ist nicht herzustellen. Dieser Beschluß ist nicht haltbar, in den Abteilungen müssen die Vertrauensleute zur Rechenschaft gezogen und für eine Forderung von 200 DM gewonnen werden, um die Kampffront aufzubauen.

Seeleute kämpfen um Vierzigstundenwoche

Hamburg. Die zweite Runde der Manteltarifverhandlungen für die rund 30000 Seeleute ist gescheitert. Die Reeder lehnten die Forderungen der ÖTV ab. Die ÖTV fordert: die Verwirklichung der Vierzigstundenwoche und die Bezahlung aller Überstunden sowie eine neue Urlaubsregelung, bei der nur noch die Werktage als Urlaubstage angerechnet werden. Die Reeder hatten Gegenforderungen vorgelegt. Sie wollen die Auslandszulage nicht mehr bezahlen, wenn die ÖTV bei ihren Forderungen bleibt. Ebenso die Ausgleichsbeträge für entgangenen Landgang. Weiter soll die Heuer auf unterbesetzt fahrenden Schiffen nicht mehr auf die Mannschaften verteilt werden. Gegen diese Erpressungsversuche der Reeder-Kapitalisten können sich die Seeleute zusammenschließen und ihre gerechten Forderungen durchsetzen. Die dritte Verhandlung findet am 19. September statt.



Steuererleichterung?

Vulkanarbeiter untersuchen das „Steuergeschenk" der Regierung

Bremen. Die sozialliberale Regierung hat Steuererleicherungen versprochen. Steuerersparnis soll die Erhöhung des Grundfreibetrages um 510 DM bzw. 1 020 DM (Ledige bzw. Verheiratete) im Jahr und Erhöhung des Freibetrages für Weihnachtsgeld von 100 DM auf 400 DM bringen.

Ein Genosse hat eine Lohnsteuertabelle mit in den Betrieb genommen. In seiner Kolonne ist angefangen worden, damit zu rechnen. Erst einmal hat jeder seinen Steuerabzug mit dem in der Tabelle verglichen. Darüber war die Empörung gleich groß, was der bürgerliche Staat den Arbeitern an Steuern abpreßt. Der Genosse, Lohnsteuerklasse I, hat dann vorgerechnet, daß das sogenannte Steuergeschenk ihm 178 DM für das Jahr 1978 bringt. Lohnsteuer zahlt er jetzt im Schnitt bei 1900 DM brutto 315,40 DM. Bei einer Lohnerhöhung von 100 auf 2000 DM erhöht sich die Steuer gleich auf 347,40 DM, also 34 DM monatlich mehr. Jährlich ergibt das 408 DM. Die Kolonne hat gründlich überprüft und nachgerechnet. Die Brüder in der Regierung wollen uns ja wohl verarschen mit ihrer Steuererleichterung, war die einhellige Meinung der Kolonne. Da es kurz vor Feierabend war, hat sich die Kolonne zu den Garderobenräumen begeben. Ein Arbeiter hat den Genossen um die Lohnsteuertabelle gebeten. Er wolle das jetzt zu Hause ausrechnen und dann kämen die anderen in der Kolonne dran. „Wenn man sich diese ganzen Gaunereien anguckt, wäre es wirklich richtig, schon jetzt für 100 DM mehr im Betrieb zu kämpfen."

Ein anderer Arbeiter der Abteilung, der regelmäßig KVZ liest und mit dem der Artikel der letzten KVZ über den Steuerbetrug diskutiert worden war, hat dann noch erzählt, daß er vor ein paar Stunden aus der Kirche ausgetreten sei. Er hatte sich dafür morgens von der Arbeit freigenommen. Der Mann auf dem Kirchenamt hatte ihn nach Gründen gefragt. Dem hat er erzählt, daß er keine Lust habe, auch noch für die Kirche einen Haufen Steuern zu bezahlen.

Die Kapitalisten und die Sozialdemokratie versuchen, jeden Gedanken an den Lohnkampf zu unterdrücken und zu spalten. In der Schlosserei haben zwei Lehrlinge ihre theoretischen Prüfungen nicht bestanden. Jetzt arbeiten sie in den Akkordkolonnen in Lohngruppe 6. Der Betriebsrat hat von den Kapitalisten die Eingruppierung in Lohngruppe 7 verlangt. Lohngruppe 7 wird im Lohnrahmentarifvertrag für Anlernarbeiter ausgewiesen. Die Kapitalisten haben den Betriebsrat wissen lassen, daß die beiden Jungarbeiter gekündigt würden, wenn der Betriebsrat die Sache weiterverfolgen würde. Die Sozialdemokraten machen daraus: Man kann nichts machen. Vielen Betriebsräten langt es jetzt allmählich, und auch Arbeiter der Schlosserei debattieren, daß man es nicht zulassen wird, daß so mit ihrer Jugend umgesprungen wird.

Der elenden Lohndrückerei entgegenzutreten, dafür wächst die Einheit. Wird die Sache richtig angepackt, wird die Höhergruppierung der Jungarbeiter erzwungen und jeder Rausschmiß mit Streik verhindert. Die Sache wird angepackt werden und mit dem Kampf um mehr Lohn sofort verbunden werden. – (Betriebszelle Bremer Vulkan)

Chemiemonopole in Führung: 10% weniger Lehrlingstarif für die Hauptschulabgänger ohne Abschluß – Sozialdemokratische „Erweiterung des Lehrstellenangebots" durch Tariflohnsenkung und Spaltung

Rückwirkend zum 1. September 1977, damit die „Hilfen schnell wirksam werden", haben die Chemie-Monopolisten mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern in der IG Chemie einen Sondertarifvertrag abgeschlossen.

Das „Besondere" an diesem Tarifvertrag ist die Freigabe der Jugendlichen unter 18 Jahren zur Ausbeutung bei einem Lohn, der 10% unter dem elendigen Lehrlingslohn liegt.

Der Sondertarifvertrag legt fest, daß die Chemiekapitalisten Jugendliche, die keinen Hauptschulabschluß haben und Sonderschulabgänger ohne Abschluß bei 90% „Ausbildungsvergütung" ein Jahr ausbeuten können. „Wenn es der beruflichen Eingliederung dient", kann der Vertrag auf ein zweites Jahr verlängert werden. Die Jugendlichen erhalten dann im 2. Jahr der Vernutzung ihrer Arbeitskraft den Lehrlingslohn des 1. Lehrjahres (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. September 1977). Das IG-Chemie-Vorstandsmitglied Hermann Rappe, gleichzeitig SPD-Bundestagsabgeordneter, empfiehlt die Übernahme des Modells in den anderen Gewerkschaften (Frankfurter Rundschau, 12.9.77). Diejenigen Jugendlichen, die mit Hilfe der Noten und der Schulunterdrückung frühzeitig ausgesiebt werden, sind von der „Reform" betroffen. Was die Sozialdemokraten als „Erweiterung des Lehrstellenangebots" und „Kampf der Jugendarbeitslosigkeit" propagieren, ist nichts anderes als die großzügige Bereitstellung an die Kapitalisten von jugendlichen Hilfsarbeitern zu noch weniger als dem Lehrlingslohn. Es ist ein weiterer Schritt in Richtung Lohnsenkung und Spaltung der Arbeiterklasse, ein Schritt „ideologiefreier Prüfung, auf welche Weise objektiv bestehende Hürden überwunden werden können, die vom Gesetzgeber früher als Schutz der Jugendlichen gedacht worden sind". (Armin Clauss, hessischer Sozialminister, in: Frankfurter Rundschau, 9.9.77) Die hessische Landesregierung ist da vorbildlich: Ein Heer von Sozialarbeitern ist eingestellt worden, um die jugendlichen Arbeitslosen, die „speziell die geringsten Vermittlungschancen haben", einer „individuellen und sozialen Betreuung" zu unterwerfen. Diejenigen jugendlichen Arbeiter, die die Kapitalisten überzählig lassen, kommen ins Arbeitshaus zwecks „psychischem Halt und Motivierung" (Frankfurter Rundschau, 9.9.77). Das ist Gewöhnung zur Lohnsklaverei. – (Z-Red.)

„Pufferlohn" bei Conti

Hannover. Zum 1.1.78 soll der Pufferlohn in allen Werken auf der Conti für alle Leistungslöhner (Akkord- und Prämienlöhner) eingeführt werden. Jetzt gibt es in verschiedenen Abteilungen Probeläufe. Mit Einführung des Pufferlohns wird die Akkordobergrenze bei 142 % liegen. Die bisherigen Akkorde von 150 % bzw. 145 % sollen jedes Jahr um 2 % abgebaut werden. Bis 1980 soll alles über die Bühne gegangen sein.

Eine interne Rahmenvereinbarung hat der Betriebsrat bereits unterschrieben.

Der Pufferlohn funktioniert so: Man bekommt drei Monate lang für einen vorher festgelegten Zeitgrad (z.B. 138 %) das Geld ausbezahlt. Im vierten Monat wird dann ermittelt, ob man zu wenig oder zuviel geleistet hat. Zu wenig bedeutet dann, daß im vierten Monat das zu wenig Geleistete abgezogen wird und eine Runterstufung von 138 % auf 136 % erfolgt. Zu viel Geleistetes verfällt, also ein Extraprofit für die Conti-Kapitalisten, denn sie brauchen den Lohn für zu viel Geleistetes nicht auszuzahlen. Der Puffer, also was man mehr oder weniger machen kann, beträgt maximal plus/minus 15 %. Jeden Monat erhält man einen „Kontoauszug" über seine Leistung.

Schuftet man doch z.B. beim Reifenwickeln statt der bisher erforderlichen 696 Akkordminuten (145 %) 718 Akkordminuten raus, und man hatte Maschinenstörung, dann wird die Störung nicht mehr aufgeschrieben und bezahlt, sondern der Vorarbeiter sagt: „Du hast noch Plus-Minuten, damit können wir es doch aufrechnen. Du hast ja drei Monate Zeit, um noch etwas rauszuholen." Bei Störungen wurde bisher bezahlt, jetzt soll der Arbeiter es selber tragen.

Der Pufferlohn ist ein erneuter Versuch der Kapitalisten, den Lohn der Conti-Arbeiter zu drücken, nachdem diese erfolgreich gegen die Streichung der 20-Pfennig-Gratifikation gekämpft haben.

Ein Arbeiter aus der Auto 3 in Stöcken hat auf der Betriebsversammlung die Sache mit dem Pufferlohn schon richtig dargestellt. „In den Jahren der Konjunktur wurden die Zeitgrade auf 150 % raufgesetzt und die Meister haben uns angetrieben, mehr zu schaffen. Jetzt, wo die Flaute da ist, ist der 150er-Zeitgrad plötzlich gesundheitsschädlich. Wir haben nichts gegen eine Heruntersetzung auf 142 %, wenn das Geld so bleibt, aber genau da wollen die Herren ran." Großen Beifall bekam er dafür.

Die Sozialdemokraten versuchen den Pufferlohn mit Lügen an den Mann zu bringen. Das klappt immer weniger. Druckfehler sind es jetzt. Die letzte Vertrauensleutesitzung ist ausgefallen, weil der Verantwortliche für den Pufferlohn seitens der Vertrauenskörperleitung „ganz plötzlich krank geworden ist".

Automobilboom: „Kontrollierte Expansion" für den Höchstprofit

„Wir sind jetzt aus der Phase der Sanierung heraus und haben auch die Phase der Konsolidierung hinter uns. Nunmehr sind wir in die Phase der kontrollierten Expansion eingetreten." Diesen zusammenfassenden Bericht vom Verlauf des Krieges der VW-Kapitalisten gegen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt und gegen die Arbeiter des VW-Konzerns gab Schmücker auf einer Pressekonferenz am 14. September in Frankfurt bei der Internationalen Automobilausstellung. Auf allen Schauplätzen des Konkurrenzkrieges ist der VW-Konzern im Vormarsch: Der Marktanteil in der BRD ist um 3% gestiegen. Auf den europäischen Märkten sind 15% mehr VWs verkauft worden und auf den nordamerikanischen Märkten 29%. Weltweit hat der VW-Konzern seit Anfang des Jahres 11,5% mehr Wagen ausgeliefert als im gleichen Zeitraum 1976. Die Beute in diesem Krieg ist der Höchstprofit. So kündigte Schmücker erneut die Erhöhung der Dividende für 1977 an.

Allerdings weiß Schmücker, daß die imperialistischen Konkurrenten das nicht tatenlos mit ansehen werden. „Angesichts des Exportanteils von über 50% brauche die deutsche Automobilindustrie auch weiterhin den funktionierenden Welthandel." Die Aufforderung an die Bundesregierung, Druck auf die Regierungen der anderen imperialistischen Länder, aber auch der Länder der Dritten Welt auszuüben, ist nicht zu überhören. Der VW-Konzern hat seine Erfahrung mit dem „Welthandel", insbesondere mit der Regierung des US-Imperialismus, die Einfuhrzölle und andere Maßnahmen zum Schutz des Absatzmarktes für die US-Konzerne in den USA selbst erließ. Außerdem hat Schmükker darauf mit der Forcierung des Kapitalexports, insbesondere Aufnahme der USA-Produktion, reagiert. In einem Vorstandsbericht, der jetzt in den VW-Werken veröffentlicht wurde, propagiert er „Auslandsaktivitäten auch kleinen Umfanges", also verstärkt jede Möglichkeit der Ausbeutung der Arbeiter in fremden Ländern zu nutzen. „Der VW-Konzern besitzt seit vielen Jahren Produktionsstätten in aller Welt von Brasilien bis Indonesien, von Nigeria bis Jugoslawien, von Südafrika bis Belgien, um nur einige herauszugreifen. Wir bemühen uns, darüber hinaus auch in anderen Ländern Fuß zu fassen." Schmücker denkt dabei an die Ausbeutung der Arbeiter im Iran, in Ägypten und Ghana. „Dabei geht es zum Teil um ganz geringe Montagezahlen ...", die uns aber immerhin eine Chance geben, am Aufbau der Märkte dabeizusein." Die Absicht dieser Veröffentlichung ist, die VW-Arbeiter für die „kontrollierte Expansion" zu gewinnen. „Verengung der Automobilmärkte in Sicht", heißt es in der Unterüberschrift des Auszuges aus dem Vorstandsbericht. „Daher dürften Rationalisierungsinvestitionen nicht als Mittel zur Arbeitsplatzvernichtung, sondern als Voraussetzung zur Sicherung der Arbeitsplätze angesehen werden", erklärte Schmücker.

Natürlich ist der Zweck von Schmückers Maßnahmen nicht die „Vernichtung von Arbeitsplätzen", genausowenig die „Sicherung der Arbeitsplätze", sondern die Erringung des Höchstprofits. „Gewinne bedeuten auch Zukunftsvorsorge." Fragt sich bloß, für wessen Zukunft vorgesorgt werden soll. Für die der Arbeiter auf keinen Fall. Die „Phase der Sanierung und Konsolidierung" der Profite der VW-Kapitalisten bestand daher vor allem in der verschärften Ausbeutung der VW-Arbeiter.

Der Zusammenbruch der Reproduktionsbasis der Massen infolge der allgemeinen Krise des Imperialismus führte zur besonderen Erscheinung der Automobilkrise, die in einem tiefen und schlagartigen Absatzrückgang bestand. Die Massen versuchten den Zusammenbruch der Reproduktionsbasis aufzuhalten, indem sie das verschlissene Auto einfach länger fuhren. Da das Auto aber längst zu einem notwendigen Reproduktionsmittel der Volksmassen geworden ist, konnten die Automobilkapitalisten die Politik „Preis geht vor Menge" verfolgen, denn sie betreiben die Produktion nicht des Absatzes, sondern des Profits wegen. Sie entließen massenhaft Arbeiter, denn dies ermöglichte ihnen, die Rationalisierung zügig voranzutreiben: Die Produktionszahlen im VW-Konzern lagen Ende 1976 bei 2165627 Autos gegenüber 2335169 Ende 1973, also 2,7% unter denen vor der Krise. Die Belegschaft betrug allerdings 1976 nur 183238 Mann gegenüber 215058 1973, also 14,8% weniger.

Nicht anders bei der Phase der „kontrollierten Expansion", in die die VW-Kapitalisten jetzt eingetreten sind. Im ersten Halbjahr 1977 lagen die Produktionszahlen mit 1269180 Autos erstmals wieder über denen von 1973 mit 1219000. Im ersten Halbjahr 1977 mußten die Arbeiter des VW-Konzerns weltweit 11% mehr Autos produzieren als im gleichen Zeitraum 1976. Die Belegschaftsgröße ist allerdings insgesamt nur um 0,5% gestiegen. Eine Folge der kapitalistischen Rationalisierung ist die Überzähligmachung von Arbeitern, und infolgedessen wächst die Konkurrenz unter den Arbeitern und erschweren sich die Kampfbedingungen gegen die VW-Kapitalisten.

Auf der Basis der „kontrollierten Expansion" hofft Schmücker mit Angriffen, die über die kapitalistische Rationalisierung hinausgehen, gegen die Arbeiter in Westdeutschland durchzukommen, indem er die Konkurrenz der Arbeiter in Westdeutschland mit den Arbeitern in fremden Ländern um Arbeitsplätze schürt: „Sorgen machen den deutschen Exporteuren nach wie vor Wettbewerbsnachteile auf den internationalen Märkten, etwa das hohe Produktionskostenniveau und eine ganze Reihe sonstiger Belastungen. Allein das Personalkostenniveau der deutschen Industrie gehört zu den höchsten der Welt." Schmücker will und muß auch noch an den Lohn heran. Das ist klar. Seine Aussichten dafür sind überhaupt nicht gut. Die Drohung mit dem Kapitalexport ist zwar nicht zu überhören, allerdings, warum sollte das die Arbeiter schrecken? Die Arbeiterklasse ist eine internationale Klasse. Sie hat über Ländergrenzen hinweg die gleichen Interessen. Je bewußter sie ihren Zusammenschluß anstrebt, desto geringer sind die Aussichten für die Imperialisten. Schmücker hat die Standortwahl des USA-Werkes ausdrücklich unter dem Gesichtspunkt der Schürung der Konkurrenz vorgenommen. Es ist ausdrücklich in ein ländliches Gebiet mit hoher Arbeitslosigkeit gelegt worden. Die Rechnung, die Arbeiter würden sich deshalb widerstandslos der Ausbeutung unterwerfen, ist gleich gar nicht aufgegangen. Noch bevor die Produktion in Westmoreland richtig aufgenommen worden ist, haben letzte Woche die Arbeiter den Versuch, nicht gewerkschaftlich Organisierte als Lohndrükker einzustellen, sofort mit Streik beantwortet.

Auch hier in der BRD sind die Aussichten von Schmücker nicht besser. Der scharfe Konkurrenzkampf auf dem Automobilweltmarkt und das Bewußtsein, daß der Profit, den sie jetzt in der Konjunktur nicht machen, auf immer verloren ist, macht die Kapitalisten verwundbar. Schmücker kann nur mit Hilfe der Sozialdemokraten hoffen, den Tarif überhaupt über die Zeit zu kriegen. Im VW-Werk Wolfsburg haben die Spitzensozialdemokraten erst erklärt, die Arbeiter seien auf Grund des Drucks der industriellen Reservearmee nicht stark genug, im Herbst für 100 DM mehr Lohn erfolgreich zu kämpfen. Inzwischen ist bekannt geworden, daß wie bei Mercedes und Opel über eine Erhöhung des Weihnachtsgeldes verhandelt werden soll. Dies ist eine komplette Niederlagentaktik. Anfang des Jahres, wenn die Vorbereitung des Tarifkampfes in die entscheidende Phase geht, läßt Schmücker die Produktion in Westmoreland anlaufen. Gelingt es ihm, den Tarif bis dahin über die Zeit zu retten, so ist für ihn schon viel gewonnen; denn dies ermöglicht ihm, durch vielfältige Maßnahmen von Produktionsverlagerungen innerhalb der inländischen VW-Werke bis hin zur Androhung von Entlassungen die Kampffront der Arbeiter zu zersetzen. Es ist daher auf jeden Fall richtig, jetzt den Lohnkampf für 100 DM mehr für alle aufzunehmen. – (Betriebszelle VW Wolfsburg)

der USA-Produktion, reagiert. In einem Vorstandsbericht, der jetzt in den VW-Werken veröffentlicht wurde, propagiert er „Auslandsaktivitäten auch kleinen Umfanges", also verstärkt jede Möglichkeit der Ausbeutung der Arbeiter in fremden Ländern zu nutzen. „Der VW-Konzern besitzt

das Auto aber längst zu einem notwendigen Reproduktionsmittel der Volksmassen geworden ist, konnten die Automobilkapitalisten die Politik „Preis geht vor Menge" verfolgen, denn sie betreiben die Produktion nicht des Absatzes, sondern des Profits wegen. Sie entließen massenhaft Ar-

sind überhaupt nicht gut. Die Drohung mit dem Kapitalexport ist zwar nicht zu überhören, allerdings, warum sollte das die Arbeiter schrecken? Die Arbeiterklasse ist eine internationale Klasse. Sie hat über Ländergrenzen hinweg die gleichen Interessen. Je bewußter sie ihren Zusammenschluß an-

verlagerungen innerhalb der inländischen VW-Werke bis hin zur Androhung von Entlassungen die Kampffront der Arbeiter zu zersetzen. Es ist daher auf jeden Fall richtig, jetzt den Lohnkampf für 100 DM mehr für alle aufzunehmen. – (Betriebszelle VW Wolfsburg)

US-Imperialisten kämpfen um Uranmonopol

Die US-Imperialisten sind der Welt größter Uranproduzent. Das reicht ihnen nicht. Sie kämpfen um das Monopol, um die Beherrschung der Urangewinnung, um die Beherrschung des Uranweltmarktes. Obwohl sie die Konkurrenz der anderen Supermacht, der SU, immer heftiger zu spüren bekommen, haben sie dennoch „beachtliche" Erfolge erzielen können, Erfolge bei der profitablen Ausplünderung fremder Uranlager, bei der Unterdrückung anderer Nationen, bei der Kontrolle und Erpressung ihrer imperialistischen „Verbündeten" und Konkurrenten.

Kanada

Nach den USA ist bislang Kanada der zweitgrößte Uranproduzent außerhalb des Machtbereichs der Sozialimperialisten. Seine Produktion betrug 1976 4,813 metrische Tonnen, davon wurden fast 94 % – 4,509 metrische Tonnen – exportiert, zum größten Teil in die USA, weiter v.a. nach Japan und in die EG-Staaten.

Die US-Imperialisten kontrollieren über die „Gulf Minerals Canada", 100 %ige Tocher der US-amerikanischen Gulf Oil Co. und eine der vier größten Uranbergbaugesellschaften in Kanada, direkt die kanadische Uranproduktion. Sie vervollständigen ihre Kontrolle über den größten Konzern des Reaktormarktes, Westinghouse, der Hauptaufkäufer kanadischen Urans ist und die Verkaufsbedingungen diktiert. Wie weit die Kontrolle des US-Finanzkapitals reicht, brachte vor einigen Wochen ein Streit zwischen der kanadischen und der amerikanischen Regierung ans Tageslicht: Um die Fesseln des US-Finanzkapitals etwas zu lockern, hatte sich Kanada 1972 mit Frankreich, Australien und Südafrika zu einem Urankartell zusammengeschlossen und auf diese Weise die Uranpreise bis 1975 um etwa 700 % auf 40 Dollar pro Pfund erhöhen können. Auf Intervention des Westinghouse-Konzern, der nicht gewillt war, diese Preise zu zahlen, veröffentlichte die „Gulf Minerals Canada", die natürlich selbst an den Preissteigerungen profitiert hatte, schließlich die geheimen Regierungsdokumente über das Kartell. Die US-Imperialisten brachten daraufhin das Kartell zum Platzen und zwangen Kanada, die Uranpreise zu senken.

Australien

Der australische Kontinent verfügt über knapp 10 % der gesamten Weltvorräte an Uran und über rund 25-30 Prozent des bekannten abbaufähigen Urans. Während des Besuchs des australischen

Australien

Der australische Kontinent verfügt über knapp 10 % der gesamten Weltvorräte an Uran und über rund 25-30 Prozent des bekannten abbaufähigen Urans. Während des Besuchs des australischen
Ministerpräsidenten Frazer in den USA im Juni hatte Carter darauf gedrängt, diese enormen Vorräte, die auf Beschluß der früheren Labour-Regierung bisher nur in kleinem Umfang abgebaut werden, der Ausbeutung völlig freizugeben, wobei er nicht vergaß, die Wichtigkeit zu betonen, „daß die Lieferungen dieses Rohmaterials kontrolliert werden." Die Regierung Frazer ist diesem Drängen Ende August nachgekommen, ab Anfang der 80er Jahre sollen die großen Vorkommen abgebaut und Uran exportiert werden, was von den australischen Volksmassen heftig bekämpft wird. Nicht nur die USA, auch die BRD und Japan sind am australischen Uran brennend interessiert. So wie diese beiden imperialistischen Staaten die Abhängigkeit von US-amerikanischen Uranlieferungen abschütteln wollen, so wollen die US-Imperialisten das australische ebenso wie das kanadische Uran unter ihre Kontrolle bringen und damit ihren erpresserischen Druck auf die Konkurrenten verstärken. Die US-Imperialisten haben der australischen Regierung u.a. abgepreßt, daß das Uran nur an Länder geliefert werden darf, die sowohl das Abkommen zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen unterzeichnet haben wie auch die interne Verwendung des Urans der Kontrolle der Wiener Internationalen Atomenergieorganisation unterwerfen. Im Rahmen „internationaler Inspektionen" verschafft sich die Supermacht USA damit Zugang zu allen Ländern, die australisches Uran kaufen.

Japan

Mit ihrem Monopol in der Lieferung angereicherten Urans nach Japan haben die US-Imperialisten bisher verhindert, daß die japanischen Imperialisten ihr Kernenergieprogramm richtig zur Anwendung bringen konnten. Die sind erbittert, weil ihre Energiekosten im Vergleich hoch liegen, billige Energie jedoch Voraussetzung für erfolgreiches Bestehen im Kampf um Weltherrschaft sind. Die US-Imperialisten nutzen ihr Monopol weidlich aus: Im Rahmen von Verhandlungen über die Genehmigung einer japanischen Wiederaufbereitungsanlage haben sie gründliche Inspektionen durchgeführt und die Anlage in Tokaimura ausgeschnüffelt. Nach monatelangen Verhandlungen haben sie Anfang September die Wiederaufbereitungsanlage „genehmigt", für zwei Jahre und zur Probe und nur unter der Bedingung, daß Japan später ein anderes Verfahren anwendet, das Plutonium nur zusammen mit Uran ausscheidet und das letztlich verhindern soll, daß Japan eine vom US-Imperialismus unabhängige Kernenergieindustrie aufbaut. – (Z-Red)

Schwarze Sorge um die Jugend

Katholische Bischofssynode: Erziehung im Sold des Imperialismus

Am 30. September wird die diesjährige Bischofssynode abgehalten, der Papst (nachdem feststeht, daß er nicht abdankt) wird sie vor 200 Bischöfen aus aller Welt eröffnen. Danach werden sie vier Wochen lang über das Thema „Die Katecheten (Verkünder des ‚Wortes Gottes', d. Red.) in der heutigen Zeit unter besonderer Berücksichtigung der Kinder- und Jugendkatechese" handeln. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" kommentiert: „Damit versucht die katholische Kirche weltweit ihre Bemühungen um die Jugend zu koordinieren und in eine zeitgemäße, erfolgreichere Form zu bringen." (FAZ 10.9.77)

„Bemühungen" hat die katholische Kirche im Beschluß der gemeinsamen Synode der Bistümer in der BRD 1975 zur kirchlichen Jugendarbeit niedergelegt: „Jugendarbeit ist heute schwierig, die Probleme sind groß ... Ihre Aufgabe ist heute besonders schwer. Für viele Jugendliche ist die Kirche fremd geworden ..." In der Tat kann die Kirche heute breite Massen der proletarischen Jugend nicht für Gottesdienst und liturgische Handlungen mobilisieren. Schon 1913 konstatierte der Berliner Pastor Dehm: „Die Proletarierjugend wächst in Religionslosigkeit auf. Einer der ersten Dinge, die der jugendliche Tagelöhner ablegt, ist die kirchliche Sitte ... (Ratgeber für Jugendvereinigungen 1913) Aber: die imperialistische Bourgeoisie legt Wert auf die Durchdringung aller Erziehung mit kirchlich-religiösem Geist und kirchlicher Autorität, mit dem „Opium fürs Volk".

So hat der bürgerliche Staat die Religion in der Schule garantiert. Kirchliche Einrichtungen durchdringen alle Lebensbereiche der Massen. Ausgehalten wird die Kirche durch die Kirchensteuer, die der imperialistische Staat für sie eintreibt und zusätzliche Subventionen. Die Einrichtungen im „Dienste der Jugend" sind beginnend mit Säuglings- und Kinderkrippen, über Heime und „Freizeiteinrichtungen", wie Diskotheken und Jugendhäuser unter die Fuchtel der Kirche gestellt. Den katholischen Pfaffen danken es die Imperialisten: „Kirchliche Jugendarbeit ist ein Einübungsfeld ... Ohne jeden Zwang soll dem jungen Menschen dazu verholfen werden, jenen Standort zu finden, den er in einer pluralistischen Gesellschaft braucht."

„Pluralistisch" heißt Unterordnung unter die Klasseninteressen der Bourgeoisie, der „Standort" ist der der Lohnsklaverei für die Profitinteressen der Kapitalistenklasse.

„Dieses Einübungsfeld darf aber nicht dem Belieben der Verantwortlichen oder einzelnen Gruppen überlassen bleiben ..." Nein, dafür haben sie das kirchliche Dienstrecht geschaffen, das den Dienst an der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erzwingt. „Die kirchliche Jugendarbeit muß vornehmlich danach streben
- bei der Bewältigung von Glaubensnot zu helfen
- neue Möglichkeiten der Glaubenserfahrung zu eröffnen
- Glaubensinhalte zu vermitteln, zu vertiefen und zu aktualisieren
- den Notleidenden soziale und karitative Hilfe zu geben
- sich für Frieden und Gerechtigkeit überall auf der Welt einzusetzen
- die Einheit aller Menschen zu fördern und die Einheit der Christen über alle Kirchengrenzen hinweg als deren Voraussetzung
- die politische Zukunft mitzugestalten." (Aus dem Beschluß der gemeinsamen Bischofssynode, S. 17)



Osnabrück. Die „Jungen Nationaldemokraten" führten in Osnabrück ihren Bundeskongreß durch. Dazu brauchten sie mehrere Hundertschaften Polizei. Am Samstag haben sie es nicht geschafft, im Fußgängerbereich eine Kundgebung durchzuführen. Das Bild zeigt ein Agitationszentrum des KBW. Bei der Kundgebung des KBW waren rund 150 anwesend.

„In Sorge um den Glaubensgehorsam einerseits und den Erfordernissen einer Erneuerung andererseits" werden die Kuttenmänner am 30. September die neue Katechese verabschieden. Ihre „Sorge" ist, die Jugendlichen für die kapitalistische Profitproduktion gefügig zu machen und den ideologischen Boden für die imperialistischen Expansionspläne zu schaffen.

Der Glaubensgehorsam, das ist in den kirchlichen Jugendheimen Kasernenunterdrückung.

In Frankfurt sind allein 28 Heime von Caritas-Verband und Innerer Mission errichtet, weitere 70 von „sonstigen Trägern" wie beispielsweise dem katholischen Jugendamt, das das St. Martins-Heim und das Dietrich-Bischofs-Heim unterhält. Insgesamt haben Caritas-Verband, Innere Mission und sonstige Träger rund 8000 Jugendliche in Heimen kaserniert. (Zahlen 1976, Statistisches Jahrbuch der Stadt Frankfurt/Main, 1975: rund 7100 Heimplätze)

„Die frühe Geschichte Frankfurts ist aufs engste mit der Kirche verknüpft", heißt es in der Broschüre des Magistrats „Stadt und Kirche, eine Bilanz der Zusammenarbeit". Seit 1972 wurden die Caritas mit 2,61 Millionen, sonstige katholische Einrichtungen (einschließlich Kindergärten) mit 9,73 Millionen Mark ausgehalten.

Die Imperialisten setzen auf die christlich-nationale Ideologie. Wenn sie sie bei der Arbeiterjugend durchsetzen, sind sie ein gutes Stück vorangekommen in der Durchsetzung des Zuchthauses für die Jugend des Volkes, in der Verhinderung der Erziehung der Jugend für die proletarische Revolution. – (Z-Red)

21. September: Landtagssitzung in Hannover

Hannover. Die Tagesordnung für die erste Landtagssitzung in Niedersachsen nach der Sommerpause ist veröffentlicht.

Die Tagesordnung ist umfangreich: Die Innere Sicherheit soll durch Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes verschärft werden.

Die Arbeitslosigkeit wird auf der Sitzung in verschiedenen Punkten behandelt. Die bürgerlichen Politiker geben vor, „die Arbeitslosigkeit abzubauen". So verkünden sie ihre Absichten, Sonderprogramme sollen zur Jugendarbeitslosigkeit beschlossen werden. Sie sind intern, ihre Absichten sind den Volksmassen durch bisherige Gesetzesänderungen bereits bekannt. Die Arbeitslosenkasse soll geplündert werden und den Kapitalisten in Form von „Investitionen" zugeschustert werden.

Es liegt ein Antrag zum 10. Hauptschuljahr dem Landtag vor. Dies soll ein Mittel sein, die Jugendarbeitslosigkeit abzubauen. Diese Verlängerung der Schulzeit soll die Arbeiterklasse tragen, damit die Kapitalisten unausgebildete, billige Arbeitskräfte ankaufen können, die nicht zu jung sind und im Ausbeutungsprozeß vernutzt werden können. Dies sind die Absichten der bürgerlichen Bildungsprofessoren vor einigen Wochen auf einem Berufsbildungskongreß in Westberlin schon gewesen. Der Niedersächsische Landtag kommt dem geschwinde nach.

Neue Bestimmungen werden über den Ausbau der Hochschule beschlossen, hier wird die Landesregierung die nächsten Schritte in der Expansionspolitik unterstützen, wenn es heißt, die Erweiterung bzw. Kürzung der Hochschulzweige nach den wirtschaftlichen Interessen der Monopolbourgeoisie zu fassen.

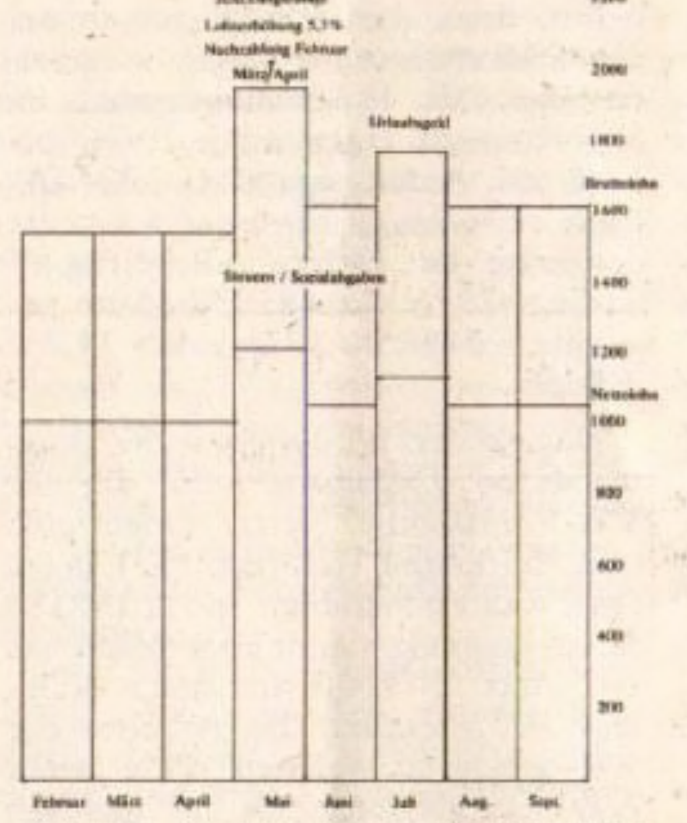
200 DM sind das Mindeste – Dafür kann man kämpfen

Lohnentwicklung öffentlicher Dienst / Im September zeigt sich unverhüllt: Dieser Tarif kann nicht geschluckt werden

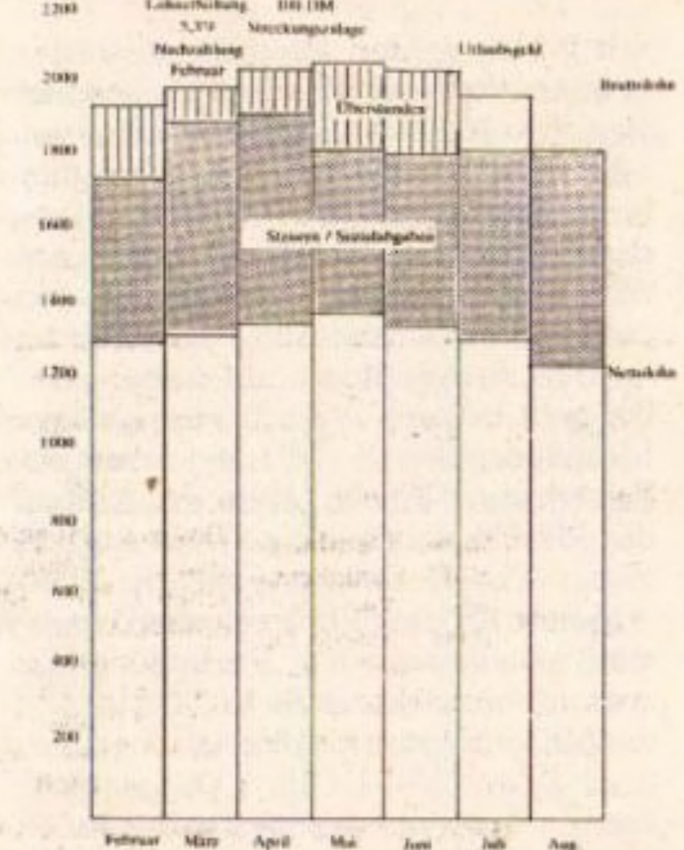
1 242,91 DM beträgt der Ende August ausgezahlte Nettolohn eines Hildesheimer Gemeindearbeiters. Im Februar waren es 1 305,68 DM. *Dazwischen* lag die Tariferhöhung von 5,3%. Ein Einzelfall? Eine Arzthelferin von der Medizinischen Hochschule Hannover (BAT VII / 23 Jahre, ledig) hat im September 1 054,85 DM, im Februar 1 007,86 DM. 46,99 DM sind ihr geblieben vom „Kompromiß mit der sozialen Komponente".

Wir haben am 17. März in dieser Zeitung geschrieben: „Niemand wird bestreiten wollen, daß dieser Abschluß zu einschneidenden Veränderungen in den Lebensgewohnheiten der Massen führen muß. Denn die Reproduktionsbasis wird eingeschränkt." Und: „Es tritt die Schrumpfung der Reproduktionsbasis nicht sogleich in Erscheinung. Die Lage verschlechtert sich unmerklich ... Dieser Tarif enthält eine Fülle von Sicherheitsvorkehrungen, die sich gegen ein erstarkendes Bewußtsein der Millionenmassen der Beschäftigten richten. Mit diesen vielen Sicherheitsvorkehrungen, die alle als Mittel der Verwirrung und der Spaltung anzusehen sind, müssen sich die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten jetzt befassen ..."

Die nebenstehende Lohnzetteluntersuchung ist Beleg für unsere These: Auszahlung der Erhöhung zu den verschiedensten Zeitpunkten (zwischen März und Mai), zusammen mit der Streckungszulage und der Nachschlagszahlung oder getrennt von ihr; Urlaubsgeld dann im Juli; Abspaltung von den kleinen Beamten, denen die Erhöhung wegen „fehlender gesetzlicher Grundlage" zunächst vorenthalten wurde; Abspaltungsversuche bei den städtischen Arbeitern über Anrechnung des teilweise schon vorher erkämpften Urlaubsgeldes etc.



Arzthelferin (23 Jahre, ledig, BAT VII): Ohne politischen Kampf gegen die Steuerplünderung ist kein Fortschritt möglich. 50% der Nachzahlungen im April sind durch den bürgerlichen Staat gleich wieder einkassiert worden.



Gemeindearbeiter (Stadttheater, Lohntarif: Arbeiter Gemeinden III, 2; Der elend niedrige Tarif zwingt zu Überstunden. Entfallen diese, wie hier im Juli/August wegen Theaterferien, tritt der ganze Betrug des Tarifabschlusses hervor.

„Die Verständigung der Massen über die Auswirkungen dieses Abschlusses mußte erschwert werden, die Klarheit über den tatsächlichen Lohn galt es zu ersticken. Bis in den Juli konnte es scheinen, als sei der Tarif erträglich. So dachten es die Sozialdemokraten."

Wir hatten vorgeschlagen, die Lohnzettel in den Belegschaften gemeinsam zu studieren, sich zu verständigen über die Auswirkungen dieses Abschlusses, um auf dieser Grundlage Kampfmaßnahmen ergreifen zu können. Diese Versammlungen haben in vielen Abteilungen stattgefunden, sie haben Klarheit schaffen können über die unerträgliche Niedrigkeit des Tarifes, über die spalterische Wirkung dieses Abschlusses und darüber, daß der Lohnkampf verbunden werden muß mit dem politischen Kampf gegen die Ausplünderung über die Steuer.

„Dieser Abschluß kann nicht geschluckt werden", das ist die Lage. Die Meldungen der Bourgeoispresse über vermehrte Kleinkreditaufnahme, Ratenkäufe, steigendes Gebrauchtwagengeschäft sind Erscheinungen der schlichten Tatsache, daß das Geld nicht reicht. Das gilt für die Masse der in öffentlichen Diensten Beschäftigten, einschließlich der meisten Lehrer. 204,76 DM hat eine Lehrerin in Hannover (BAT IVa / 28 Jahre, verheiratet) mehr auf ihrem Septemberlohnstreifen gegenüber Februar, Brutto, wobei 81,36 DM einer Höherstufung um eine Dienstaltersstufe entspringen. Netto bleiben davon 110 DM.

Der niedrige Lohn zwingt vielfach zu Überstundenschinderei. Entfallen sie, wie in den Theaterferien (siehe Schaubild 2), fällt der Lohn ins Unerträgliche.

200 bis 220 DM wird man schon fordern müssen, soll überhaupt etwas erreicht werden. Auf dieser Forderung ist die Einheit mit der Masse der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst möglich. So hoch muß sie aber auch sein, wenn die Abspaltung der steigenden Zahl der Beschäftigten, die in die unteren Lohngruppen gedrückt wurden und werden, verhindert werden soll. Sie werden sich an dem Kampf nur beteiligen können, wenn es sich für sie auch lohnt. – (N-Red.)

Gegen § 218 – Kinderheim Bad Sachsa

Bad Sachsa. Acht Kinder und Jugendliche des Kinderheims Bad Sachsa, darunter ein Bäckerlehrling, zwei Schüler des Berufsgrundbildungsjahres und ein Former, haben den Offenen Brief der Komitees und Initiativen gegen den § 218 an den Gewerkschaftstag unterschrieben und dazu einen Brief geschrieben:

„An den Gewerkschaftstag der IG Metall!

Wir Heimkinder wenden uns an den Gewerkschaftstag der IG Metall, weil wir den Kampf der Komitees und Initiativen gegen den § 218 unterstützen. Wir sind im Heim, z.B. weil wir zu viele Kinder waren und unsere Eltern kein Geld hatten, um uns alle ordentlich zu ernähren und zu bekleiden. Die Ämter schieben unseren Eltern die Schuld in die Schuhe, denn sie behaupten, unsere Eltern hätten uns verwahrlosen lassen, und wir müßten vor ihnen geschützt werden. Wir sind hier nicht, weil uns unsere Eltern verwahrlosen lassen haben, sondern weil unsere Eltern sich bei ihrer Arbeit kaputtgemacht haben, dennoch nicht genug für uns alle verdienten. Wir sind gegen die Abtreibung, denn wir Kinder wollen leben. Aber solange viele Eltern gezwungen sind, ihre Kinder zu vernachlässigen, sind wir für das Recht auf die eigene Entscheidung der Familie, ob sie noch ein Kind haben können oder nicht. Deshalb fordern wir den Gewerkschaftstag auf, die vier Forderungen zu unterstützen: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

P.S.: Wir sind 12 bis 15 Jahre alt."

Aus dem Kinderheim Bad Sachsa haben außerdem noch unterschrieben: die Putzfrau, die beiden Kindergärtnerinnen und der Pyschologe, somit alle, die dort beschäftigt sind, mit Ausnahme der Heimleiterin. – (Ortszelle Herzberg, Bezirksverband Südniedersachsen).

Schüler an GEW-Bundesvertreterversammlung: Keine Fünfen und Sechsen!

Westberlin. Die folgende Resolution hat die Klasse 5a der 14. Grundschule in Westberlin-Kreuzberg an die Bundesvertreterversammlung der GEW geschickt:

„Ihr seid die Gewerkschaft der Lehrer. Die Lehrer geben die Noten. Mit den Noten, den Fünfen und Sechsen, werden die Schüler ausgesiebt. Mit den Noten werden wir gezwungen, zu lernen, was ihr unterrichtet.

Unsere Klasse hat durch ihren Kampf erreicht, daß alle versetzt worden sind. In diesem Kampf hat uns eine Lehrerin – Frau Huyoff – unterstützt. Sie hat keine Fünfen und Sechsen gegeben und das gegenüber der Schulleitung und dem Bezirksamt offen getan. Die Schulleitung und das Bezirksamt sind gegen uns. Wir erwarten, daß ihr für uns seid. So, wie wir Briefe von Kollegen aus drei Betrieben bekommen haben. Ihr müßt an eurem Gewerkschaftstag beschließen: Keine Fünfen und Sechsen! Keiner darf sitzenbleiben! Nieder mit dem Notensystem! Und alle Lehrer müssen damit jetzt in ihren Klassen beginnen. Unsere Forderungen lassen sich nämlich nur im Kampf durchsetzen."

Sozialstationen in Niedersachsen – Rentnermord und Zwangsarbeit

Der niedersächsische Sozialminister geht zielstrebig daran, das Ehrenbergsche Mordprogramm umzusetzen: Seine Fachleute haben durch „Verfeinerung der Planungsmethoden" entdeckt, daß in Niedersachsen 6 000 der 75 000 Klinikbetten „überflüssig" seien, daß es einen „Bettenberg" gebe, der „im Lauf der nächsten Jahre allmählich schwinden" soll. Dazu wird eine Neufassung des Krankenhaus-Bedarfsplans ausgearbeitet. 50 bis 60 Krankenhäuser sollen geschlossen werden und zuerst die Rentner aus den Klinikbetten getrieben und zum schnelleren Sterben nach Hause geschickt werden. Dazu dient die Einrichtung von Sozialstationen.

Sozialminister Schnipkoweit: „Wenn ein dichtes Netz von Sozialstationen vorhanden ist, die rund um die Uhr und vor allem auch am Wochenende einsatzfähig sind, brauchen wir weniger Krankenbetten." (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 26.8.77) „Darüber hinaus kann der Ausbau der ambulanten Dienste auch eine entscheidende Rolle bei den notwendigen Bemühungen um Kosteneinsparungen im Sozial- und Gesundheitswesen spielen. Sozialstationen sollen zugleich einen Beitrag zur Verbesserung der Personalstruktur der ambulanten Dienste leisten." (Empfehlungen zur Einrichtung von Sozialstationen in Niedersachsen) Noch bis Jahresende soll die vorhandene Zahl von 30 Sozialstationen verdoppelt werden.

Kernstück der Sozialstationen soll neben der Kranken- und Altenpflege die Haus- und Familienpflege sein. „Wer kann sich noch der Gemeindeschwestern erinnern, die unermüdlich von Patient zu Patient durch Holzminden radelten?", beginnt die Holzmindener Stadträtin Knoblauch einen Artikel unter der Überschrift „Eine Sozialstation für Holzminden" im „Täglichen Anzeiger Holzminden".

„Bei Krankheit innerhalb der Familie übernehmen die Krankenschwestern die Betreuung und Pflege, soweit Familienangehörige dazu selber nicht in der Lage sind ... Die Pflege von Krankenhauspatienten nach ihrer Entlassung bis zur vollständigen Genesung gehört zu ihren Aufgaben ... Der Einsatz der Altenpflegekräfte wird den älteren Menschen in zahlreichen Fällen einen Aufenthalt in einem Altenheim oder Altenpflegeheim ersparen." (Broschüre des Sozialministers) Die Rentner müssen unter die Erde.

Die Errichtung der Sozialstationen ist eine Maßnahme im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Bundesregierung. Finanziert werden sie durch Plünderung der Arbeitslosenkassen. Mit 37 Millionen DM tragen die Arbeitsämter Niedersachsen und Bremen 80% der Lohnkosten. Zwangsarbeit und Lohnsenkung sollen durch die Sozialstationen vorangetrieben werden. „Teilzeitarbeit suchende Frauen sollten dabei berücksichtigt werden, betonte du Buisson." (Leiter der Arbeitsvermittlung beim Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen, d.RedFrauen im Lande sowie arbeitslosen Sozialarbeitern, Schwestern und Pflegern empfohlen, sich unter Hinweis auf das ‚Programm Sozialdienste' bei den Arbeitsämtern zu melden." Geplant ist, Krankenschwestern und Pfleger durch „Abbau des Bettenbergs" rauszuschmeißen und sie dann zu halben Gehältern als „Teilzeitkräfte" in die Sozialstationen zu zwingen. Möglichst ganz kostenlos soll in den Sozialstationen gearbeitet werden. Schnipkoweit: „Außerdem sollen die Sozialstationen sich um die Aufklärung und Schulung der Bevölkerung in häuslicher Krankenpflege sowie um die Mobilisierung der Nachbarschaftshilfe und die Gewinnung zusätzlicher ehrenamtlicher Mitarbeiter für die ambulanten Dienste bemühen."



Jedes fünfzehnte Klinikbett soll verschwinden – Rentner und Kranke sollen schneller unter die Erde. Per Zwangsarbeit zu halbem Gehalt oder ganz kostenlos als „ehrenamtliche Mitarbeiter" soll das Pflegepersonal gezwungen werden, dabei letzte Hand anzulegen.

In Flensburg in der Diakonissenanstalt müssen Krankenpflegeschüler ein halbes Jahr umsonst arbeiten, wollen sie eine Ausbildung haben. Als Ausgleich für nichtgezahlten Lohn ist Teilnahme an den Andachten und Gottesdiensten Pflicht. An so etwas denkt Schnipkoweit auch, wenn er die „ehrenamtliche Tätigkeit" als einen „nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Wiedergewinnung der Selbstverantwortung des Menschen" bezeichnet.

Die geplanten Sozialstationen sind vollständig staatlicher Aufsicht und Weisung unterworfen. Über Richtlinien und Mittelvergabe werden die Träger gelenkt. Über die Beschäftigten wird ein engmaschiges Spitzelnetz geworfen. „Regelmäßige Dienstbesprechungen gewährleisten darüber hinaus, daß die Pflegekräfte mit ihren Problemen aus der Praxis nicht allein gelassen werden und der Erfahrungsaustausch möglich ist." (Broschüre) Die Unterdrückung des Personals muß verschärft werden, soll es mit der Rentnervernichtung richtig laufen.

Das Rentnervernichtungsprogramm und die Lohnsenkung für das Personal, beides durch das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz geplant, muß zurückgeschlagen werden. Die Lage ist günstig. „Aller Behutsamkeit zum Trotz aber ist und bleibt es ein schwieriges Unterfangen, rund jedes zwölfte Krankenhausbett zu beseitigen." (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 26. August) – (N-Red.)

Neue Spaltungs- und Erpressungsversuche unter dem Ruf nach Transfer

Das Unternehmen „Transfer-Enquete-Kommission" läuft seit Anfang des Jahres. Helmut Schmidt hat es in seiner Regierungserklärung annonciert. Von Zeit zu Zeit melden sich verschiedene Bourgeois und berichten, was jetzt unter diesem Decknamen gerade betrieben wird. Zuletzt am 8. September über die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" der Regierungsdirektor im Wirtschaftsministerium, Dr. Ralf Zeppernick.

Seine wichtigste Erkenntnis: „Die bisherigen Berechnungen lassen noch keine gesicherten Rückschlüsse zu, aber es besteht die begründete Vermutung, daß parlamentarisch nicht oder nur schwach vertretene Gruppen bei staatlichen Einkommen benachteiligt wurden."

Besondere Aufmerksamkeit empfiehlt der Regierungsdirektor, der noch einige Sprossen der Beamtenkarriere vor sich hat, für „Nicht-Arbeitnehmer, wie nicht berufstätige Mütter mit mehreren Kindern, Frührentner, Behinderte, zum Teil auch Arbeitslose, die von einer Vielzahl staatlicher Einkommen ausgeschlossen sind".

Das Unternehmen „Transfer-Enquete-Kommission" segelt unter der Flagge und Regie des Ehrenberg-Ministeriums. Von diesem Ministerium werden bereits seit einiger Zeit Sorgen um die Behinderten laut: sie sollen „Arbeitsplätze frei machen", die Kapitalisten sollen von ihrer Beschäftigungsverpflichtung entbunden werden. Ebenso die Frührentner. Mit etwas „Sozialhilfe" kann die „flexible Altersgrenze" gesenkt werden, um dadurch die kurz vor der Verrentung stehenden Arbeiter und darüber alle Arbeiter noch stärker unter Druck zu setzen. Für die Arbeitslosen liegt der Gesetzentwurf schon vor, der sie zwingen soll, jede Arbeit für „zumutbar" anzunehmen. Mit etwas „Sozialhilfe" lassen sich die Grenzen weiter nach unten drücken. Schließlich die „nicht berufstätigen Mütter mit mehreren Kindern" der Sozialhilfe übergeben: diese offizielle Erklärung, daß die Arbeiterklasse dazu verurteilt sein soll, ihre Reproduktion abhängig zu machen vom Staatsapparat der herrschenden Klasse und in dessen Hand zu legen, geht dem auf die nächsten Stufen der Beamtenkarriere versessenen Kapitalistenknecht aus dem Wirtschaftsministerium glatt aus der Feder.

Der Regierungsdirektor aus dem Wirtschaftsministerium kennt die Methode „Sozialhilfe" und den Kurs des Unternehmens „Transfer-Enquete-Kommission": „In dem Ausmaß, in dem die Zahl der Begünstigten erweitert wurde – meistens verknüpft mit einer gleichzeitigen Erhöhung der staatlichen Einkommen pro Kopf –, sank tendenziell die eigentliche Begünstigung." Nachdem sich die Kapitalisten mit Hilfe von Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe, BAFöG, Sparprämien usw. usw. Voraussetzungen geschaffen haben, um unter Berufung auf diese besonderen Zahlungen aus Lohnsteuern für „Härte- und Sonderfälle" den durchschnittlichen Lohnstandard zu senken, sollen jetzt, wo zig Millionen Lohnabhängige bereits gezwungen sind, mit dem Kindergeld usw. *zu rechnen*, gestrichen werden. Davon versprechen sich die Kapitalisten verstärkten „Transfer" von der 40-Stundenwoche zu Überstunden-, Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit. Mit der Sorge um die „Nicht-Arbeitnehmer" unter dem Decknamen des Unternehmens „Transfer-Enquete-Kommission" sind die nächsten Spaltungs- und Erpressungsversuche der Kapitalisten und ihres Ehrenberg-Ministeriums bereits in Sicht. – (Z-Red)

Monopolisten im Ankauf der Arbeitskraft

Die größten Belegschaften in der Region Nord

„In dem Maße, wie alle der bürgerlichen Gesellschaft eigenen Widersprüche wachsen und sich entwickeln, wächst auch die Unzufriedenheit der werktätigen und ausgebeuteten Massen mit den bestehenden Zuständen, wächst die Empörung der durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse, verschärft sich ihr Kampf gegen die Ausbeuter. Indem der monopolistische Kapitalismus die Wirtschaft ganzer Staaten und Staatengruppen in den Händen weniger Konzerne vereint, tritt er der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern geschlossen, brutal und gewaltsam gegenüber. (. . .) Der Widerstand des Proletarists wächst und tritt in Massenstreik zutage, die ganze Produktionszweige, ja ganze Länder lahmlegen." (Programm des KBW, Seite 13f.)

	MASCHINENBAU	METALLERZEUGUNG	ELEKTROTECHNIK	CHEMIE	HOLZ	TEXTIL	NAHRUNG	HANDEL	ÖFFENTLICHER DIENST
Region Nord	496400	90500	287300*	152300	138200	94000	209500	926100	717323
Flensburg-Westküste Industriebeschäftigte 22624 Arbeitslose 7360	*Danfoss* Flensburg / 1600 / Kompressoren / IGM / dän. Besitz *Flensburger Schiffsbaugesellschaft* / 1200 / Schiffe bis 50000 tdw / IGM		*Storno* Flensburg / 500 / Funktechnische Anlagen / IGM / Storno Dänemark *Beyschlag* Heide / 600 / Apparatebau / IGM / Philips	*Texaco* Hennigstadt, Dithmarschen / 700 / Ölprodukte / IG Chemie *Gehlsen* Heide / 500 / Kunststoffe / Gew. Holz und Kunststoff				*Fördereederei* Flensburg / 320 / ÖTV	*Kraftfahrtbundesamt* Flensburg / 1100 / ÖTV *Stadtwerke Flensburg* / 600/ ÖTV
Holstein Industriebeschäftigte 153826 Arbeitslose 2685	*Howaldtwerke Deutsche Werft* Kiel / 9000 / Schiffe und Reparaturen / IGM / Bund *MaK-Maschinenbau* Kiel / 3400 / Motoren, Panzer, Loks / IGM / Krupp *O & K* Lübeck / 2800 / Spezialschiffe, Schwimmbagger, Kräne / IGM / Hoesch, Berliner Handels- und Frankfurter Bank		*Dräger-Werke* Lübeck / 4200 / Tauch-, Kompressionsgeräte / IGM	*Villeroy & Boch* Lübeck / 2200 / Keramikprodukte, Fliesen / IG Chemie	*Schmalbach Lubeca* Lübeck / 3000 / Verpakkungen / IGM / US-Besitz *Gruner & Jahr* Itzehoe / 2800 / Zeitungs- und Zeitschriftendruck / IG DruPa / Bertelsmann				*Universitätskliniken Kiel* / 3000 / ÖTV *Fernmeldeamt Kiel* / 2500 / DPG *Universität Kiel* / 2000 / ÖTV
Hamburg-Unterelbe Industriebeschäftigte 198774 Arbeitslose 39359	*Blohm & Voss* Hamburg / 7030 / Schiffe / IGM / Thyssen 67,7%, Siemens 12,5% *Howaldtwerke Deutsche Werft* Hamburg / 6000 / Schiffe / IGM / Bund 74,9%, Schleswig-Holstein 25,1%		*Philips* Hamburg / 10000 / Elektrotechnische Produkte / IGM / Philips Nederland	*Phoenix-Gummiwerke* Hamburg / 7000 / Gummireifen / IG Chemie / Bayer 16,8% *BASF* Hamburg / 3200 / Chemiefasern, Kunststoffe / IG Chemie			*BAT* Hamburg / 4040 / Tabakwaren / NGG / BAT London	*Otto-Versand* Hamburg / 6080 / Versandhandel / *Hapag-Lloyd Schiffahrt* Hamburg / 6000 / Reederei / ÖTV / Deutsche und Dresdner Bank je über 25%	*Hamburgische Elektricitäts-Werke (HEW)* / 5500 / Energie / IGM / Stadt Hamburg *Hamburger Hafen- und Lagerhaus-GmbH* / 4500 / Umschlag und Lager / ÖTV / Stadt Hambur
Bremen-Unterweser Industriebeschäftigte 119175 Arbeitslose 21326	*Vulkan* Bremen / 5000 / Schiffe, Maschinen / IGM / Thyssen *Hanomag* Bremen / 4500 / Kleintransporter / IGM / Daimler Benz *AG Weser* Bremen / 4400 / Schiffe, Maschinen / IGM / Krupp *VFW* Bremen / 3500 / Flugzeuge, Meerestechnik, Raumfahrt / IGM / Krupp 35,16%	*Klöckner-Hütte* Bremen / 7000 / Roheisen, Stahl / IGM	*Nordmende* Bremen, Verden, Bremerhaven, Sittensen / 4760 / Radio, Fernsehen / IGM				*Nordsee Deutsche Hochseefischerei* Bremerhaven / insg. 8300 / Fischverarbeitung / NGG / Unilever *Brinkmann* Bremen / 4000 / Tabakwaren / NGG / Rothmans International Ltd., London *Kaffee Jacobs* Bremen / 3700 / Kaffee / NGG		*Bremer Lagerhausgesellschaft* / 4000 / Umschlag, Lager / ÖTV / Stadt Bremen 51%
Weser-Ems Industriebeschäftigte 91221 Arbeitslose 28355	*VW Emden* / 6500 / Autos / IGM *Thyssen Nordseewerke* Emden / 4000 / Schiffe / IGM / Thyssen *VFW* Nordenham 1400, Varel 1000, Delmenhorst 200 / Flugzeuge / IGM / Krupp	*Preussag* Nordenham / 1100 / Blei- und Zinkverhüttung / IGM / Westdeutsche Landesbank 100%	*Olympia* Wilhelmshaven, Leer, Norden / insg. 9000 / Büromaschinen / IGM / AEG 100% *AEG Motorenwerke* Oldenburg / 2150 / Elektromotoren / IGM	*Melitta* Varel / 1000 / Filter und Tüten / IG Chemie		*Vereinigte Kammgarnspinnerei* Delmenhorst / 1100 / Stoffe, Wollspinnerei / Gewerkschaft Textil Bekleidung / mehr als 25% Dresdner Bank, 15,5% Deutsche Bank			*Marinearsenal* Wilhelmshaven 3000 / ÖTV Bund
Hannover **Industriebeschäftigte 201796** **Arbeitslose 41345**	*VW Hannover* / 18000 / Transporter / IGM *Hanomag* Hannover / 3500 / Baufahrzeuge / IGM / Massey Ferguson, Kanada *Kabelmetal* Hannover / 3000 / Kabel / IGM / Gutehoffnungshütte		*Blaupunkt* Hildesheim / 8400 / Autoradios, Fernseher / IGM / Bosch *AEG-Telefunken* Werk Hannover 2500, Werk Celle 2400, Werk Hameln 2000 / Fernseher, Radios / IGM	*Conti* Hannover / 12000 / Reifen / IGCPK / gemeinsamer Anteil über 25% von Bayer, Deutsche Bank, Münchener Rück *Pelikan* Hannover / 3000 / Schreibwaren / IG Chemie					*Stadtverwaltung Hannover* / 12000 / ÖTV *Evangelische Kirche* Hannover / 7000 / Hannover *Medizinische Hochschule Hannover* / 4500 / ÖTV
Osnabrück-Emsland Industriebeschäftigte 89252 Arbeitslose 9900	*Karmann* Osnabrück / 6100 /. Fahrzeuge / IGM	*Klöckner-Hütte* Osnabrück / 3700 / Stahl / IGM *Klöckner-Hütte / Georgsmarienhütte* / 4000 / Stahl / IGM	*Kabelmetal* Osnabrück / 3000 / Kabel / IGM / Gutehoffnungshütte		*Schoeller* Osnabrück / 1300 / Papier / IG Chemie	*Nino* Nordhorn / 3800 / Textilien / Gew. Textil *Powel* Nordhorn / 1600 / Textilien / Gew. Textil			
Braunschweig / Östliches Niedersachsen Industriebeschäftigte 180528 Arbeitslose 20999	*VW Wolfsburg* / 49700 / Autos / IGM / je 20% Bund und Niedersachsen *VW Salzgitter* / 5900 / Autos / IGM *VW Braunschweig* / 5250 / Autos / IGM	*Peine & Salzgitter*, Werk Salzgitter / 12000 / Roheisen und Stahl / IGM / Bund *Peine & Salzgitter*, Werk Peine / 7000 / Roheisen und Stahl / IGM / Bund	*Siemens* Braunschweig / 5000 / Fernschreiber, Eisenbahnsignaltechnik / IGM						*Stadtverwaltung Braunschweig* 4600 / ÖTV
Südniedersachsen Industriebeschäftigte 59637 Arbeitslose 9818		*Alcan-Werke* Göttingen / 1130 / Walzprodukte / IGM / Alcan Kanada	*Deta* Bad Lauterberg / 2000 / Akkumulatoren / IGM *Robert Bosch* Göttingen / 1300 / Anlasser für Lkws, Pkws, Panzer, U-Boote / IGM / Bosch *Zeiss* Göttingen / 1300 / Optische Geräte / IGM	*Conti* Northeim / 1400 / Reifen / IG Chemie					*Unikliniken* Göttingen / 3500 / ÖTV *Universitätsinstitute* Göttingen / 3000 / ÖTV *Stadtverwaltung Göttingen* / 1900 / ÖTV
Westberlin Industriebeschäftigte 192141 Arbeitslose 32452	*DIAG* / 3100 / Maschinen und Anlagen / IGM / Bund *Borsig* / 3000 / Maschinenbau / IGM / über 25% Staat Iran, über 10% Berliner Handels und Frankfurter Bank		*Siemens* / 20636 / Elektrotechn. Erzeugnisse / IGM *AEG-Telefunken* / 12076 / Elektrotechnische Erzeugnisse / IGM *Osram* / 4000 / Glühlampen u.a. / IGM / 78,5% Siemens	*Schering* / 6300 / Medikamente / IG Chemie	*Bundesdruckerei* / 2500 / Staatsdruckerei, Banknoten, Briefmarken / IG DruPa, DPG / Bund				*Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)* / 14560 / Nahverkehr / ÖTV *Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)* / 12000 / ÖTV *Berliner Stadtreinigung (BSR)* / 5293 / ÖTV

Die Übersicht ist geordnet nach den Bezirken des KBW. Für jeden Bezirk haben wir die Gesamtzahl der in der Industrie Beschäftigten für 1976 angegeben, ebenso die letzten verfügbaren Zahlen über die Arbeitslosigkeit im Bezirk (dabei ist zu berücksichtigen, daß die Grenzen der Arbeitsamtbezirke teilweise nicht mit den Bezirksgrenzen übereinstimmen. Für die einzelnen Betriebe ist angegeben Name (kursiv), Ort, Zahl der Beschäftigten, Fertigungsprodukte, Organisationsbereich welcher Gewerkschaft, gegebenenfalls Besitzverhältnisse. Für die öffentlichen Dienste sind die jeweils größten einzelnen Belegschaften angegeben, nicht die insgesamt bei einem Dienstherrn Angestellten. Für die einzelnen Branchen haben wir die Gesamtzahl der in der jeweiligen Branche in der Region Nord, d.h. in den Bundesländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen, sowie in Westberlin beschäftigten Lohnabhängigen nach dem Statistischen Jahrbuch 1977 angegeben. Die Gesamtzahl der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst liegt höher als angegeben, da über die regionale Verteilung der Beamten bei Post, Bahn und bei den Sozialversicherungen keine Angaben verfügbar waren.

Programmvorschau: Dienstag, 20.9.77 ARD 20 Uhr

„Ein Platz für Tiere"

Seit Jahrzehnten strahlt Professor Doktor Grzimeks „Platz für Tiere" vier- bis fünfmal im Jahr von den Fernsehbildschirmen. Platz für einen Affen, Panther, Löwen oder eine Schlange im Fernsehstudio ist immer dabei. Diesmal soll es der Schuhschnabel sein, ein storchenartiger Vogel aus den Sumpfgebieten Afrikas, den der pensionierte Frankfurter Zoodirektor den Fernsehzuschauern vorstellen will.

Jedesmal geht es um Tiere, die fast ausgerottet sind. Es ist das hehre Ziel des deutschen Professors, die Tiere vor der vollständigen Ausrottung zu schützen, für das er schon seit Jahrzehnten so viele Entbehrungen auf sich genommen hat. Der Schuhschnabel wurde 1851 entdeckt, heißt es in der Programmvorschau der „Hör zu". 1851 das erste Mal gesehen? – Die afrikanischen Völker können damit nicht gemeint sein. Es sind die Kolonialisten und Imperialisten, die in der Mitte des letzten Jahrhunderts in das Innere Afrikas vordrangen, um sich die afrikanischen Völker zu unterwerfen und die Reichtümer dieser Länder zu plündern. Selbst der Tierreichtum der Länder blieb von der Gier der Imperialisten nicht verschont. 1928 kam der Vogel in die Tiergärten, schreibt „Hör zu". Das paßt. Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem die Imperialisten Afrika unter sich neu aufgeteilt und die Länder Afrikas zu französischen, britischen, spanischen und portugiesischen Kolonien gemacht hatten, gingen die Imperialisten daran, ihre Raubzüge in den Ländern Afrikas zu verstärken. Als Trophäen brachten sie die „neu entdeckten" Tiere Afrikas mit und stellten sie in ihren Tiergärten aus; so mancher dekadente Bourgeois und Professor hält sich einen afrikanischen Löwen, Geparden, Affen oder seltenen Papagei als Haustier.



„Auch Nashörner gehören allen Menschen" – drückt doch der Titel dieses Buchs schon den Herzenswunsch der westdeutschen Imperialsiten aus, die Herren über die afrikanischen Völker zu werden. Sein Buch „Kein Platz für wilde Tiere" schrieb Grzimek in „Liebe zu den Tieren und Menschen im Kongo". In Wirklichkeit geht es darum, die imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie zu rechtfertigen. Seine These: Die Explosion der Menschheit sei die „furchtbarste Gefahr für uns alle". In den „letzten Jahrzehnten starben jährlich schon 10 bis 20 Millionen Menschen an Hunger. So ein Hungertod ist schmerzhaft und dauert oft Monate. Pest und Cholera waren gnädiger." (S. 7) Der Lebensraum der wilden Tiere ist bedroht, es sind die Afrikaner, die die Tropenwälder roden und Savannen abbrennnen. „Um Kaffee, Bananen, Tee, Kakao und andere Tropenfrüchte zu bauen, schlägt und brennt man kahle Flächen in den Tropenwald hinein . . . Weil die Plantagenflächen günstig an Straßen liegen, vernichten jedoch die afrikanischen Pflanzer meistens den Buschwald . . . Die Eingeborenen brennen jedes Jahr das trockene, hohe Gras in den Savannengürteln um die Urwälder an, so daß nur einige wenige Bäume stehen bleiben und die Landschaft das bekannte Aussehen eines Obstgartens mit Gras dazwischen bekommt . . . Die schwarzen Afrikaner zünden ihr Land sicher schon seit Jahrtausenden an. Aber das machte nicht soviel aus, solange Malaria und Schlafkrankheit, Aussatz und Filarien, Gelbfieber, Cholera, Sklavenhandel und die Kriege jedes Schwarzenstammes gegen den andern dafür sorgten, daß die Menschen nicht mehr wurden und daß in weiten Gebieten gar keine Menschen lebten." (S. 11/12)

„Denn die Tsetsefliege impft nicht nur dem Menschen die Schlafkrankheit ein, sie überträgt auch dem Nutzvieh eine ähnliche Krankheit, die Nagana. An ihr gehen alle zahmen Pferde, Rinder, Ziegen, Schafe und Schweine in den verseuchten Gegenden sehr rasch zugrunde, während die einheimischen wilden Tiere den Erreger wohl im Blut beherbergen, aber davon nicht krank werden." (S. 13)

Was dieser Imperialistenknecht lobt, ist die Unterjochung und Ausbeutung der afrikanischen Völker und die Ausrottung ganzer Voksstämme durch die Kolonialisten. Was er verhindern will, ist der Kampf der afrikanischen Völker gegen Ausbeutung und Unterdrückung – am besten, sie schlafen.

Die afrikanischen Völker haben die Sklavenhalter aus ihrem Land längst vertrieben, haben die Herrschaft der Kolonialisten gestürzt und schließen sich heute zunehmend im Kampf gegen Ausbeutung und Ausplünderung zusammen, um die Imperialisten endgültig aus ihrem Kontinent zu vertreiben. Um ihre expansionistischen Ziele in Afrika verwirklichen zu können, ist der westdeutschen Bourgeoisie dieser Professor ein treuer Gehilfe. – (Z-Red.)

(Alle Zitate aus „Kein Platz für wilde Tiere" von Gzrimek)

Resolution der Bereichsgruppe Sozialwissenschaften, Uni Bremen, an die VDS-Mitgliederversammlung

Auf der VDS-MV muß Beschluß gefaßt werden über bundesweites einheitliches Vorgehen. Die Bereichsgruppe ist der Ansicht, daß ein bundesweiter Streik bis zur Durchsetzung der Forderung durchgeführt werden muß unter den Forderungen:

- Uneingeschränktes Koalitionsrecht!
- Streikrecht! Rücknahme aller Ordnungsmaßnahmen!
- Weg mit dem HRG und dem LHG!
- Abschluß eines Vertrages über die Bezahlung des Studiums mit dem Staat – derzeit 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger bei 1 500 DM Elternfreibetrag!

Die Bereichsgruppe Sozialwissenschaft fordert den AStA auf, sich dafür auf der VDS-Mitgliederversammlung auszusprechen, und richtet an die VDS-Mitgliederversammlung insgesamt die Aufforderung, eine Streikurabstimmung unter den genannten Forderungen zu beschließen.

Resolution der Liste Aktionseinheit HfSS Bremen

Wir rufen alle Bremer Studenten und ihre Vertretungsorgane (ASten und Studiengangsausschüsse) auf, sich unter folgender Resolution zur a.o. VDS-Mitgliederversammlung vom 23. bis 25. September zusammenzuschließen:

Angesichts der Lage,

- wo der VDS-Zentralrat eine Kapitulationspolitik, die bislang Unterstützung findet beim AStA der Uni und der HfSS, betreibt;
- wo der VDS-Zentralrat einen bundesweiten 14tägigen Streik gegen HRG/LHG beschlossen hat. Ziel des Streiks soll sein die „Fortführung der verschiedenen Seminarinitiativen und Projekte des Streikprogramms und ihre Durchsetzung in das offizielle Lehrprogramm";
- wo in den Semesterferien die Ministerpräsidentenkonferenz und die Bundesregierung ein Zehnpunkteprogramm aufgestellt haben, das die Studienabbrecherquote erhöhen soll, die sogenannte Förderung durch das BAFöG stärker an Leistungen knüpfen und die materielle Abhängigkeit ins Unermeßliche steigern will;
- wo gleichzeitig der Vorschlag besteht, daß wir 2 500 DM Kredit bei Kreditinstituten aufnehmen pro Semester und davon noch 1 000 DM Gebühren zahlen sollen –

angesichts dieser Lage fordern wir die a.o. VDS-Mitgliederversammlung vom 23. bis 25. September in Gießen auf, einen unbefristeten bundesweiten Streik zu beschließen unter den Forderungen:

Weg mit dem HRG! Weg mit den LHGs – Für volles Koalitions- und Streikrecht!
Abschluß eines Vertrages über die Bezahlung des Studiums durch den Staat, derzeit 100 DM für alle BAFöG-Empfänger und 1 500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1. Oktober 1976!
Keine Maßregelungen und Ordnungsrechtsmaßnahmen!

Die ASten der Bremer Hochschulen müssen diese Forderungen/Resolution unterstützen.

Liste Aktionseinheit HfSS

Abschluß eines Vertrages über die Bezahlung des Studiums durch den Staat, derzeit 100 DM für alle BAFöG-Empfänger und 1 500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1. Oktober 1976!
Keine Maßregelungen und Ordnungsrechtsmaßnahmen!

Die ASten der Bremer Hochschulen müssen diese Forderungen/Resolution unterstützen.

Liste Aktionseinheit HfSS

BAFöG und Mieten

Göttingen. „Ruhige Studentin, solide, Nichtraucherin, sucht dringend Zimmer zum 1.10., zur Gartenarbeit bereit." So oder ähnlich lauten viele Annoncen von wohnungssuchenden Studenten zu Beginn des Wintersemesters. Ein Student berichtet: „Nach der BAFöG-Reform habe ich 500 DM im Monat. Davon gehen allein für Miete 185 DM im Monat ab. Hinzu kommen jetzt noch ca. 60 DM für Bücher, 25 DM Studiengebühren und die Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags auf 29 DM im Monat. Zahlen kann ich das nur, wenn ich in den Semesterferien arbeite. Jetzt, wo ich gezwungen bin, eine andere Wohnung zu suchen, kann ich die Bedingungen, die viele Vermieter für eine einigermaßen gute Wohnung stellen, wie Zahlung von Kautionen in Höhe von ganzen Monatsmieten und „gesichertes Einkommen", nicht erfüllen." Für knapp 22 000 Göttinger Studenten gibt es 3 262 Wohnheimplätze. Die Studentenwohnheime sind verhaßt. Die Zimmer sind in der Regel zwischen neun und zwölf Quadratmeter groß, die wenigsten um 15 qm. Die Miete liegt zwischen 110 DM und 150 DM. Trotzdem ziehen die Studenten dort ein, weil sie in der Nähe der Universität liegen und sie etwas weniger zahlen müssen als anderswo.

Alle anderen Studenten müssen sich auf den „freien Wohnungsmarkt" begeben, wo sie immer öfter noch erst von den Maklern ausgeplündert werden. Der Makler Lutze z.B. verlangt allein 1,44 Monatsmieten und 11 % Mehrwertsteuer für eine Vermittlung. 155 DM war die durchschnittliche Monatsmiete.

Gelangt man dann an den Wohnungs- und Baukapitalisten Kurth, Besitzer von 2 000 Wohnungen in Göttingen, muß eine Monatsmiete als Kaution hinterlegt werden. Das heißt noch lange nicht, daß Kurth die Wohnung hat renovieren lassen, teilweise fehlen Türen, schließen die Fenster nicht, die Wände sind feucht und die sanitären Anlagen funktionieren nicht. Den Zugriff auf das BAFöG sichert Kurth sich von vornherein. In die Wohnung kommt man nur, wenn man eine Bank-Einzugsermächtigung für die Miete unterschreibt. Am Ende des Jahres wartet er dann noch mit einer Nachzahlung für Nebenkosten bis zu 1 000 DM auf.

Ohne Streik ist nichts zu erreichen

Am Wochenende a.o. Mitgliederversammlung der VDS

Eine Woche vor der Eröffnung der außerordentlichen Mitgliederversammlung der VDS in Gießen hat die Kultusministerkonferenz der Studentenschaft gedroht. „Veranstaltungsboykott" sei kein Mittel, um sich zur Wehr zu setzen, heißt es von den Professorenvorstehern, während sie ihre reaktionäre Unterdrückung der Kämpfe der Studenten ein ganzes Stück weit voranzutreiben versuchen:

– In Stuttgart wurde am Donnerstag in erster Lesung ein Gesetzentwurf zur Novellierung des Hochschulgesetzes verabschiedet, der die Verfaßte Studentenschaft zu verbieten versucht;
– in Westberlin ist ein Hochschulgesetz in Vorbereitung, mit dem der Wissenschaftssenator Glotz den AStA in ein Organ seines Beamtenapparates verwandeln und von der Vertretung der Interessen der Studenten entsprechend ihren Forderungen und Beschlüssen fernhalten will; in anderen Bundesländern sind bereits im vergangenen Semester Gesetzentwürfe in gleicher Richtung vorbereitet, um die Vertretung der Interessen der Studentenmassen durch Vertretungsorgane zu unterdrücken;
– in Göttingen hat der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel in der vergangenen Woche den AStA des Amtes für enthoben erklärt und einen Staatskommissar in Gestalt eines Regierungsrates mit der Führung der Geschäfte und Wahrnehmung der Aufgaben der Studentenschaft beauftragt.

Diese Tatsachen haben die Reaktionäre vor dieser Mitgliederversammlung geschaffen, und im Bewußtsein, daß diese Mitgliederversammlung über die Forderung nach einem Streik an allen Hochschulen des Landes zu verhandeln hat.

Manche Leute, die Opportunisten im Vorstand der VDS vorneweg, gehen davon aus, daß die Reaktionäre im wesentlichen auf den Busch klopfen, um zu sehen, was dabei herauskommen mag. Das ist ein Irrtum. Die herrschende Klasse hat allerhand Pläne in der Vorbereitung dieses Semesters von ihren Wissenschaftlern, Bildungsplanern, Hochschulbeamten und Politikern erörtern lassen. Sie verfolgt das Ziel, die Studentenmassen über das BAFöG- und Prüfungssystem noch ein ganzes Stück tiefer in Abhängigkeit und Elendsverhältnisse zu drücken, als bisher schon geschehen. Im Oktober wollen die Politiker der herrschenden Klasse Entscheidungen treffen über die Verschärfung der Unterdrückung durch das BAFöG und durch Einsetzung von Kommissionen zur „Studienreform". Das ist erklärte Absicht der Bourgeoispolitiker.

Hindern an der Verwirklichung dieser reaktionären Absichten kann die Bourgeoispolitiker bloß der Kampf der Studenten. Und nicht nur der Kampf, sondern es ist offensichtlich, daß die Studentenbewegung vor der Alternative steht, entweder die Entscheidung zu suchen, um die Reaktion zu schlagen und einen ganzen Schritt voran zu kommen im Kampf für ihre Rechte, wenn sie etwas erreichen will. Das ist bloß durch Streik möglich. Die Reaktionäre gehen davon aus, daß der Studentenbewegung dafür die notwendige Einheit fehlt, und machen sich Hoffnungen, ihr Ziel zu erreichen. Ihre Methoden hat man schon Ende Mai in Göttingen gesehen. Die Bourgeois haben den AStA überfallen lassen, um hernach von den Opportunisten, die diesen AStA bildeten und bilden, ein Dokument frei Haus geliefert zu bekommen, in dem sich diese zu allen liberalen Grundsätzen bekennen, die Schmidt und Genscher bis zum Erbrechen als „Gemeinsamkeit der Demokraten" gegenüber den Interessen der Arbeiterbewegung und den Kämpfen der Studentenmassen verlangen.



500 Studenten haben sich am 15.9., dem Tag der ersten Lesung des baden-württembergischen Landeshochschulgesetzes, an der Demonstration einer Aktionseinheit einiger ASten, zahlreicher Fachschaftsvertreter und Institutsgruppen in Stuttgart beteiligt. Die Landesregierung hatte den Landtag, in dem die Bourgeois ihre Schmierenkomödie vollzogen, mit mehreren Hundertschaften Polizei zu einer Festung ausgebaut.

Diese an der Hoffnung auf Klassenversöhnung klebenden Politiker behandelt die herrschende Klasse als Spielball, den man nur ordentlich treten muß, um ihn dahin zu bekommen, wohin er soll. Zum Beispiel Ickert, seit einem halben Jahr kommissarisches Vorstandsmitglied der Sozialistischen Basisgruppen (SB) im Vorstand der VDS:

Auf der nicht beschlußfähig gewordenen Konferenz der Fachhochschulstudentenschaften Baden-Württembergs vertrat er einen Antrag an die in dieser Woche stattfindende Landes-ASten-Konferenz, den Vorschlag, den Studentenschaften die Urabstimmung zwischen dem 24. und 31. Oktober in Baden-Württemberg für Streik zu überlassen und am 11. November bundesweit einen Tag zu streiken.

Gegen die Durchführung einer Demonstration für die Rechte der Studenten gegenüber der 1. Lesung und zur Vorbereitung auf den bereits im Juli von den ASten beschlossenen unbefristeten Streik hatten sich diese Opportunisten in Gemeinschaft mit den führenden Sozialdemokraten und Revisionisten mit Händen und Füßen gewehrt und sich davon „distanziert".

Trotzdem fand diese Demonstration getragen von ASten, Fachschaftsvertretern, Institutsgruppen statt. Sie konnte stattfinden, weil die Spaltung der Studentenbewegung durch die Reaktion nicht hingenommen, sondern bekämpft wird in den Institutsgruppen und Fachschaften.

In dieser Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten und Opportunisten um die Herstellung der Einheit im Kampf gegen die Reaktion und zur Vorbereitung des Streiks fällt die Entscheidung, ob die Studentenbewegung in diesem Semester den erforderlichen Fortschritt im Kampf um das Koalitionsrecht und die Bezahlung macht, oder ob es der Reaktion gelingt, ihre Absichten zu verfolgen gegen eine gespaltene Studentenschaft. – (ZRed.)

Auf Wohnungssuche
– Ausplünderung durch Makler und Hausbesitzer
Kampf gegen Schikanen des Studentenwerks
Göttingen. Am Rosenbachweg befindet sich einer der größten Göttinger
Auto? Wer arbeitet schwarz, um die Kasse aufzubessern?" Der frühere Be-
bastelte, dem widerfuhr das gleiche.
paarwohnheims die umfassende Bespitzelung enthüllt und ihr den Kampf

Auf Wohnungssuche – Ausplünderung durch Makler und Hausbesitzer

Kampf gegen Schikanen des Studentenwerks

Göttingen. Am Rosenbachweg befindet sich einer der größten Göttinger Wohnheimkomplexe, darunter ein Wohnheim für Ehepaare mit Kind mit 51 Wohnungen. Drei Zimmer, 58 bis 60 Quadratmeter Gesamtfläche, Miete 278 DM incl. Nach einer eigenen Erhebung des Studentenwohnheims wollen (umgerechnet) ca. 1 100 Studenten eine Wohnung. Sie haben Kinder.

Aber nur ca.20 Parteien sind durchschnittlich auf den Wartelisten. Bewerbungsformulare gibt's nur beim Studentenwerk, und dort wird man abgewimmelt: „Alles überbelegt." Dann verkündet das Studentenwerk: „Der Wohnraumbedarf ist bald gedeckt."

Die Bewohner des Ehepaarwohnheims wissen es besser: „Wem es hier nicht paßt, der kann ja gehen", wird ihnen gesagt. Unter dem Deckmantel der „Selbstverwaltung" haben die Staatsorgane dem Heim eine Zuchthausordnung per „Belegstatut" diktiert. Die Belegausschüsse sollen von den Heimbewohnern gewählte Kooperativorgane sein. Sie „tagen nicht öffentlich", „unterliegen der Schweigepflicht", haben nur aufzunehmen, wer auf Grundlage der Finanzüberprüfung durch das Studentenwerk nicht mehr als das 2,5fache des Sozialhilfesatzes plus einfachem Sozialhilfesatz für jedes Kind zur Verfügung hat.

Wer kein nachweisbares Einkommen oder „zuviel" hat, soll rausfliegen. Wer falsche Angaben macht, erhält das Kündigungsschreiben. Damit die Belegausschüsse „gut zusammenarbeiten", erhalten sie Mietnachlässe, je nach Heimstatut in unterschiedlicher Höhe. Das Wohnen in diesen Butzen mit laut Planung 11 qm für die Kinder sollen die Studenten als Gnade betrachten und jeden herausschmeißen, der sich dieser Gnade als unwürdig erweist.

„Wer kauft viel und gut ein? Wer ist neu eingekleidet und fährt ein neues Auto? Wer arbeitet schwarz, um die Kasse aufzubessern?" Der frühere Belegausschuß hat dazu Spitzelberichte angefertigt und an den „Heimträger" geschickt. Dessen Chef Koch (SPD) seinerzeit: „Die Zusammenarbeit war nie so gut."

Dagegen entwickelt sich der Zusammenschluß der Bewohner.

Ein Bewohner mußte Töpfe verkaufen, um leben zu könnnen. Er tat dies im Heim und kriegte seine Kündigung vom Studentenwerk. Die Anfrage des Studentenwerks bei seiner Firma ergab: Er lag immer noch unter dem „Sozialsatz". Wer an fremden Autos bastelte, dem widerfuhr das gleiche.

Als einer Frau mit zwei Kindern die Kündigung ins Haus flatterte, weil ihr Mann ausgezogen war, kam das Faß zum Überlaufen. Der alte Kollaborationsausschuß wurde abgewählt. Auf der Grundlage: Weg mit den Finanzprüfungen durch das Studentenwerk, Herausgabe der Bewerbungsformulare an den Belegausschuß, mehr und bessere Wohnungen, keine Einmischung des Studentenwerks, wir regeln unsere Angelegenheiten selbst, wurde ein neuer Ausschuß gewählt. In einem Leserbrief an das „Göttinger Tageblatt" haben die Studenten des Ehepaarwohnheims die umfassende Bespitzelung enthüllt und ihr den Kampf angesagt. – (KSB Göttingen)

Westberlin. Am vergangenen Donnerstag strich ein Reporter des WDR an der Mensa der Freien Universität umher, um einen Interviewpartner zu finden, der sich gegen die Entführung von Schleyer, gegen Gewalt usw. usf. ausspricht. Er hat keinen gefunden. Die Studenten erklärten, daß ihnen Schleyer reichlich egal sei und sie sehen würden, daß sie etwas gegen ihre eigene elende Lage zu unternehmen. Diese Äußerungen haben den Reporter so verwirrt, daß er vergaß, Film und Tonband anzustellen.

Göttinger AStA amtsenthoben

Neue Verbeugungen und Arschtritte

Göttingen. Am 15. September wurde auf Weisung des niedersächsischen Wissenschaftsministers Pestel der Göttinger AStA des Amtes enthoben, ein Staatskommissar eingesetzt und dem AStA das Betreten der Diensträume untersagt. Anlaß war ein Flugblatt der „Bewegung Undogmatischer Frühling" (BUF) mit dem Titel -„Schleyer – kein Nachruf", in dem die Adresse des AStA im Impressum angegeben war.

„Ministerpräsident Albrecht hat sich erneut dafür ausgesprochen, Studenten und Professoren, die mit Terroristen sympathisieren, von den Hochschulen zu entfernen", heißt es in der „Hannoverschen Allgemeinen" vom 15. September. Die Bourgeoisie will sich die Vertretungsorgane der Studentenmassen unterwerfen. Sie verfolgt weiter den Weg, auf die Opportunisten einzuschlagen, um sie weiter nach rechts zu drängen und die Spaltung der Studentenmassen zu verstärken.

Die Opportunisten haben alles getan, um diesen Zielen zu entsprechen. Mehrere Bremer Professoren sammeln jetzt Unterschriften unter eine Erklärung, in der es heißt, daß die „mehrfache öffentliche Kritik von Linken am Terrorismus ... bislang vielfach noch nicht deutlich genug formuliert worden" sei. „Für die Morde der Terroristen gibt es keine Entschuldigung, schon gar keine politische." Sie hätten „durch ihre Mißachtung des menschlichen Lebens alle vorgeblichen Ziele der Terroristen längst selbst diskreditiert".

Die BUF versucht jetzt, den Kampf der Studenten auf die Behauptung liberaler Gedankenfreiheit herunterzubringen, und propagiert christlich-menschliche Innerlichkeit. „Ein Wort an Herrn Schleyer" heißt es in ihrem Flugblatt: „Wir hoffen, daß sie noch am Leben sind und am Leben bleiben werden und daß ihre Freunde sie nicht als Charaktermaske opfern werden."

Die KB Nord-Studenten entschieden sich dafür, sich im Kampf gegen den Staatskommissar auf das Verwaltungsrecht der Bourgeoisie zu verlassen: „Politisch sieht die Lage schlecht aus, juristisch ausgezeichnet."

Noch bevor die Verfügung Pestels eintraf, fand am Donnerstag eine Uni-Vollversammlung statt, die gegen den Widerstand der BUF und des KB Nord im AStA folgenden Beschluß auf Antrag des KSB faßte:

„Der niedersächsische Ministerpräsident und der Wissenschaftssenator wollen den AStA suspendieren. Wie in Baden-Württemberg ist die Absicht, alle Organe der Verfaßten Studentenschaft abzuschaffen. Ihr Ziel ist, mit verschärfter Unterdrückung den Studenten in allen Fragen der Gesellschaft ihre Sicht, die Sicht der Kapitalisten und ihres Staates, aufzunötigen. Das machen wir nicht mit. Wir wenden uns entschieden gegen jedes Einmischen des Staats unodes Rektorats in die Angelegenheiten der Studentenschaft. Wir fordern die gesetzliche Anerkennung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit. Wir beschließen, zu einer Uni-Vollversammlung am Montag, 14 Uhr, zu mobilisieren."

„Militärische Integration" im Warschauer Pakt: Aggressionswerkzeug des Sozialimperialismus

1955 wurde der Warschauer Pakt als Zusammenschluß der sozialistischen Staaten in Europa (Sowjetunion, Polen, DDR, CSSR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien) gegen den aggressiven, vom USA-Imperialismus geschaffenen NATO-Block gegründet. Nach der revisionistischen Entartung der KPdSU und der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion verwandelte die neue Bourgeoisie der Sowjetunion die Rote Armee und den Pakt in ein Instrument ihrer Aggressionspolitik zur Ausplünderung und Unterdrückung der übrigen Mitgliedsstaaten und zur Beherrschung ganz Europas. Von den in der Präambel festgehaltenen Prinzipien des Vertrages ist nichts mehr übriggeblieben, sie haben sich in ihr Gegenteil verkehrt. Dort heißt es, daß die Bündnispartner das Interesse verfolgen, die Freundschaft und die gegenseitige Hilfe untereinander zu vertiefen, und dies in Einklang mit den Prinzipien der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit der Mitgliedsstaaten durchzuführen. Spätestens seit dem Einmarsch von Warschauer Pakt-Truppen unter Führung der Sowjetunion in die CSSR 1968, an dem sich bis auf Rumänien und Albanien alle Mitgliedsstaaten beteiligt hatten, wird der Charakter dieses Instruments der Sozialimperialisten offensichtlich.

Die Sowjetunion hat ein vielfältiges System der „militärischen Integration" entwickelt, ähnlich dem der „ökonomischen Integration" im RGW. „Die internationale Zusammenarbeit und Integration der sozialistischen Bruderländer (besteht) auch real als militärökonomische Zusammenarbeit und Integration zur Koordination der gemeinsamen ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung", heißt es im Buch „Warschauer Pakt/Schild des Sozialismus" (DDR 1974) als Umschreibung der vollständigen Beherrschung sämtlicher militärischer Institutionen des Warschauer Paktes sowie der ökonomischen Grundlagen durch die Sozialimperialisten.

Unter dem Schlagwort der „internationalen Arbeitsteilung" und der „Koordinierung" haben die Sozialimperialisten erreicht, daß sie das Monopol für die Waffenherstellung und Waffenvergabe im Warschauer Pakt in der Hand haben, und die militärischen Wirtschaftspläne und Rüstungsproduktionen der meisten Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes unter Kontrolle gebracht haben. In der Folge produzieren die Rüstungsfabriken dieser Länder nur noch nach den in der Sowjetunion festgelegten „Spezifikationen" und „Standards". Daher haben diese Länder keine eigene unabhängige und in sich geschlossene Wirtschaft mehr, die sie bei der Gründung des Warschauer Paktes hatten und die für sozialistische Länder unabdingbare Voraussetzung zur Verteidigung gegen imperialistische Angriffe ist. „Bei der Entwicklung der Hauptarten der Bewaffnung und der anderen militärischen Technik und Ausrüstung wird die Spezialisierung, Konzentration und Koordination entwickelt." (a.a.O.)


W.I. Lenin schreitet mit einer Gruppe von Kommandeuren die Front der Kampfgruppen der Werktätigen auf dem Roten Platz in Moskau ab, 25. Mai 1919.

Organisatorisch setzen die Sozialimperialisten ihre Vorherrschaft über den Warschauer Pakt durch, indem sie das vereinte Oberkommando in der Hand haben. Der stellvertretende Verteidigungsminister der Sowjetunion ist regelmäßig der Oberkommandierende. Alle Generalstabschefs sind hohe sowjetische Militärs. Die anderen Mitgliedsstaaten stellen dann jeweils die Stellvertreter. Dabei beherrschen die Sozialimperialisten nicht nur die Oberkommandos im Warschauer Pakt, sondern kontrollieren über „Spezialisten" und „Militärberater" umfassend die Streitkräfte der Mitgliedsstaaten.

Waffenmonopol der SU

Im zitierten Buch aus der DDR heißt es: „Die zentrale, führende Kraft der militärökonomischen Integration im Rahmen des Warschauer Paktes ist die Sowjetunion. Die UdSSR verfügt auch in dieser Hinsicht über die reichsten Erfahrungen und die neusten Erkenntnisse .... Sie gebietet über das mächtigste Wirtschafts- und Verteidigungspotential der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die sowjetische Verteidigungsindustrie erzeugt alle Mittel, die zur Führung des bewaffneten Kampfes unter modernen Bedingungen erforderlich sind. Ihre gewaltigen Erfolge auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet haben es u.a. möglich gemacht, Raketenkernwaffen und andere moderne Militärtechnik in die Serienfertigung zu nehmen. Mit dieser Technik wurden alle Teilstreitkräfte der Sowjetarmee ausgerüstet."

Was hier bejubelt wird, ist nichts anderes als der Auf- und Ausbau der russischen Kriegswirtschaft und die Tatsache, daß sich die Rote Armee, ehemals Instrument der herrschenden Arbeiterklasse in der Sowjetunion, und mit ihr der Warschauer Pakt, in ein Aggressionsinstrument verwandelt haben, mit dessen Hilfe sich die Sozialimperialisten ganz Europa unterwerfen wollen, und das sie als Werkzeug für ihr Ringen mit den USA-Imperialisten um die Weltherrschaft benutzen. Der Hauptteil der Sowjettruppen steht in Osteuropa. Die Militärmanöver der letzten Jahre sind auf Blitzkrieg und Umklammerung Europas ausgerichtet. „Allseitiger Angriff", heißt das.

Über dreißig Divisionen der sozialimperialistischen Truppen sind in Osteuropa stationiert. Sie genießen Exterritorialität, Im sowjetisch-tschechichen Vertrag ist festgelegt, daß, wenn sowjetische Armeeangehörige in ihren „Standorten" im Dienst Verbrechen begehen, ihr Fall vom Gericht, vom Staatsanwaltschaftsorgan der Sowjetunion und von anderen, entsprechend dem sowjetischen Gesetz wirkenden Abteilungen behandelt werden muß. Die Länder, in denen die sowjetischen Truppen stationiert sind, haben kein Recht, sich an einem solchen Verfahren zu beteiligen. Die Rote Armee ist eine Besatzerarmee. dazu da, den Machtbereich des Sozialimperialismus militärisch zu sichern Das heißt, sie dient nicht zuletzt der Niederschlagung der Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen die russischem Sozialimperialisten und gegen die neue Bourgeoisie in diesen Ländern.

Nicht alle Gründungsstaaten des Warschauer Paktes waren und sind bereit, die Unterdrückungsmaßnahmen der Sowjetunion hinzunehmen. Albanien ist nach dem Einmarsch in die CSSR ausgetreten. Rumänien gewährt seit dieser Zeit keinem Warschauer-Pakt-Staat Durchmarschrechte. Auf seinem Territorium finden keine Manöver des Warschauer Paktes mehr statt. – (Z-Red).

Niederträchtige Spaltungsversuche gegen die Neuen in den Stammkompanien durch das Offiziersgesindel

Hannover. „Wenn Sie bis hierher gelesen haben, kann Ihnen der Beginn Ihrer Wehrdienstzeit keine allzu großen Überraschungen mehr bringen ... In wenigen Monaten sind Sie dann selbst schon ein ‚alter Hase' und werden sich beim nächsten Einberufungstermin wundern, was die ‚Neuen' so alles an Fragen stellen", heißt es in der „Gebrauchsanweisung für die Bundeswehr", herausgegeben vom Bundesverteidigungsminister, die allen Rekruten mit dem Einberufungsbescheid übersandt wird.

Hauptmann Kasuch, Kompaniechef der Ausbildungskompanie 4./PzGrenBtl 11 Hannover, hat gleich zu Beginn der Grundausbildung den Rekruten gesagt, daß sie nicht gleich in die Kantine gehen sollen, da wären die „Alten" und würden die „Neuen" doch nur verarschen. Bei erster Gelegenheit waren die Rekruten in der Kantine und haben mit den „Alten" Erfahrungen ausgetauscht.

In den Stammkompanien wird versucht, die Schützen, Grenadiere, Gefreite, Obergefreite, Hauptgefreite gegeneinander zu spalten. HptGefr und OGefr brauchen in verschiedenen Einheiten keinen Stubendienst mehr zu machen und werden weniger zu Wachen, KvD, GvD usw. eingeteilt. In der Unteroffizier-Lehr- und Sicherungsstaffel Faßberg wird die Wacheinteilung vorher zwischen Wachhabenden und den „Alten" ausgemauschelt, so daß die „Neuen" immer den schlechtesten Wachrhythmus haben. Darauf angemacht, sagte der Feldwebel: „Daran müssen sich die Neuen schon gewöhnen." Hören Kompaniechef und Spieß Sprüche wie: „Alle Neuen zum InstZug – Krummfinger grade kloppen", „Alle Neuen vor dem Kompaniegebäude antreten zum Tagebären-Brummen", „Alle Tagebären zum SanBereich – Rotarsch pudern" – und funktioniert die Aufsplitterung der Mannschaften in wehrpflichtige Tagebären (die ersten sechs Monate), Gefr, OGefr, HptGefr, Vizereservisten (die letzten fünf bis sechs Monate), Reservisten (die letzten drei Monate; „zweistellig": noch 90 Tage) und Zeitsoldaten – glauben sie, die Unterdrückung und Schikane der Soldaten im Griff zu haben.

Legen z.B. Soldaten nach der Beförderung ihre Gefreitenklappen nicht sofort an oder erfährt der Kompaniechef vom Verbrennen der Dienstgradklappen in der Kantine, was häufig vorkommt, und laufen Reservisten ohne Dienstgradabzeichen herum, so wird er fuchsteufelswild.

„Alte" und „Neue" werden sich schnell einig, gegen wen man in der Kompanie zusammenstehen muß, daß die Dienstgrade nur der Spaltung dienen sollen. Soldaten aus vier verschiedenen Kasernen im Bezirk Hannover haben letzte Woche berichtet, daß die niederträchtigen Spaltungsversuche der Offiziere nicht ziehen und die Soldaten sich im Kampf gegen Drill, Schikane und Unterdrückung für ihre Interessen gegen die Offiziere einig sind.

richtet, daß die niederträchtigen Spaltungsversuche der Offiziere nicht ziehen und die Soldaten sich im Kampf gegen Drill, Schikane und Unterdrückung für ihre Interessen gegen die Offiziere einig sind.

Bilanz des dritten Quartals

Die Bourgeoisie ist aufgeschreckt über die breite Strömung in den

versuchen, das öffentlich durchzuziehen? Vor 14 Tagen wurde der Pionier

Gefängnis. Das Pionierbataillion 11 war im August 15 Tage auf dem Was-

längerem geschoben werden. Der technische Bereich wird jeden Abend

Bilanz des dritten Quartals

Die Bourgeoisie ist aufgeschreckt über die breite Strömung in den Volksmassen für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht. Leitartikel in wichtigen Tageszeitungen berichten von den einheitlichen Aktionen unter den Forderungen Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht. Die Unterzeichner des Aufrufs nach Kündigungsrecht sollen straf- und disziplinarrechtlich bestraft werden. Das kann nicht zugelassen werden.Die Bourgeoisie wird zur nächsten Rekruteneinziehung versuchen, den Druck auf die Rekruten zu erhöhen. Dem muß mit einheitlichen Aktionen entgegengetreten werden.

Um die Arbeiterklasse und die Volksmassen vor ihren Karren spannen zu können, versucht die Bourgeoisie vermehrt öffentliche Vereidigungen durchzuführen. So letzte Woche in Hannover, wo das Stadion voll war, und vor 14 Tagen in Buxtehude, wo es unter der Führung von revolutionären Kräften gelungen ist, die öffentliche Ablegung des Gelöbnisses zu verhindern, so daß es hinter Kasernenmauern durchgeführt werden mußte. Wie lange noch wird die Armeeführung versuchen, das öffentlich durchzuziehen? Vor 14 Tagen wurde der Pionier Fastenau aus Döverden-Barme aus der Bundeswehr unehrenhaft entlassen, weil er den Kampf gegen die Kasernenunterdrückung organisiert hat. 14 Soldaten verabschiedeten daraufhin eine Resolution für gewerkschaftliche und politische Freiheiten in der Armee. Die Losungen Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht wirken auf die Armee. Sie zersetzen diese Armee und schaffen die Einheit der Arbeiterbewegung und Soldatenbewegung.


Unter den Soldaten hat das Manöver „Standhafte Chatten" in der letzten Woche einen Toten und sechs Verletzte (nach Angaben der Bundeswehr) gefordert.

Nicht anders ist ein schwarzumrandeter Artikel in der „Bundeswehr Aktuell" zu verstehen mit der Überschrift: „KBW – Keine Chance bei den Soldaten". Er soll den Kampf vertuschen. Das ist aber zu spät. Mit der breiten Bewegung Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht geht es der Bourgeoisie an die Substanz. Sie braucht die Armee, um ihre imperialistischen Ziele durchzusetzen. Diese Armee ist gegenwärtig nicht einsatzfähig für die Interessen der Bourgeoisie. Das Offizierspack muß die Kasernenunterdrückung verschärfen, um die Aufgabe zu erfüllen. Ein Offizier aus Schwanewede ist der Auffassung, daß die Alarmierungsmaßnahmen für das Wochenende überarbeitet werden müssen. Bei den allgemeinen Dienstbefreiungen wie Ostern und Weihnachten bleibt auch die Hälfte der Soldaten in der Kaserne.Weiter aus Schwanewede: 5./322 – Wer im San-Bereich nicht krankgeschrieben wird, bekommt Wochenenddienst. Inst.Kp. – Alle Stuben sind einheitlich eingerichtet worden, damit der UvD sofort den Überblick hat, wenn er reinkommt. 1./324 – eine Woche verschärfte Ausgangssperre für Biertrinken nach 22 Uhr. Abendliches Reviereinigen wird wieder vom UvD kontrolliert. 21.30 Uhr Antreten. Stabskompanie – Jeden Freitag Haarappell. 30 DM Disziplinarstrafe bei Nichtbefolgung des Nachappells. 2./324 – Zivilgerichtliche Verurteilung für eigenmächtige Abwesenheit: 17 Monate Gefängnis. Das Pionierbataillion 11 war im August 15 Tage auf dem Wasserübungsplatz Ingolstadt. Die Soldaten waren die gesamte Dauer im Einsatz. Hauptmann Kessel 3./11: „Ingolstadt ist der Höhepunkt in der Dienstzeit eines Pioniers!" Die Offiziere gewährten zwei Tage Dienstausgleich. Ausdruck des Kampfes gegen diese Unterdrückung ist es dann, wenn der Kommandeurswagen der Niedersachsen-Kaserne in Barme nachts sabotiert wird. Soldaten entfernten die gesamte Elektrik aus dem Motorraum. Extrawachen müssen in Barme schon seit längerem geschoben werden. Der technische Bereich wird jeden Abend mit NATO-Draht abgesichert, so daß kein Soldat an die Fahrzeuge rankommt. Auch dafür wurde eine Streife eingesetzt. In Schwanewede haben jetzt 18 Soldaten beschlossen, eine Veranstaltung mit den Arbeitern vom Bremer Vulkan zu machen, um die Aufgaben zu beraten. Das SRK Bremen-Unterweser unterstützt das. Die Beratung wird auf der nächsten öffentlichen Mitgliederversammlung am 6. Oktober stattfinden. – (SRK Bremen-Unterweser)



Beschlagnahme von Höfen im Kriegsfall wird geplant

Hannover. Die westdeutschen Imperialisten verstärken ihre Kriegsvorbereitungen und gehen bereits in Detailplanungen. Die Wehrbereichsverwaltung II schrieb an das „Niedersächsische Landvolk": „Demnächst werden neben Hotels und Gaststätten, Heimen und Schulen auch landwirtschaftliche Betriebe in Augenschein genommen durch eine Kommission. Im Kriegsfall sollen Lagerräume beschlagnahmt werden für Unterbringung von Bekleidung, Verpflegung und Ersatzteilen. Besitzer oder Pächter werden von der Besichtigung zwei Wochen vorher benachrichtigt." (Aus: „Das Landvolk", 1.9.77)

Zwei Monate Grundausbildung – der Widerstand formiert sich

Lingen/Ems. Zwei Monate Grundausbildung in der 2./804 Nachrichtenbataillon. Der Widerstand gegen Schikane und Willkür der Offiziere formiert sich immer einheitlicher. Zugführer ist Leutnant Stork. Dieser Lump ruft beim Stubendurchgang ABC-Alarm aus, nimmt die Kleiderstange aus dem Spind, um Elefanten (Staub) in der Röhre zu finden, damit der Rekrut durch Nachappell den Zug nach Hause (300 km) verpaßt. Er weckt uns auch um 4 Uhr, danach ganzen Tag Gelände. Abends bis 23 Uhr Waffen- und Ausrüstungsreinigen. Diese Woche brach sich die spontane Rebellion zum erstenmal einheitlich Bahn. Als beim Exerzieren gesungen werden sollte, sang der ganze Zug „Alle meine Entchen". Der Leutnant rotierte. Es wurde weiter gesungen.

Am Donnerstag proben zwei Gruppen eine „Schlacht" mit Tannenzapfen. Trotz derjenige aufstehen soll, der geworfen hat, sieht er sich der ganzen Gruppe gegenüber. Alle stehen. Nach kurzer Beratung mit seinen Unteroffizieren umringen sie uns. „Wenn Sie Revolution üben wollen, suchen Sie sich doch einen größeren Anlaß. Das kommt nicht nochmal vor. Das gibt Knast." Die Einschüchterung zieht nicht. Alle grinsen. „Wenn ich auf Ihre Stube komme, habe ich immer das Gefühl, es wird gleich Stacheldraht ausgerollt", sagt der Leutnant.

Parlamentswahlen 1977 in Norwegen: Klärung der Fronten

Am letzten Sonntag ging es in Norwegen darum, welche Regierung die Interessen des norwegischen Finanzkapitals für die nächsten vier Jahre wahrnehmen soll. Die Entscheidung fiel, mit nur 42,5% der Stimmen äußerst knapp, noch einmal für die Sozialdemokraten. Die Ölförderungen in der Nordsee werden Norwegen, was das Brutto-Nationalprodukt betrifft, zu einem der reichsten Länder der Welt machen. Das norwegische Finanzkapital braucht die Sozialdemokraten an der Regierung, damit sie die Widersprüche zwischen diesem immens anwachsenden Reichtum und der Verelendung der norwegischen Volksmassen zukleistern. Gelingen wird das nicht, die norwegische Arbeiterklasse hat in den letzten Jahren mit großen, selbständigen Streiks den Kampf gegen Lohnraub und Unterdrückung aufgenommen und sich dabei ein gutes Stück von den Fesseln der Sozialdemokratie befreit.

Die Zahl der Stimmen für die norwegischen Sozialdemokraten ist die niedrigste seit 1973, wo diese sogenannte Arbeiterpartei sich offen auf die Seite des Finanzkapitals stellte, indem sie sich für den Beitritt Norwegens zur EWG aussprach. Die norwegischen Arbeiter, Bauern, Fischer und große Teile des übrigen Volkes stimmten gegen den Beitritt. Sie gewannen die Mehrheit. Damit war eine entscheidende Trennlinie zwischen den Interessen der Volksmassen und der Politik der Sozialdemokratie gezogen. Diese Trennlinie verschärfte sich mit jedem Tarifkampf, mit jedem Arbeitskampf: immer offensichtlicher entlarvte sich die sozialdemokratische Partei als geschäftsführendes Organ der norwegischen Kapitalistenklasse. Mit einer scheinbar oppositionellen Partei namens SV (Linkssozialisten) versuchte sie eine Weile, die wachsende Unzufriedenheit des Volkes über diese Politik des Verrats zu beschwichtigen. Dies Manöver ist jetzt mit großem Getöse gescheitert: Die SV verlor auf einen Schlag 15 ihrer 16 Mandate. Zum einen konnte ihr „sozialistisch" offensichtlich im Volk nicht mehr verfangen, zum anderen wählten viele SV-Mitglieder selbst die sozialdemokratische Partei, um ihre Regierungsmacht zu retten.

Zwei andere Parteien, die den Unmut des Volkes über die Steuerausplünderung und den Abbau der demokratischen Rechte auffangen sollten, scheiterten ebenso kläglich: Eine Partei namens „Die neue Volkspartei" bekam kein Mandat und die vor vier Jahren noch sehr erfolgreiche „Fortschrittspartei" von Anders Lange, der nach dem Muster des Dänen Glistrupp die Rettung aus der Krise des Kapitalismus mittels Senkung der Steuern propagiert, wird nicht mehr im Parlament vertreten sein.

Einen ähnlich klaren Trennungsstrich zogen die Volksmassen in dieser Wahl gegenüber den Revisionisten von der NKP. Innerlich zerstritten, brachte die NKP diesmal kein Bündnis mit der SV zustande und kandidierte allein. Sie bekam ganze 8000 Stimmen. Eine klare Absage an die Politik dieser Partei, die u.a. darin besteht, die Rechte Norwegens im nördlichen Eismeer an die russischen Sozialimperialisten zu verschachern.

Mit 14000 (der rund 2500000 abgegebenen Stimmen erreichte die RV (Rote Wahlvereinigung) dagegen einen beachtlichen Erfolg. Die RV ist ein Zusammenschluß der revolutionären Linken in Norwegen, initiiert und geführt von der AKP-ML. Der erste Punkt ihres Wahlprogramms lautet: „Für die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats". Das sind keine Versprechungen, sondern eine Kampfansage. Das ist die einzig richtige Antwort auf die Pläne der Finanzbourgeoisie und auf die Spaltung der Arbeiterbewegung durch Sozialdemokraten, Opportunisten und Revisionisten.

Die Spreu hat sich vom Weizen getrennt, die Verräter an der Interessen der Arbeiterklasse sind isoliert oder offen zur Bourgeoisie übergelaufen. Die Stimmen für die Revolution in Norwegen haben sich gemehrt, weit mehr noch als die Zahlen erkennen lassen. Denn 14000 Stimmen für die Revolution sind mehr als 14000 Kreuze auf Wahlzetteln.

Britische Imperialisten von allen Seiten unter Druck – aber imperialistische Absichten ungebrochen

„Braucht Britannien eine dritte paramilitärische Einheit?" Die britischen Imperialisten diskutieren diese Frage jetzt in aller Öffentlichkeit. Aufhänger der öffentlichen Debatte war der Aufmarsch der Faschisten in Lewisham, der, obwohl von der Polizei geschützt, von einer Gegendemonstration angegriffen und zerschlagen wurde.

„Das letzte Mal, wo die Armee für eine große öffentliche Aufgabe eingesetzt wurde, war während des Streiks der Polizei in Liverpool 1919, bei dem von Aufständischen ein Schaden von 2 Millionen Pfund (nach damaligem Wert) angerichtet wurde", bringt der „Guardian" den Einsatz der Armee in die Debatte und zitiert Robert Thomson, „einen der weltbesten Sicherheitsexperten": „Es kann sein, daß das Militär intervenieren muß und vorbereitet sein muß zu intervenieren, aber Gott helfe uns, wenn es muß." So wie es für jeden Bourgeois selbstverständlich ist, daß die Revolution mit Waffen niedergeschlagen werden soll, so sehr fürchtet sich der Sir aber auch vor ihr. Die britischen Imperialisten bereiten sich auf die Zerschlagung der Arbeiterbewegung vor und brauchen speziell für diese Aufgabe Truppen. Brian Crozier vom Institut für Konfliktforschung: „Es gibt in diesem Land nichts zwischen der normalerweise unbewaffneten Polizei und der Armee, die für diesen Job vielleicht doch zu schwer bewaffnet ist. Es hat mich und meine Mitarbeiter schon manchmal beschäftigt, daß die Zeit kommen könnte, wo wir über diese Lücke wirklich ernsthaft nachdenken müssen. Ich denke, die Zeit ist gekommen." UNO-Generalmajor Richard Clutterbuck, jetzt Dozent für Politik an der Exeter Universität: „Eine Polizeitruppe gegen Unruhen, brauchbar ausgerüstet, wäre besser."

Die britischen Imperialisten haben hohe Schulden bei ihren imperialistischen Konkurrenten, vor allem den US- den westdeutschen und den japanischen Imperialisten. Diese wiederum nutzen die Verschuldung, um die Expansion der britischen Imperialisten zu hemmen und sich Marktanteile in England zu sichern. Die Kreditvergabe war geknüpft an die Bedingung, daß die englische Regierung ein Wirtschaftsprogramm beschließt und durchführt, nachdem die Kreditvergabe der Regierung an die eigene Finanzbourgeoisie gebremst und die Subventionen gekürzt werden.

Mio US-Dollar	Insges.	IWF	Kreditaufn. des öffentl. Sektors	andere Kredite
1971	1447	1081	366	
1972	366	–	366	–
1973	2982	–	2982	–
1974	7092	–	7092	–
1975	8921	–	8921	–
1/76	10706	1206	9500	–
2/76	13640	2051	10559	1030
3/76	15000	2051	11404	1545

Die Bedingungen der imperialistischen Konkurrenten kann die britische Finanzbourgeoisie nicht einhalten. Der Zinssatz ist erneut gesenkt worden, das 18. Mal innerhalb eines Jahres mit der Absicht, ausländische Kapitalexporte vom englischen Markt fernzuhalten, weil sich das für diese nicht lohnt bei niedrigen Zinsen, und die Kreditaufnahme für die eigenen Finanzkapitalisten zu erleichtern. Der britische Staatsapparat und das Finanzkapital sind eng miteinander verschmolzen, viel direkter als in den übrigen imperialistischen Ländern. Der größte Stahlkonzern, die Autoindustrie wie British Leyland sind staatlich. In weitere Industriezweige will der Staat jetzt direkt einsteigen und durch gesonderte finanzielle Stützungen einzelne Industriezweige fördern, um deren Expansion zu beschleunigen. Das soll jetzt im Elektromaschinenbau und im Baugeschäft geschehen. Zudem hat die Regierung das Einkommensteuergesetz geändert, was den Kapitalisten 1,29 Milliarden Pfund eingespart hat. Es sind Unsummen, die die britische Arbeiterklasse und die Volksmassen an Steuern für die Expansionspläne der britischen Imperialisten aufbringen müssen.

Den Feldzug gegen die Arbeiterklasse ist die englische Finanzbourgeoisie gemeinsam angetreten, mit dem Gesetz, daß jeder Kapitalist, dem es nicht gelingt, die Lohnforderungen der Arbeiter seines Betriebes unter 10 Prozent zu halten, keine Subventionen und Kreditbürgschaften erhält. Der Staatsapparat in Verschmelzung mit dem Finanzkapital ist fest dazu entschlossen, dies durchzusetzen, nachdem ein erheblicher Reallohnabbau mit dem Sozialkontrakt bereits stattgefunden und große Teile der englischen Arbeiter unter das Existenzniveau gedrückt hat. Rationalisierungen in den Fabriken, eine rasche Konzentration des Kapitals, beschleunigt durch die staatlichen Subventionen, haben die Arbeitslosigkeit erhöht und den Arbeitstag verdichtet. Auf dieser Grundlage konnten die britischen Imperialisten den Export von Waren und Kapital in andere Länder im Vergleich zum Vorjahr ein ganzes Stück steigern.

Die Banken melden glänzende Gewinne. Die Midland Bank hat in der Zwischenbilanz für das Halbjahr 1977 einen Gewinn von 102,4 Millionen Pfund, 54 Prozent mehr als im letzten Jahr, geschunden. Die Loyd Bank einen Gewinn von 90,1 Millionen Pfund. Die Gewinne, so schreiben die Banken, stammen vor allem aus dem Auslandsgeschäft, bei Midland 33 und bei Lloyd 40 Prozent. Die Auslandsinvestitionen haben die britischen Imperialisten so im letzten Jahr erhöhen können auf insgesamt 1,87 Milliarden Pfund vor allem in den Entwicklungsländern. Vor knapp drei Monaten z.B. sind die Spitzen des englischen Finanzkapitals, Regierungsvertreter und Vertreter der Banken, u.a. Rothschild and Sons, Grindleys Brandt, National Westminster, Baring Brother, Morgan Greenfell, Lloyds, Barclay, nach Mexiko gereist, um dort mit der mexikanischen Regierung, Finanzminister Moctezuma, über die Gründung einer mexikanisch britischen Investitionsberatungsfirma zu verhandeln. Sie haben eine Prioritätenliste für die mexikanische Industrie aufgestellt wie Erdöl, Bergbau, Baumaschinen, Schwermaschinen, Kompressoren, Anlagen usw. England steigt damit voll in Mexiko ein.

Seit 1975 ist der Export britischer Maschinen um 36 Prozent gestiegen, wenn auch ihr Weltmarktanteil gesunken ist." Der Maschinenbau ist der bedeutendste Arbeitgeber, Investor und Exporteur unter den britischen Industriesektoren. In der Herstellung von elektrischen und nichtelektrischen Maschinen waren 1975 rund 5,8 Millionen Arbeitskräfte beschäftigt. Die Bruttoproduktion erreichte im gleichen Jahr einen Wert von 16,8 Milliarden Pfund, wovon ungefähr ein Drittel im Ausland abgesetzt wird." (Nachrichten für Außenhandel, 29.7.77)

Die unerträglichen Arbeitsbedingungen und der erhebliche Lohnabbau durch den „Social Contract" sind die Triebkräfte für die vielzähligen Kämpfe der Arbeiter. So wurde bei Lucas, einem Elektrobetrieb, 6 Wochen gestreikt. Die Arbeiter forderten 5 Pfund Lohnerhöhung in der Woche mehr. Das Angebot der Kapitalisten war 1,5 Pfund und Diskussion über einen Tarifvertrag, der Lohnerhöhungen koppelt an „Leistungssteigerung", was nichts ist als Mehrarbeit. Der Streik wurde fortgesetzt und beendet, nachdem die Kapitalisten jetzt 3 Pfund die Woche mehr und eine einmalige Zahlung zugestehen mußten.

Der Trafalgar House Investment Konzern, der hauptsächlich im Grundstücksmarkt, Baugeschäft, Hotelbetrieb und in der Schiffahrt konzentriert ist, hat den Verlag Beavbrook aufgekauft. Bei der Übernahme von Beavbrook hatten die neuen Konzernherren angekündigt, Beavbrook „innerhalb von 3 Jahren in ein gewinnbringendes Unternehmen" zu verwandeln. Zu Beavbrook gehört die Zeitung „Daily Express" und „Standard Evening". Seit einer Woche werden beide Zeitungen von den Arbeitern bestreikt. Die Kapitalisten hatten daraufhin die Ausgabe für Nord- und Mittelengland und Schottland in Manchester drucken lassen, um dem Streik die Wirkung zu nehmen. Jedoch haben sich die Lagerarbeiter und Verteiler geweigert, die Zeitungen überhaupt anzufassen. Leyland plant, die Produktion von Range Rovers und Land Rovers bis 1980 zu verdoppeln. Gegenwärtig werden 1300 Stück pro Woche hergestellt, im nächsten Jahr sollen es schon 1600 sein.

9000 Arbeiter in den Autobus- und Lastwagenfabriken streiken und fordern mehr Lohn und Einführung der 35-Stundenwoche. Gleichzeitig sollen bei Leyland, staatseigener Betrieb, 280 Millionen Pfund investiert werden zur Herstellung eines Klein-PKW, der in der scharfen Konkurrenz vor allem auf dem eigenen Markt gegenüber der EG und den USA bestehen kann.

Die englische Bourgeoisie will sich von dieser Schuldenlast um jeden Preis befreien. Der Preis soll gezahlt werden von der britischen Arbeiterklasse, gegen die die gesamte englische Finanzbourgeoisie angetreten ist, um sie bis aufs letzte auszubeuten und unter das zum Leben Notwendigste zu drücken. Profite wollen die englischen Imperialisten sehen und expandieren. Die Verschuldung ist ihr ein zusätzlicher Stachel. Sie rüstet sich für den Klassenkrieg gegen die englische Arbeiterklasse. 11 große britische Aktiengesellschaften wie Schweppes, Metal Box, Tamarc und United Biscuits, British American Tobacco Industrie haben einen Treuhandfonds gegründet. An der Spitze des Fonds steht der ehemalige Staatssekretär im Schatzamt, Lord Diamond, ein Gewerkschaftsvertreter und ein Kirchendekan. Die Einrichtung soll „ein besseres Verhältnis für Vorgänge im Wirtschaftsleben wecken und damit ein besseres Verhältnis von Industrie und Parlament schaffen ..." Einmal im Jahr sollen die Abgeordneten zu einem Kurs zu den Kapitalisten.

Neben den Sanktionen gegenüber Kapitalisten, denen es nicht gelingt, die Löhne unter einer Steigerung von 10 Prozent für die nächsten 12 Monate zu halten, soll diese Einrichtung die Bourgeoisie politisch einen.

Für die Arbeiterklasse sind die Bedingungen des Kampfes schwierig. Er ist belastet durch den Druck der Arbeitslosigkeit, die so hoch ist wie nie seit Kriegsende. Die Herstellung einer einheitlichen Kampffront ist äußerst kompliziert, da innerhalb einer Fabrik mehrere Gewerkschaften nebeneinander bestehen, da die englischen Arbeiter in den Gewerkschaften nach Berufsgruppen organisiert sind. Ohne Fortschritte im Kampf um eine Einheitsgewerkschaft ist ein erfolgreicher Kampf letztendlich nicht möglich. Gleichzeitig betreiben die britischen Imperialisten faschistische und rassistische Hetze.

Es fehlt die Partei der Arbeiterklasse, die in der Lage ist, die Kämpfe der Volksmassen zu führen. Es bestehen zwar viele Zirkel, aber es fehlt ein marxistisch-leninistisches Programm, auf dem sich die Zirkel zusammenschließen können, um die Kommunistische Partei aufzubauen. – (Z-Red)



Die britischen Kapitalisten und die Regierung hatten den Kongreß der Angestelltengewerkschaft, es war der 109. Jahreskongreß, von Anfang an als die Entscheidung in den jetzigen und kommenden Lohnkämpfen behandelt. „Extremistische Tendenzen sind nicht zum Durchbruch gekommen", schreibt auch ganz erleichtert die „Neue Zürcher Zeitung" nach dem Kongreß, es wäre jetzt jedoch voreilig, daraus den Schluß zu ziehen, jetzt werde in den Betrieben wieder Ruhe eintreten, muß sie angesichts der Streikkämpfe der englischen Arbeiter diese Woche feststellen. Gemeinsam traten der Generalsekretär der TUC Murray und Callaghan auf dem Kongreß auf, um Lohnmäßigung zu propagieren. Heftige Debatten und Beiträge gab es gegen das Ziel von Lohnerhöhungsbegrenzungen der Regierung von 10 Prozent für die nächsten 12 Monate. In der Abstimmung gab es für den Regierungsvorschlag 7,13 Millionen Stimmen dafür, 4,3 Millionen Stimmen dagegen, jeder Delegierte hat soviel Stimmen, wie er Gewerkschaftsmitglieder repräsentiert. Der Beschluß steht auf wackligen Füßen und hat praktisch keine Bedeutung. Er ist auch bereits durch die stattfindenden Kämpfe überholt. Zudem stimmten Delegierte wie Scanlon von der Gewerkschaft der Maschinenbauer für den Regierungsplan, obwohl seine Gewerkschaft sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen hatte. Die Sozialdemokraten überschwemmten ansonsten den Kongreß mit Anträgen und Redebeiträgen zu Mitbestimmung, forderten den Ausbau des Kernenergieprogramms, debattierten über die Handelspolitik und beschäftigten sich überhaupt ausschließlich mit den Interessen der Kapitalisten. Ein Arbeiter, der dagegen auftrat, wurde vorübergehend aus dem Kongreß ausgeschlossen.

Gegen die Abhaltung des Kongresses in dieser Weise, die so schon vorher abzusehen war, allein die Anwesenheit Callaghans ist bezeichnend, der auch frech auf dem Kongreß mit einem Appell an alle Kapitalisten auftrat, die Lohnleitlinie gegen die Arbeiter durchzusetzen, hatte sich eine Demonstration organisiert. Es wurden Forderungen nach „Recht auf Arbeit" und die Forderung nach „Nichteinhaltung und Beseitigung der Lohnleitlinie" getragen. (Bild)

US-Finanzkapital: Steuerreform „einfach" und „fair"

Steuerausplünderung in den Vereinigten Staaten

„Wir können stärker sein als früher ... Unsere Nation kann nach außen nur stark sein, wenn sie im Innern stark ist ... Wir sind eine starke Nation und wir werden eine starke Nation bleiben." (Neue Zürcher Zeitung, 21.1.1977)

Das ist aus der Antrittsrede, die Präsident Carter anläßlich seiner Neuwahl und damit verbundenen Inthronisation hielt. „Innere Stärke" heißt verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse und der Volksmassen unter der Fahne des Nationalismus, um in „Stärke nach außen" die imperialistische Kriegsvorbereitung voranzutreiben.

Ein Wohlfahrtsprogramm und eines zur Ankurbelung der Wirtschaft ist der Waffengang des Kriegspräsidenten gegen die amerikanische Arbeiterklasse. Es ist dieselbe Sorte von „Programm", wie sie die westlichen Imperialisten, vorneweg die BRD-Imperialisten mit Rentensanierung, Kostendämpfung und Arbeitsbeschaffung dieses Jahr verabschiedet haben.

Und auch die Propaganda dafür ist die gleiche: „Ein fühlbares Programm zur Stimulierung der Wirtschaft und der Reduktion der Arbeitslosigkeit", sagte Carter im Wahlkampf.

Es sieht folgendes vor: Angriff auf die Rentenversicherung der Arbeiterklasse (vgl. KVZ Nr. 19 vom 12.5.77), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, d.h. Ausdehnung der staatlichen Trainings- und Ausbildungsprogramme für Jugendliche. Trainingslager zur Vorbereitung für die Lohnsklaverei sind das.

Es ist ein Programm der Verwandlung in ein Militärzuchthaus, in dem die Jugendlichen für die imperialistischen Konkurrenzschlachten freigegeben werden und die älteren Arbeiter zur Übernahme jedweder Arbeit egal bei welcher Bezahlung gezwungen werden können. Für die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft erhalten die Kapitalisten Kopfprämien ausbezahlt. Die „Wohlfahrt" zerschleißt den Pfaffen Carter. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen führen heftige Kämpfe gegen den Plan ihrer Verwandlung in Sklaverei.

Während seines Wahlganges propagierte Carter eine Steuerreform:

– jeder Amerikaner solle einen einmaligen Betrag von 50 Dollar als Steuersenkung erhalten, die Erhöhung des Steuerfreibetrages um 700 Dollar auf 2400 Dollar für Einzelpersonen und 2800 Dollar für Familien sei geplant.

Eine Steuerreform „einfach" und „fair".

„Für die Industrie ist an eine dauerhafte Steuersenkung von etwa 2 Milliarden Dollar jährlich gedacht, die die Form eines 5prozentigen Nachlasses auf die vom Arbeitgeber bezahlten Sozialversicherungsbeiträge annehmen soll, oder als Alternative die 2prozentige Investitionsprämie annehmen soll. (Neue Zürcher Zeitung vom 11.1.77)

„Ein Meisterwerk des unideologischen Kompromisses zwischen rivalisierenden Plänen und Interessen", kommentierte die bürgerliche Presse den Raubzug im Interesse des amerikanischen Finanzkapitals. Am 17.5.1977 hat der Kongreß die Steuerreform verabschiedet. „Einfach" weggefallen ist die einmalige Steuersenkung von 50 Dollar. „Für das laufende Haushaltsjahr sind für die einzelnen Steuerzahler und die Industrie Steuererleichterungen von 17,75 Milliarden für 1978 und für 1979 13,8 Milliarden Dollar vorgesehen." (Neue Zürcher Zeitung, 20.5.77) „Fair" ist im Juni 1977 gleich ein neues Energiegesetz gefolgt, das Steuerhilfen von 7 Milliarden Dollar für das Finanzkapital vorsieht, für den Fall von Umstellungen von Öl und Gas auf Kohle in Industrieunternehmungen. (Neue Zürcher Zeitung, 23.6.77)



Kampf gegen Carters „Wohlfahrtsprogramm"

Bereits am 24.2.1977 stellte die „Neue Zürcher Zeitung" fest: „Der revidierte Haushaltsentwurf, den Präsident Carter dem Kongreß zugeleitet hat, bringt keine Überraschungen, in den Grundzügen bleibt es bei dem von der Regierung Ford vorgelegten Programm."

Was das Cartersche Programm mit Geldbeträgen als Steuererleichterungen für alle gleich verhandelt, plante Ford so: Die Zuschüsse für die Kapitalisten bei Investitionen sollen ständig 10% betragen, sonach raschere Abschreibungen möglich sein, und weiter die Senkung der Körperschaftssteuer, was die Steuer der Kapitalisten ist, von 48% auf 46% beschlossen werden. Eine Erhöhung der Steuern für die Sozialversicherungen ist geplant. Sie muß gezahlt werden von den besitzlosen Klassen.

Die Ausplünderung der Massen verläuft auf verschiedenen Ebenen: es gibt ein Bundes-, Staats- und Gemeindesteuersystem, die nebeneinander selbständig bestehen. auf allen drei Ebenen werden selbständig Steuern eingezogen und Erhöhungen beschlossen. Immer drückender wird so die Steuerlast für die Massen.

In sechseinhalb Jahren sind die Nominalsteuern um mehr als das Hundertfache gestiegen. Die Einkommenssteuer, die der Lohnsteuer in der BRD entspricht, wurde 1913 endgültig eingeführt (Tarif Act von 1913). Durchgesetzt werden mußte sie gegen den Widerstand der besitzlosen Klassen. „So erwies die Einkommensteuer sich zwar in den ersten Jahren als recht unproduktiv, doch erhöhten sich die Einnahmen mit der Gewöhnung der Bevölkerung und der Verbesserung der Erhebungs- und Verwaltungsverfahren rasch." In der Tat konnte die Besteuerung der Massen nur durch zwangsweisen Verwegabzug vom Lohn durchgesetzt werden.

Für die imperialistische Bourgeoisie war die Einführung der Einkommensteuer eine gewaltige Quelle der Ausplünderung der Volksmassen. So betrug 1944 während des Zweiten Weltkriegs der maximale Steuersatz 94% und 1951 wurde er erneut auf maximal 92% angehoben, als der imperialistische Krieg gegen Korea finanziert werden mußte.

Für die Arbeiterklasse in den USA ist das Steuersystem ein zusätzlicher Hebel der Verelendung, für das Finanzkapital Mittel ungeheurer Bereicherung. Der amerikanischen Kapitalistenklasse ist es gelungen, in den letzten Jahren die Löhne der Arbeiter erheblich zu senken:

Jahr	durchschnittl. Wochenarbeitszeit in Std.	Wochenverdienst	Stundenverdienst
1973	40,7	166,07	4,08
1974	40,0	176,40	4,41
1975	39,9	189,51	4,81
1976	40,0	207,60	5,19
Jan. 77	39,9	200,30	5,02

Die Lebenshaltungskosten haben die Lohnerhöhungen jedes Jahr um ein Beträchtliches überstiegen. So muß für die Anmietung einer 2-Zimmer-Wohnung bis zu 600 Dollar gezahlt werden, für eine Person rechnen die Merkblätter für Auslandstätige und Auswanderer von 1975 ca. 300 Dollar monatlich an Lebensmitteln. Ein einfaches Kostüm bzw. ein Anzug kosten ca. 80 bis 100 Dollar. Durch das Steuersystem eignet sich der imperialistische Staatsapparat einen großen Teil der Löhne wieder an. Einmal über die Verbrauchssteuern, zum anderen über die Einkommensteuer, die Steuersätze von 18 bis 50% festsetzt. (Merkblätter, S. 10) Die Besteuerung der imperialistischen Monopole ist dagegen außerordentlich niedrig, im Durchschnitt ca. 21,6%. Durch die Inflation hat sich die Ausplünderung durch die Steuern für die arbeitenden Massen noch mehr verschärft.

1976 haben sich die direkten Steuern und steuerähnlichen Abgaben für die Massen um 14,7% erhöht. Die Einkommensteuer ist in den Jahren von

1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77
103,2	119,0	122,4	131,6	153,1

Milliarden Dollar gestiegen. (Börsen- und Wirtschaftshandbuch 1977, S. 288)

Die Steuerreform bringt dem Finanzkapital zusätzliche Milliarden. Für die Massen ist das Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft des Menschenrechtlers Carter ein Vorstoß, das Arbeitshaus in den Vereinigten Staaten einzuführen. Es ist gerichtet gegen den notwendigen Kampf um den Lohn der amerikanischen Arbeiterklasse und ein Programm der hemmungslosen Erweiterung der Ausbeutung und Ausplünderung der besitzlosen Klassen. Die Imperialisten in allen Ländern bereiten sich mit solchen Programmen auf den Krieg vor. – (Z-Red)

Polen: Großdeutscher Appetit ist den Imperialisten auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht vergangen

Die westdeutsche Bourgeoisie beobachtet Polen sehr genau. Nachdem die polnische Arbeiterklasse im Juni 1976 die von der Gierek-Regierung angekündigten Preiserhöhungen zurückgeschlagen hatte, legte das „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien" bereits im Oktober eine umfangreiche statistische Untersuchung über die „wirtschaftspolitischen Probleme der VR Polen und die Unruhen im Juni 1976" vor. Die Studie preist die „erfolgreiche Wirtschaftspolitik Giereks" seit 1970: „Die Politik der ‚offenen Wirtschaft' führte zu einem großen Importüberschuß und einer gewaltigen Auslandsverschuldung, ermöglichte jedoch ein rasches Wirtschaftswachstum. Die massenhaften Importe von Maschinen, Ausrüstungen und Lizenzen, die vor allem aus dem Westen kamen, ermöglichten neben der Ausweitung des Produktionspotentials eine erhebliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität, vor allem in der Industrie und der Bauwirtschaft, was dem Wirtschaftswachstum zugute kam."

Alleine im Jahre 1974 exportierten die westdeutschen Kapitalisten nach Polen Waren im Werte von 1,06 Milliarden Dollar, importierten aber aus Polen nur Waren für 461,6 Millionen Dollar. Der Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal der Opfer großdeutscher Besatzung hatte sich ausgezahlt. Einzige Sorge: „Die Außenhandelsbarriere schließlich, die sich als die wichtigste erweisen dürfte, besteht darin, daß Polen in den nächsten Jahren gezwungen sein wird, die hohen Importüberschüsse abzubauen. (...) Die Verschuldung Polens ... nahm während der Jahre 1971 bis 1974 um etwa 10 Milliarden DM (darunter etwa 5 Milliarden DM im Jahre 1974) zu und erreichte etwa 12 bis 13 Milliarden Mark. (...) Höchstwahrscheinlich wird spätestens das Jahr 1977 das letzte Jahr sein, in dem Polen noch Milliardenkreditgeber findet; schon deswegen, weil die Verschuldung dann 25 Milliarden DM erreichen dürfte, d.h. den jetzigen Wert des gesamten Exports eines Jahres oder das Dreifache des Exports in die hochentwickelten kapitalistischen Länder, aus denen beinahe sämtliche Kredite stammen." Die Ankündigung über angeblich knappes Kapital ist die Ankündigung, die Kreditschraube weiter anzuziehen und Polen vollends in den Würgegriff der westdeutschen Imperialisten zu bringen. Das ist das dringende Bedürfnis des Bundeskanzlers für die Polenreise.

In den zwanziger und dreißiger Jahren hatte die polnische Regierung versucht, sich durch die Verlagerung des Handels von Deutschland auf andere Länder wirtschaftlich von Deutschland unabhängiger zu machen (1924 hatte der Anteil des Außenhandels Polens mit dem Deutschen Reich 43,2% für den Export und 34,4% für den Import betragen). Der deutsche Imperialismus suchte „Lebensraum im Osten" und betrieb seit dem Versailler Verträgen, nach denen Polen selbständig wurde und einen Zugang zum Meer zugestanden bekommen hatte, die erneute Unterjochung des polnischen Volkes unter deutsches Kapital und die Wiedereingliederung der schon vor dem Ersten Weltkrieg besetzten Gebiete Polens. Als die Truppen des faschistischen Deutschlands Polen besetzt hatten, feierte das deutsche Kapital wahre Orgien, ganz Polen wurde in ein einziges Zwangsarbeiterlager umgewandelt, über 1,1 Millionen Polen als Arbeitskräfte in die Fabriken an Rhein und Ruhr deportiert, Millionen umgebracht und der Rest einer ungeheuren Verelendung unterworfen.

Immer wenn die deutsche Bourgeoisie auf Expansionskurs ging, steigerte sie ihr Interesse an Polen. Wenn die Bild-Zeitung polnische Gebiete als Schlesien bezeichnet oder Willy Brandt vergißt, daß zwischen der BRD und Polen noch die DDR liegt, wenn er von „unserem guten Nachbarn Polen" spricht – wenn in Gdansk (dem ehemaligen Danzig) Hamburger Wochen oder in Wilhelmshaven eine Polenwoche stattfindet, dann kann man sicher sein, daß die westdeutschen Imperialisten wieder auf großdeutschen Pfaden wandeln. – (Z-Red.)

Die neuen Zaren – Schuldeneintreiber im Mittelmeer

Große Anstrengungen unternahmen die Sozialimperialisten in den letzten Jahren, um in den Ländern des Mittelmeeres Fuß zu fassen. „Internationale Arbeitsteilung" ist der neue Name ihrer „wirtschaftlichen Hilfe", die sie den Mittelmeerländern zukommen lassen. Den Warenumsatz mit diesen Ländern haben sie in den letzten Jahren gewaltig gesteigert. Das zeigen die steigenden Zahlen der Handelsabkommen mit diesen Ländern.

Am 18. Oktober 1976 schloß die Sowjetunion ein Handelsabkommen mit dem Iran, das bis 1981 gelten soll. 70000 Tonnen Blei, 75000 Tonnen Zink sowie Baum- und Schafwolle, Kamelhaar, Ziegenfelle, Südfrüchte, Teppiche und andere „herkömmliche Waren" seiner Industrie soll der Iran jährlich an die Sowjetunion liefern. Die Sowjetunion wird nach dem Abkommen im gleichen Zeitraum teure Maschinen, industrielle Ausrüstungen und ganze Anlagen, Transportmittel und Ersatzteile, chemische Waren und ähnliche Industrieprodukte liefern.

Ähnliche Abkommen hat sie im letzten Jahr mit der Türkei, Jugoslawien, Italien, Zypern und anderen Ländern am Mittelmeer geschlossen. Schaut man sich die Zahlungsbedingungen in diesen Abkommen an, die die Sozialimperialisten diesen Ländern diktieren, so wird der Zweck dieser Abkommen für die Sozialimperialisten schon klarer. In einem Handelsvertrag mit Tunesien, die Sozialimperialisten berichten im August 1977 selbst darüber, heißt es: Die Vertragsparteien sichern sich einander „Meistvergünstigungen in allem, was den Handel zwischen den beiden Ländern betrifft". Die Vertragsparteien treffen „Maßnahmen, daß die Waren zu den laufenden Preisen der Hauptbandelsmärkte geliefert werden". (Außenhandel, 7/77)

Die Methode ist durchsichtig. Die Mittelmeerländer liefern Produkte ihrer Landwirtschaft und Rohstoffe an die Sowjetunion. Auf dem Weltmarkt sinken die Preise dieser Produkte und werden von den Imperialisten weiter ins Unermeßliche gedrückt, schließen sich die Länder nicht gegen die wachsende Ausplünderung zusammen. Um ihre Schulden bei der Sowjetunion zu zahlen, müssen die Mittelmeerländer immer mehr die in den Verträgen auf Jahrzehnte hinaus festgelegten Waren an die Sowjetunion liefern. Die steigenden Importzahlen der Sowjetunion aus diesen Ländern beweisen nichts anderes, als deren wachsende Verschuldung. In „UdSSR 76" versuchen dies die Sozialimperialisten zu verschleiern: „Die Gesamtsumme der sowjetischen Kredite an die Entwicklungsländer beträgt über 5 Milliarden Rubel (16 Milliarden DM) (...) Die sowjetische Seite verzichtet stets auf eine Gewinnbeteiligung." Die Rückzahlung der von der Sowjetunion übernommenen Leistungen erfolgt durch Lieferungen der traditionellen Exportgüter ... und zwar streng nach den miteinander vereinbarten Weltmarktpreisen." Was heißt das anderes, als daß die Sozialimperialisten aus diesen Ländern wachsende Tribute herauspressen und sie so in ihre Abhängigkeit bringen? Von Verzicht auf Gewinnbeteiligung kann da keine Rede sein. Zweck solcher Art Abkommen ist, diese Länder in Rohstofflieferanten und Gemüsegärten der Sowjetunion zu verwandeln. Tunesien als Olivenhain, Iran als Blei- bzw. aus früheren noch gültigen Abkommen Erdöllieferant ..., das ist der Traum der neuen Zaren, den sie mit Hilfe der „internationalen Arbeitsteilung" verwirklichen wollen.

In „Außenhandel 1/77" rühmen sich dazu die neuen Zaren: „Immer wichtiger und vielseitiger wird die Teilnahme der Sowjetunion an der internationalen Arbeitsteilung ... Insgesamt sind mit Hilfe der Sowjetunion über 500 verschiedene Objekte in den Entwicklungsländern gebaut worden, darunter mehr als 200 Industriebetriebe ... Ein wichtiger Umstand ... ist, daß ihnen die Sowjetunion zur Finanzierung der technischen Unterstützung bei der Entwicklung der nationalen Wirtschaft Vorzugskredite gewährt, die sie mit ihren traditionellen Exportwaren und auch mit den Erzeugnissen der mit sowjetischer Hilfe gebauten Betriebe tilgen können. Das widerspiegelt sich im schnellen Wachstum des Warenumsatzes mit der Sowjetunion." Was immer vielseitiger wird, ist die Ausplünderung der Länder durch die Sozialimperialisten. „Vorzugskredite" sind dies – allerdings auf seiten der neuen Zaren, denn ihnen garantieren derlei Verträge wachsende Verschuldung der Länder, damit wachsende Abhängigkeit vom Sozialimperialismus und damit einen Schritt voran in ihrem Hegemoniestreben um die Vorherrschaft in der Welt.

Über den Warenhandel mit den Mittelmeerländern gehen die Sozialimperialisten zunehmend dazu über, durch Kapitalexport direkt an die Ausbeutung der Arbeiterklasse dieser Länder heranzukommen. Komplette Betriebe haben die SU-Imperialisten in den Mittelmeerländern errichtet, ihre technischen Fachleute ins Land geschickt und Vertretungen „zum Service" errichtet, so in Syrien beim Wasserkraftwerk Tabka, beim Assuan-Kraftwerk in Ägypten und bei Kraftwerken im Iran und Irak. In Abkommen und Verträgen mit dem Iran, Irak und den arabischen Ländern versuchen die neuen Zaren sich zu den Monopolherren über die Erdölproduktion aufzuschwingen. In ihrem Streben nach dem Weltmonopol über das Öl liegen sie in scharfer Konkurrenz zu den USA-Imperialisten. Durch Waren- und Kapitalexport versuchen sie in den Mittelmeerländern vorzustoßen, durch Errichtung von Militärstützpunkten für ihre Kriegsflotte versuchen sie ihre Vorherrschaft abzusichern, und die Schulden dieser Länder einzutreiben. 11 Millionen Tonnen Produkte ließen sie allein aus Ägypten von 1960 bis 73 zu Niedrigstpreisen mitgehen. Es ist die übliche Praxis der neuen Zaren, große Mengen Waren bei ihren „Handelsgeschäften" zur Schuldentilgung mitgehen zu lassen. 1973 haben die Sozialimperialisten ihre Waffen- und Ersatzteillieferungen an Ägypten eingestellt, so daß diese einen Schrott wert waren, um die Rückzahlung der Kreditschulden und deren Zinsen von Ägypten zu erpressen. Im April 1976 tauchten sowjetische Kriegsschiffe im Golf von Aden auf – als Machtdemonstration gegen die Länder der arabischen Halbinsel. Mitte 76 drangen der erste sowjetische Flugzeugträger „Kiew" und andere Kriegsschiffe vom Schwarzen Meer über die türkischen Meerengen im Mittelmeer ein. Ausplünderung der Reichtümer, Wucherzinsen und direkte militärische Bedrohung sind die Mittel der neuen Zaren, um ihre Schulden einzutreiben.

Im Herbst 76 kündigte Ägypten den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und entzog der sowjetischen Marine die Hafenrechte. Das sind wichtige Erfolge im Zusammenschluß der Länder des Mittelmeeres gegen die wachsende Expansion und Kriegstreiberei der Supermächte. – (Z-Red)

Eine Million Katalanen demonstrieren für Autonomie und Amnestie

Über eine Million Katalanen demonstrierten am Nationalfeiertag des katalanischen Volkes für die Autonomie Kataloniens und für die Amnestie aller politischen Gefangenen. Gegen Ende der Demonstration kam es zu Kämpfen mit den Polizeitruppen, bei denen es Hunderte von Verletzten gab.

Gegenwärtig versucht die spanische Bourgeoisie mit dem internationalen Finanzkapital, die spanischen Völker und die Arbeiterklasse an die Leine zu legen, um die Herrschaft in Spanien gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu sichern. Die Forderungen der Basken und Katalanen nach Autonomie der Provinzen, sollen durch Manöver unterlaufen werden. In Katalonien soll dies der bürgerliche Politiker Tarraddelas übernehmen, der von Juan Carlos eingesetzt und als Statthalter die personelle Zusammensetzung der Provinzregierung Kataloniens bestimmen kann. Die Forderung nach Selbständigkeit Kataloniens hat stets große Sprengkraft gehabt. Sie geht zurück bis ins 15. Jahrhundert. Die unterschiedlichen natürlichen Bedingungen haben gegen Ende des 18. Jahrhunderts, zu Beginn der kapitalistischen Produktionsweise zu scharfen Widersprüchen zwischen der Zentralgewalt in Madrid und Katalonien geführt. Mit seinen Rohstoffen, Transportwegen, seiner ausreichenden Wasserversorgung und seinen Handelsbeziehungen hat die katalonische Provinz einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Die autoritär-monarchistischen, zentralistischen Machtstrukturen behinderten den wirtschaftlichen Aufschwung dieser Provinz Spaniens. Mit dem Verbot der eigenen Sprache in Schulen und Theatern durch Isabella II. erhielt die Auseinandersetzung ihre erste Zuspitzung.

Die katalonische Volksbewegung für Autonomie wollte die Föderation mit den autonomen Rechten: selbst die Höhe der Abgaben an die Zentralregierung in Madrid festlegen, selbst über die Produktion entscheiden und freie kulturelle Entfaltung mit allen nationalen Elementen. 1931, noch vor Gründung der zweiten spanischen Republik, wurde die Autonomie Kataloniens proklamiert. 1932 erhielt Katalonien das Autonomiestatut. „Autonome Region innerhalb des spanischen Staates", deren Macht vom Volke kommt und durch die „Generalidad" repräsentiert wird. 1939, nach der Niederlage des nationalrevolutionären Freiheitskrieges gegen den Faschismus, zerschlugen die Faschisten den Autonomiestatus, wegen „verderblichem Separatismus". Sie gingen umgehend daran, sich die wirtschaftliche Macht Kataloniens zu unterwerfen. Die katalonischen Banken wurden geschlossen und der Anteil des katalonischen Kapitals am spanischen wurde drastisch reduziert von 1925: 11%, 1940: 6,75%, 1950: 3%.

Der Franco-Faschismus versuchte, die kulturelle Identität der Katalanen auszulöschen, besonders durch das erneute Verbot der Sprache. Gegen 1950 hat der Widerstand gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Faschismus und die scharfen Repressionen den Widerstand der Arbeiterklasse in Massenaktionen hervorgebracht. Der Streik der Straßenbahner 1951 in Barcelona war der Beginn einer Massenmobilisierung der Arbeiterklasse. Im kulturellen Bereich entstand in Katalonien die Bewegung „Neues Lied" mit massenhafter Verbreitung katalanischer Widerstandslieder. In den Schulen wurde wieder katalanisch gesprochen. Die Forderungen nach „Autonomie und Amnestie" erstarkten seit dieser Zeit. Nach dem Tod des Diktators Franco hat die staatsmonopolistische Bourgeoisie und das internationale Finanzkapital die Politik fortgesetzt. Große Teile der Wirtschaft befinden sich in Händen der US- und EG-Imperialisten. Mit Krediten der „Export Import Bank" wird der Bau von Kernkraftwerksanlagen durchgeführt. Die westdeutschen Imperialisten lassen die KWU 2 Kernkraftwerke bauen. All das wird die Abhängigkeit des Landes neben der jetzigen Verschuldung bei der Weltbank und der IWF weiter vertiefen. Die Forderung nach Autonomie wird die Lage der katalonischen wie auch der baskischen Arbeiter und des Volkes nicht ändern. Die Aufgabe der gesamten spanischen Arbeiterklasse ist die Zerschlagung des kapitalistischen Ausbeutersystems. Hierbei werden die Forderungen nach Autonomie der Katalanen und Basken ihre Entsprechung finden und als Bestandteile eines demokratisch-revolutionären Programms die Volksrevolution in Spanien unter Führung der spanischen Arbeiterklasse gewaltig befördern. – (Z-Red)



Die Forderungen der Katalanen und Basken nach Autonomie und Amnestie haben große Bedeutung für die Volksrevolution in Spanien. Demonstration der Katalanen


Demonstration der Basken.

Ergebnisse der UN-Wüstenkonferenz: Stärkung der Völker im Kampf gegen den Imperialismus

Während der UN-Wüstenkonferenz in Nairobi schrieb die US-amerikanische Zeitschrift „Time": „Vielleicht das größte Hindernis (zur ‚gemeinsamen Bekämpfung der Wüsten' – Red.) ... ist die politische Frage, die weiter die reichen und armen Nationen der Welt spaltet. Diese Frage war in Nairobi in der letzten Woche unmißverständlich sichtbar und schroff hörbar."

„Das Vordringen der Wüsten ... wird als Ergebnis menschlichen Handelns angesehen – das aber bedeutet, daß dieses Problem gelöst werden kann", sagte der Generalsekretär der Konferenz, Mostafa Tolba, in Nairobi. Muß es nicht, angesichts der Ursachen der Desertifikation – dem ungehemmten Raubbau an der Natur und der zügellosen Unterdrückung der Völker durch den Imperialismus – scharfe Differenzen über die Bekämpfung der Wüsten geben? Nur ein Beispiel: Jahrzehntelang haben die Imperialisten die zwangsweise „Seßhaftmachung" der viehtreibenden Nomaden als Notwendigkeit im Kampf gegen die Wüsten „empfohlen", d.h., sie haben sie gewaltsam durchgesetzt, um unter der Fahne der „Schonung des Bodens" große Gebiete nutzbaren Landes an sich zu reißen und mit Produkten für ihren Bedarf bebauen zu lassen. Zahlreiche Länder der Dritten Welt, die auf diese Weise einen großen Teil ihrer ehemals riesigen Viehreichtümer einbüßten, haben dann im Verlauf ihres Kampfes um Unabhängigkeit und Befreiung durch jahrelange Beobachtung und Untersuchung herausgefunden, daß nicht das Wandern der Viehherden, sondern die starre Seßhaftigkeit der Nomaden dem Boden schadet und den Grasbestand vernichtet; daß die Nomaden bei ihren Wanderungen den Gesetzen der Natur folgten und ständig das Gleichgewicht zwischen ihrem Nutzen und den Erfordernissen des Landes hielten. Heute praktizieren viele Ländern, z.B. Algerien, eine geschmeidige Form der Seßhaftmachung, d.h. sie lassen den Nomaden den Raum, den sie zur Weidung ihrer Herden brauchen, ohne die Naturbedingungen zu zerstören, und bauen ihnen gleichzeitig feste Zentren der Versorgung, der Erziehung ihrer Kinder, der medizinischen Betreuung usw.

Die UN-Wüstenkonferenz hat sechs Projekte in sechs Trockengebieten der Erde beschlossen, mit denen dem Vordringen der Wüsten Einhalt geboten und Wüstengebiete nutzbar gemacht werden sollen. Daß die Imperialisten diese Projekte mit Argwohn beobachten und bekämpfen, zeigte sich spätestens am letzten Konferenztag, als sie heftig gegen die Forderung der Länder der Dritten Welt nach Zwangsbeiträgen zur Finanzierung der Projekte auftraten. Es geht ihnen nicht nur um das Geld, das sie nicht zahlen wollen, sondern darum, den Zusammenschluß der Völker der Dritten Welt zur Durchführung dieser Projekte zu verhindern, weil er ihren Zusammenschluß gegen den Imperialismus und Kolonialismus vorantreibt.

Beschlossen wurde z.B. die Schaffung eines Grüngürtels über den ganzen Nordrand der Sahara, der durch gemeinsame Anstrengungen Ägyptens, Libyens, Algeriens, Marokkos und Tunesiens entstehen soll. Die europäischen Kolonialisten hatten die Sahara, die sie nie unter Kontrolle gebracht hatten, stets als eine „aus Dünenmeeren und wenigen Oasen bestehende Naturbarriere zwischen der afrikanischen Nordküste und Schwarzafrika" bezeichnet. Eine „Naturbarriere" ist die Sahara für die arabischen und afrikanischen Völker nie gewesen: „In den Jahrhunderten vor der Europäerzeit war sie ein ... durchaus praktikabler Verkehrsraum und damit ein Wirtschaftsraum. In den ... Moslem-Glanzzeiten des Mittelalters zogen diagonal durch den Wüstenraum (über 4 000 km) Tausende Menschen und Tiere vom Nigerknie nach Kairo, für uns ein Wunder an Organisationskunst", schreibt ein Dr. Schiffers in der FAZ (22.8.). Die Kolonialherren haben durch die Aufteilung der Sahara untereinander und in der Absicht, die Völker des Kontinents zu spalten, 14 500 km neue, willkürliche Grenzen und damit viele „tote Ecken" geschaffen und so das Ihre getan, um die Sahara tatsächlich in eine Barriere zwischen Nord und Süd zu verwandeln. Jeder Versuch der Anliegerstaaten, das Vordringen der Wüste zu verhindern und die Sahara selbst zu erschließen, ist ein mächtiger Schlag gegen den Imperialismus, ein Beitrag zum Zusammenschluß der afrikanischen Völker. In diesem Bewußtsein hat Algerien die Autobahn, die von Algier aus quer durch die Wüste gebaut wird, „Straße der afrikanischen Einheit" genannt.

Im algerischen Wüstenraum entstanden in den alten Stadtoasen moderne Agrar- und Industriezentren. Große Landstriche wurden aufgeforstet und eine „Grüne Mauer" gegen die Wüste errichtet. Diese Erfahrungen kommen jetzt allen Anliegerstaaten zugute. Libyen hat in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Stützpunkte in der Sahara geschaffen. Es hat z.B. in Kufra und Sebha eine moderne Stadt mit 60 000 Einwohnern, einem großen Markt und Umschlageplätzen für Waren aus Nigeria, Niger und anderen Ländern geschaffen. „Früher hieß es, die Nordküste am Mittelmeer muß Siedlungen des Sahara-Inneren miternähren. Nun sollen Kufra und die überall in die Fessan-Täler gesäten Cooperativen mit Getreide, Schafen und Schlachtkamelen Libyen von den Lebensmitteleinfuhren aus dem Ausland unabhängig machen." (Schiffers, FAZ, 22.8.)

Die Vertreter der VR China auf der UN-Wüstenkonferenz haben die Grundvoraussetzung für die Beherrschung der Naturkräfte herausgestellt: die Mobilisierung der Volksmassen. In China hat v.a. seit der Gründung der Volkskommunen die Bekämpfung der Wüsten große Fortschritte gemacht. Wind und Bodenbeschaffenheit wurden beobachtet, große unterirdische Wasservorräte entdeckt. Im Frühjahr und Herbst ziehen Zehntausende Kommunemitglieder und Produktionsbrigaden aus, um Bäume, Sträucher und Gras zu pflanzen, Sanddünen einzuebnen, Bewässerungsanlagen zu bauen. In der Inneren Mongolei z.B. haben die Volksmassen auf diese Weise über 800 000 ha. Wüstengebiet in Wald-, Weide- und Farmland verwandelt und ein Neuntel der Wüstengebiete nutzbar gemacht. Im Gegensatz dazu müssen die US-Imperialisten eine zunehmende Versteppung und Verwüstung ehemals fruchtbarer Landstriche in den Südstaaten eingestehen, trotz „großartiger" Bewässerungsanlagen. Die allein tun's eben nicht, im ganzen, nicht planmäßig angewandt, schaden sie mehr als sie nützen. Die kleinen Bauern in diesen Gebieten sind längst ruiniert und vertrieben, das Land ist in den Händen weniger Großfarmer konzentriert, die das Land ohne Rücksicht auf die natürlichen Bedingungen ausgebeutet und dem Boden die biologischen Nährstoffe entzogen haben. In den Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die die Entfaltung der größten Produktivkraft, die Mobilisierung der Volksmassen unterdrücken, ist – die UN-Wüstenkonferenz hat diese Erfahrung bestätigt – die Beherrschung der Naturkräfte nicht möglich. – (Z-Red.)

Zionistische Pläne zur Absicherung von Expansion und Raub bekommen die richtige Antwort der PLO

Der Landwirtschaftsminister des israelischen Besatzungsregimes, Ariel Sharon, der auch Vorsitzender des „Siedlungsausschusses" der Regierung ist, hat einen Zwanzigjahresplan zur Ansiedlung von zwei Millionen Israelis in einem Gürtel von den Golan-Höhen im Norden bis nach Scharm el-Scheich im Süden verkündet. „Fast alle neuen Siedlungen würden auf Gebieten entstehen, die 1967 durch Israel von Syrien, Jordanien und Ägypten erobert wurden." (Die Welt, 7.9.1977) Sharon will die Pläne mit Verdoppelung der Israelis durch Einwanderung in den nächsten 20 Jahren erreichen. Nach Verkündigung dieser blutigen Pläne meinte der israelische Ministerpräsident Begin, die Zeit sei gekommen, das Blutvergießen zu beenden und anzufangen, „ein Leben der Zusammenarbeit zwischen Juden und Arabern" zu beginnen. Die von Israel besetzten Gebiete könnten zwar Verhandlungsgegenstand auf einer Nahost-Konferenz sein, zugleich müsse aber sichergestellt werden, daß sie aus „historischen und Sicherheitsgründen israelischer Verwaltung unterstellt blieben". (Süddeutsche Zeitung, 7.9.1977)

Die Antwort auf diese Pläne haben die Palästinenser gegeben. Sie verstärken den bewaffneten Kampf. Am 27. August flog ein israelisches Militärfahrzeug auf der Militärstraße zwischen Elat und Scharm el-Scheich durch eine von palästinensischen Kommandos gelegte Mine in die Luft, alle israelischen Soldaten waren tot oder verwundet. (Hsinhua, 31.8.1977) Das Zentralkomitee der PLO bekräftigte in einer Presseerklärung am 27. August in Damaskus die „Wichtigkeit der Weiterführung und Intensivierung des bewaffneten Kampfes und des Kampfes der Massen gegen die zionistische Okkupation". (Hsinhua, 30.8.77) „Es wird keine Gerechtigkeit und dauerhaften Frieden geben, bevor nicht die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes verwirklicht sind. Das ZK verurteilt alle US-zionistischen Intrigen gegenüber der Rückkehr des palästinensischen Volkes in sein Heimatland, der Beherrschung seines eigenen Schicksals, der Gründung eines unabhängigen Staates auf seinem nationalen Territorium und der unabhängigen und gleichberechtigten Vertretung des von der PLO geführten palästinensischen Volkes." Es lehnt die UNO-Resolution 242 ab, „welche die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes nicht anerkennt und unseren Fall als Flüchtlingsproblem beschreibt". Es betrachtet statt dessen die UNO-Resolution 3.236 vom November 1974 „als Basis für die politische Haltung und Aktion der Palästinenser".

Auf dieser Basis schließt die PLO ein Bündnis mit den arabischen Staaten und den Völkern der Welt. Die Außenminister der arabischen Staaten haben sich auf ein Arbeitspapier für die kommende Nahostdebatte der UNO-Vollversammlung geeinigt. Sie fordern die volle Anwendung der Genfer Konvention für die besetzten arabischen Gebiete und erklären die israelischen Besiedlungen und die Anwendung israelischer Gesetze auf die Bevölkerung der besetzten Gebiete für illegal. Sie verlangen von allen Regierungen die Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe für Israel, die zur Auftrechterhaltung der israelischen Besatzungspolitik beitragen und bei der Ausbeutung der Naturschätze der besetzten Gebiete helfen kann. Die UNO-Mitgliedstaaten sollen die Auswanderung ihrer Bürger nach Israel unterbinden. (Süddeutsche Zeitung, 7.9.1977)

Die PLO betreibt eine Politik der maximalen Isolierung des israelischen Besatzerregimes und seiner imperialistischen Hintermänner. Gleichzeitig verstärkt sie den bewaffneten Kampf und die Massenaktionen in den besetzten Gebieten. Der heroische Befreiungskampf des palästinensischen Volkes ist die richtige Antwort auf die zionistischen Pläne. – (Z-Red.)

„Einen Weg finden, die bedrückenden Herren loszuwerden“

„Immer mehr Peruaner greifen zur Selbsthilfe, um zu überleben. Würden sie nicht versuchen, sich auf diese Weise über Wasser zu halten, wäre die Arbeitslosigkeit bei 50% der Erwerbstätigen angelangt ...“, behauptet Springers „Welt“ seit Anfang des Jahres. „Der Andenstaat spürt gegenwärtig die Folgen siebenjähriger sozialer Experimente ... Im Arbeiterviertel La Victoria wird dem Revolutionsgeneral kein ehrendes Andenken bewahrt ... In Indianerdörfern außerhalb Limas leben die Menschen nach wie vor in Holz- oder Lehmhütten ohne fließendes Wasser ... Die Generale ziehen es heute vor, von einer ‚christlichen, humanistischen Revolution‘ zu sprechen“: imperialistische Behauptungen über ein Land, dessen Versuch, sich ihrem Würgegriff zu entziehen, die Imperialisten für gescheitert betrachten und dessen Schicksal sie nunmehr fest in ihrer Hand wähnen.

Die „Experimente“, die die Imperialisten für erledigt betrachten, sind der wie in anderen Ländern Südamerikas auch in Peru in den 60er Jahren unter Führung bürgerlich-nationaler Kräfte eingeleitete Versuch einer Landreform,

– die die Konzentration des Grundbesitzes in Händen weniger Familien und ausländischer Kapitalgesellschaften
ausländischer Kapitalgesellschaften
beseitigen,

– die aus dem Wucher und der Erpressung der bisherigen Großgrundbesitzer resultierende Abhängigkeit der Pächter und die teilweise noch bestehenden Verhältnisse der Bindung der Landarbeiter an den Grundbesitz aufheben,

– die das Land in wirtschaftsfähigen Parzellen entweder an Privat oder an Genossenschaften gegen Bezahlung übergeben,

– und die den noch erhaltenen indianischen Gemeinschaftswirtschaften eine Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Grundlage ermöglichen sollte.

Über die Verhältnisse vor der Einleitung dieser Landreform berichtete ein Bauer in der Zeitschrift „Ceres“ der FAO:

„Ich habe schon sehr früh begonnen, auf dem Land zu arbeiten, weil mein Vater starb und meine Mutter auch. Unsere Großmutter kümmerte sich um uns, aber das Leben war hart für uns vier Brüder. Wer von uns auf den Haciendas (Großgrundbesitzen) arbeitete, mußte viel über sich ergehen lassen. Sie bezahlten uns fast nichts: 20 Centavos, manchmal 50 Centavos, wenn wir den ganzen Tag arbeiteten, vom frühen Morgen bis zum Dunkelwerden (100 Centavos gleich 1 Sol gleich 5 Pfennige, d. Übers.). Mit den Jahren stieg der Tageslohn auf 3 Sols und dann auf 5 Sols, aber inzwischen hatten wir Familien. Es gab mehr Münder zu stopfen, äußerste Armut und unzureichende Kleidung; unsere Söhne starben fast vor Kälte und Hunger. Wirklich, ein Kind verloren wir kurz nach seiner Geburt. Weil das so war, dachten wir immerzu, daß die Dinge sich ändern müßten, daß wir einen Weg finden müßten, die bedrückenden Herren los zu werden. Wir alle sprachen ständig davon. Manchmal protestierten wir, aber dann schlugen sie uns. Es gab Haciendas mit eigenen Gefängnissen, und die Polizei, die immer die Herren verteidigte; sie kamen mit Pferden, zerstörten alles, schlugen uns mit Peitschen, und wenn wir protestierten, nahmen sie uns mit. Manche kamen nie zurück, und niemand wurde jemals dafür zur Verantwortung gezogen. Manchmal war die Polizei betrunken und nahm unsere Frauen mit; die Söhne unseres Herrn machten es manchmal ebenso, und sogar der Herr selbst. Wir hatten Angst, hübsche Töchter oder Frauen zu haben, denn wenn sich der Herr nach ihnen umsah, konnten wir sicher sein, daß er sie mißbrauchen würde. Wenn wir irgendeinen Widerstand leisteten, erschossen sie uns: Kein Mensch kümmerte sich darum, wenn ein Bauer starb. (...)

Früher hatten die Hacienda-Besitzer ihre Aufseher und Verwalter. Sie gaben die Befehle, sie hatten alle Macht, und die Gerichte unterstützten sie immer. Der Bauer, der nicht zur Arbeit wollte, der sich lieber um seinen eigenen kleinen Hof kümmern wollte, konnte das nicht, weil der Aufseher mit seiner Peitsche kam und ihn wie ein Tier schlug. Um ihn zum Arbeiten zu bringen, bekam er vielleicht etwas Coca (Kokain, ein Rauschmittel, der Übers.) und einige Schlucke Schnaps, und am Ende des Tages bezahlte man ihm dann 20 Centavos, was so gut wie nichts war. Deshalb versuchten die Leute, ihre kleinen Höfe und Ackerstellen zu behalten. Aber die Besitzer suchten immer nach Vorwänden. Wenn die Schafhirten und die Kuhhirten ein Tier verloren hatten oder das behaupteten, beschuldigten die Besitzer irgendeinen Bauern, den sie sich gerade aussuchten, und nahmen ihm seinen Hof oder das kleine Stückchen Land, das die Gemeinde ihm gegeben hatte. So sind die Haciendas gewachsen; und deshalb sind wir jetzt auch dagegen, daß den Besitzern etwas für das Land bezahlt wird, das durch die Landreform an uns übertragen worden ist. Die großen Bosse haben niemals ihren Grundbesitz gekauft, nie, kein einziges Mal, sie haben ihn einfach von den Bauern genommen. Deshalb ist es unmöglich, daß wir bezahlen sollen; das wäre ungerecht.“


Bauern und Landarbeiter auf ihren Versammlungen und Beratungen unterstützen den Generalstreik

Neben dieser Landreform wurden von der Regierung die großen ausländischen Kapitalgesellschaften, die insbesondere die Produktion des Kupfer, Zink, Eisen, Blei und Silber in Händen hielten, teilweise nationalisiert, staatliche Kontroll- und Aufsichtsbefugnisse eingeführt und die Arbeiter z.T. an den Besitzrechten und der Gewinnausschüttung der Gesellschaften beteiligt.

Die bürgerlich-nationalen Kräfte in der Regierung versuchten, mit Hilfe dieser Reformen, die Macht des Großgrundbesitzes und die Beherrschung des Landes durch das imperialistische Kapital einzuschränken. Die Imperialisten setzen dem von vornherein entschiedenen Widerstand entgegen. Sie versuchten, das Land wirtschaftlich zu erpressen und die finanzielle Abhängigkeit, in die sich die Regierung zur Finanzierung ihrer Reformen begab, auszunutzen.

In diesem Monat stellen „Bundesstelle für Außenhandelsinformationen“ – der Nachrichtendienst der westdeutschen Imperialisten – fest:

„Zum offenen Ausbruch der Finanzkrise führte die Notwendigkeit, weitere Auslandskredite aufnehmen zu müssen, um den Schuldendienst für 1977 zu sichern. Die Verschuldung Perus bei internationalen Institutionen und fremden Regierungen, die von Beobachtern mit 4 bis 7 Milliarden Dollar beziffert wird, erfordert in diesem Jahr Zahlungen in Höhe von 890 Millionen Dollar (40 bis 50% der Exporterlöse), von denen ein Teil refinanziert werden muß. Der auf weitere Kredite angesprochene IWF stellte im März, im Gegensatz zum Vorjahr, Bedingungen für die Wirtschaftspolitik des Landes ... (u.a. drastische Haushaltskürzungen, Senkung der Inflationsrate, verstärkte Sol-Abwertung).

Nachdem die Regierung dieser Erhöhung der Imperialisten nachgab und u.a. im Juni eine drastische Anhebung der Preise für Nahrungsmittel und das Benzin beschloß bei weiterem Verfall der Löhne, kam es zum Generalstreik. Obwohl die Regierung diesen Streik blutig zu unterdrücken versuchte, der Arbeiter anerkennen und die Preiserhöhungen zurückzunehmen. – (Z-Red.)

Generalstreik in Kolumbien

Am Mittwoch letzter Woche haben die vier Gewerkschaften des Landes, in denen fünf Millionen Arbeiter zusammengeschlossen sind, einen 24stündigen Generalstreik ausgerufen, um Lohnerhöhungen, die Beendigung des Ausnahmezustandes und die Wiederherstellung der vollen politischen und gewerkschaftlichen Rechte durchzusetzen. Die herrschende Klasse hatte den Ausnahmezustand erklärt, Militär aufgeboten, Überfälle und Verhaftung von streikenden Arbeitern durchführen lassen und die Zensur verhängt, um die Vorbereitung dieses Generalstreiks zu unterdrücken. Der folgende Korrespondentenbericht schildert die vorbereitenden Aktionen der kolumbianischen Arbeiterklasse auf diesen Generalstreik, den die herrschende Klasse blutig zu unterdrücken versuchte: Nach Meldung der bürgerlichen Agenturen wurden 12 getötet, darunter zwei Polizisten, und über 600 verhaftet.

„Bogotá, 27.08.

Nach wie vor herrscht in Kolumbien der Ausnahmezustand. Gegen diesen, gegen die galoppierende Inflation und für eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter erwägen die vier großen Gewerkschaften, die fünf Millionen Arbeiter vereinigen, für die ersten Septemberwochen einen Generalstreik. Bislang nehmen sie noch unterschiedliche Positionen ein. Die revisionistisch geführte CSTC und die sozialdemokratisch geführte CGT wollen entsprechend den Forderungen der Arbeiter zu einem Generalstreik aufrufen. Die katholische UTC schließt sich dem Aufruf an, zieht aber ihre Teilnahme sogleich zurück, falls die Regierung Alfonso López Michelsen gewisse Zugeständnisse macht. Die liberal-orientierte CTC (die Regierung wird z.Z. von der PL, Partido Liberal, gestellt) hat die Möglichkeit einer Teilnahme in Aussicht gestellt, hofft aber, daß der Präsident doch noch Gespräche mit den Gewerkschaftsführern aufnimmt.


Die streikenden Petroleumarbeiter mit der Fahne ihrer Gewerkschaft

Die Situation ist gespannt. Seit vier Wochen stehen die Arbeiter der acht Zementfabriken im Streik. Vergeblich erteilte die Regierung ihnen den Befehl, an die Arbeit zurückzukehren, vergebens auch die Einberufung einer Zwangsschlichtungskommission, in der die Forderung der Arbeiter von 50 % Lohnerhöhung auf das Angebot der Zementkapitalisten von 28 % zusammengestückelt werden soll. Die Gewerkschaften wiesen die Zwangsschlichtung kategorisch zurück.

Mit dem Streik der Zementarbeiter liegt die gesamte Bauindustrie brach. 1,2 Millionen Bauarbeiter feiern.

Seit dem 25.8. stehen die Arbeiter der staatlichen Raffinerie ‚Ecopetrol‘ und die Erdölarbeiter im Streik. Die Gewerkschaft (Unión Sindical Obrera) USO hat ihn eingeleitet, weil das Unternehmen mehrere Tarifvertragsbestandteile nicht erfüllt und andere verletzt hat. Ihren Anfang nahm die Bewegung am 22.8. im wichtigsten und größten Raffinerie-Komplex in Barrancabermeja im Department Santander, wo 90 % des Landesbedarfs raffiniert wird. Dort wurden Lohnerhöhungen gefordert.

Sofort nach Streikbeginn übernahm Militär die ‚Bewachung‘ der Anlagen, um, wie es heißt, Sabotage zu verhindern.

26.8. „Aufgrund der Sonderbefugnisse, die sich die Regierung Alfonso López Michelsen mit der Verhängung des Ausnahmezustands vor zwei Jahren großzügig erteilt hat, drohte sie jedem, der sich an Streiks oder Agitationen beteiligt, sechs Monate Gefängnis an.

29.8. „Militäreinheiten überfallen eine Zementfabrik in Manizales, welche seit 30 Tagen bestreikt wird.

400 Petroleros werden in Tibú von bewaffneten Einheiten der Polizei und des Militärs vom Gelände der staatlichen ‚Ecopetrol‘ vertrieben. Bei den schweren Zusammenstößen gibt es vier Tote und zahlreiche Verletzte. Die Regierung verhängt über Cimitarra Ausgehverbot und Standrecht.

Vor drei Tagen hat die Regierung Michelsen per Dekret die Arbeiter verpflichtet, die Zwangsschlichtung zu akzeptieren und die Streiks innerhalb von drei Tagen einzustellen.

Die drei Tage sind um, es wird weitergestreikt.“

Seit zwei Wochen führen die Lehrer einen begrenzten Streik, um eine Statusänderung und damit Gehaltsverbesserung durchzusetzen.

1.9./2.9. „Die Regierung verbietet bis auf Widerruf Demonstrationen und Versammlungen. Diese Regierungsentscheidungen ergehen vor dem Hintergrund gescheiterter Gespräche zwischen ihr und zwei der vier Gewerkschaften. Der MSC (Moviemento Sincical Colombiano, Dachverband aller Gewerkschaften) trifft weitere Vorbereitungen für die Stunde Null. Auf die massiven Vergeltungsdrohungen der Regierung antwortet der Präsident der katholischen UTC und Kongreßabgeordnete Tulio Cuevas, daß er bereit sei, ins Gefängnis zu gehen, jedoch im nationalen Streik werde er nicht umfallen.“

3.9. „Die Regierung gibt im Streik der Lehrer nach und verspricht die geforderte Statusänderung.

Per Dekret wird die vollständige Zensur von Fernsehen und Radio hinsichtlich von Berichten, Meldungen und Aufrufen für den Streik verfügt.“

Imperialistische Ausplünderung Lateinamerikas

Bei zahlreichen Produkten der Landwirtschaft und des Berbaus ist der Anteil der süd- und mittelamerikanischen Länder ein mehrfaches oder wenigstens beinahe doppelt so groß wie sein Anteil an der Bevölkerung der Welt im gleichen Jahre. Mit ihren 190 Millionen Einwohnern umfaßten die Länder südlich der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent im Jahre 1970 5,2 % der Bevölkerung.

Der Anteil dieser Länder an der industriellen Produktion und am Verbrauch bringt die imperialistische Räuberei krass ans Tageslicht. In den wichtigsten Grundstoffen erreichen die Länder zusammengenommen zum Teil nur ein Drittel ihres Anteils an der Weltbevölkerung:

Industrielle Produktion

Aluminium (Mio t)	0,1	1,2%
Roheisen (Mio t)	6,4	1,4%
Rohstahl (Mio t)	9,0	1,5%
Elektr. Strom (Mrd kWh)	107,0	2,2%

und im Verbrauch:

Stahl (Mio t)	13,2	2,2%
Energie (Mio t SKE*)	149,9	2,2%

* Stückkohleeinheiten

Die Imperialisten reagieren auf jeden Schritt, den die unterdrückten Länder im Zusammenschluß gegen die Abhängigkeit von den imperialistischen Monopolen unternehmen.

Über Jahrhunderte hinweg haben es die Imperialisten für ihr selbstverständliches Recht gehalten, die Entwicklung Lateinamerikas brutal zu unterdrücken, die Völker als Sklavenhalter auszubeuten und sie ihrer natürlichen Reichtümer zu berauben, nachdem die spanischen und portugiesischen Kolonialisten im 15. und 16. Jahrhundert die süd- und mittelamerikanischen Kulturen der Azteken, Mayas, Chibchas und Inkas angegriffen und zerstört hatten.

Noch im Jahre 1970 kommt in den Anteilen der lateinamerikanischen Länder an der Weltwirtschaft diese Unterdrückung ihrer Entwicklung durch Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion mit Hilfe von Monokulturen auf den Export und die Ausbeutung der mineralischen Rohstoffe von Mittel- und Südamerika durch die monopolkapitalistischen Bergbaugesellschaften deutlich zum Ausdruck:

Anteil Lateinamerikas an der Weltlandwirtschaft, -forstwirtschaft und -ernährung

	1970	Weltanteil
Kaffee (Mio t)	1,7	41,4%
Fische (Mio t)	14,8	21,5%
Kakaobohnen (Mio t)	0,3	20,0%
Zucker (Mio t)	18,0	12,3%
Mais (Mio t)	27,9	10,7%
Fleisch (Mio t)	7,9	9,8%
Baumwolle (Mio t)	1,1	9,2%
Tabak (Mio t)	0,4	8,5%

Im selben Jahr beträgt der Viehbestand:

Rinder (Mio)	198,5	17,7%
Schweine (Mio)	81,7	13,0%
Schafe (Mio)	125,5	11,7%

Gleichzeitig haben die süd- und mittelamerikanischen Länder eine bedeutende Stellung im Bergbau:

Bauxit (Mio t)	10,9	18,5%
Antimonerz (Mio t*)	12,4	18,2%
Kupfererz (Mio t*)	0,9	14,3%
Manganerz (Mio t*)	1,0	13,5%
Eisenerz (Mio t*)	47,9	11,4%
Rohöl (Mio t)	239,3	10,5%

* Erzgehalt

Die Schreiber der herrschenden Klasse haben Bücher voll von Legenden in die Welt gesetzt über die „Faulheit“ und „Apathie“ der Indios und der armen Landarbeiter und über die besitz- und arbeitslosen Massen, die zu Hunderttausenden rings um die Großstädte herum in Slums nach einer Existenzmöglichkeit suchen oder die Indianer, die in den Hochgebirgen der Anden ein ärmliches Dasein führen und ums nackte Überleben zu kämpfen gezwungen sind.

Diese imperialistischen Legenden haben keinen anderen Zweck, als die Verbrechen des Kolonialismus und des Imperialismus in Süd- und Mittelamerika zu verschleiern. Gleichzeitig versuchen die westdeutschen Imperialisten zusammen mit den US- und anderen imperialistischen Mächten eine Rechtfertigung zu finden für die Unterdrückung der revolutionären Bewegungen unter den Arbeitern und Bauern in Süd- und Mittelamerika, die Verhinderung der Schritte zu nationaler Unabhängigkeit und Selbständigkeit in diesen Ländern und der Maßnahmen, die diese Länder ergreifen, um sich gegenseitig gegen den Imperialismus zu unterstützen. –(Z-Red.)

Der Speisezettel der Krokodile: Alles für die freiheitlich demokratische ...

Die Sorge um ihren Klassenkumpanen Schleyer spült bei den politischen Vertretern der Kapitalistenklasse die Hintergedanken nach vorne. Das Studium dieser Hintergedanken lohnt. Immerhin geht es bloß um *einen* von ihnen, der schon immer für Geld zu haben war und jetzt bloß für 11 Häftlinge zu haben wäre. Die Schandtaten gegen die Volksmassen, über denen die Bourgeois bereits jetzt brüten – werden sie sich nicht ins unermessen Scheußliche steigern, wenn *mehr* als 11 Häftlinge herausgerückt werden müssen? Wenn es um die Behauptung der *politischen* Macht geht?

Was für ein hoffnungsloser Narr ist da nicht, wer glaubt, die Arbeiterklasse könne die *politische Macht ohne Waffengewalt* erringen!

Was für ein Kindergedanke aber auch, mit dieser gerüsteten, gepanzerten, eingemauerten, zu jedem noch so ekelhaften Verbrechen bereiten Klasse von Ausbeutern anders als in einer einheitlichen Aktion der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung der Volksmassen abrechnen zu wollen.

Aber schon jetzt ist es doch unbedingt wahr: Wenn die Krokodile von ihrem Speisezettel anfangen werden zu *bestellen* – und *Appetit* haben sie –, da wird man ihnen was ganz anderes auftischen.

Presseschau: Wirksamer Staatsschutz

„Die Welt", 13.9.1977: „Alfred Dregger, CDU: ‚Im Haftrecht muß gesetzlich ausgeschlossen werden, daß des Terrorismus verdächtige Personen deshalb auf freien Fuß gesetzt werden, weil sie einen festen Wohnsitz haben.

Es darf keine Verpflichtung mehr geben, Häftlinge gegen ihren Willen am Leben zu erhalten

Es soll künftig keine Wahlverteidiger, sondern nur noch Pflichtverteidiger für alle Personen geben, die terroristischer Gewalttaten verdächtigt oder angeklagt sind. Dadurch werden illegale Informationsstränge zerschnitten und einer bewußten Prozessverschleppung vorgebeugt.

Alle Lehrpläne und Schulbücher müssen überprüft werden, inwieweit sie Terroristen Vorschub leisten, begünstigen oder verherrlichen.'

Ministerpräsident Kühn aus Nordrhein-Westfalen (SPD) spricht sich ‚für eine Mindeststrafe von drei Jahren für den Besitz einer automatischen- oder Maschinenwaffe aus. Kühn verlangt ferner die Abschaffung von Sonderrechten für die in Untersuchungshaft genommenen Terroristen'.

Helmut Kohl (CDU) regt an, zu prüfen, ob der Bundesgerichtshof nicht schon für alle Verfahren gegen Terroristen in 1. Instanz zuständig werden könne. Außerdem griff er den von Eyrich gemachten Vorschlag auf, das Abhörgesetz so zu novellieren, daß die Telefonüberwachung möglich wird, noch bevor polizeiliche Ermittlungen eingesetzt haben."

Ausbau des Polizeiapparates / Verschärfung des Demonstrationsrechts

„Frankfurter Rundschau", 16.9.1977: „Der FDP Fraktionsvorsitzende Mischnick fordert eine nüchterne Diskussion über die weitere Verbesserung der Polizeiarbeit. Jeder Gedanke müsse aufgegriffen werden, der sich mit einem effizienteren Einsatz der Polizei beschäftigt."

„Frankfurter Rundschau", 15.9.1977: „Wehner rief am Mittwoch eindringlich zur Gemeinsamkeit aller Demokraten auf. Er setzte sich dafür ein, die Instrumente der inneren Sicherheit gewissenhaft zu überprüfen."

„Die Welt", 16.9.1977: „Wehner: ‚Worum es geht, ist, alles nutzbar zu machen, was die geltenden Gesetze ermöglichen und dabei auch Lehren für gegebenenfalls weitere gesetzgeberische Schritte zu ziehen.'"

„Willy Brandt, SPD-Vorsitzender: ‚In den kommenden Tagen und Wochen werde man offen sein für die Erörterung aller Notwendigkeiten, die geeignet seien, die freiheitliche Rechtsordnung zu sichern.'"

Einführung der Todesstrafe

„Frankfurter Rundschau", 14.9.1977: „Der bayerische Innenminister Seidl (CSU) hat sich dafür ausgesprochen, das Verbot der Todesstrafe aus dem Grundgesetz herauszunehmen. Er vertrat die Ansicht, daß das Verbot der Todesstrafe ‚rechtssystemwidrig' im Grundgesetz verankert sei und der Entscheidung der einfachen Mehrheit im Parlament überlassen bleiben müsse.

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion würde nach Meinung des CSU-Bundestagsabgeordneten Lorenz Niegel eine Mehrheit für die Todesstrafe zustandekommen. ‚Nach der Stimmung der Bevölkerung wird das von uns erwartet.'" (Gemeint ist ein „parlamentarischer Vorstoß", nach Frankfurter Rundschau)

„Heinrich Köppler wandte sich am Dienstag vor Journalisten gegen eine Debatte über die Wiedereinführung der Todesstrafe. ‚Nach Ausgang des Entführungsfalles müsse man sich allerdings damit auseinandersetzen, was in der Bevölkerung geredet wird.'"

„Die Welt", 13.9.1977: „Er (Kohl, CDU) schlägt weiter vor, die Vorschriften für den Schußwaffengebrauch der Polizei zu ändern, um den Beamten alle Möglichkeiten im Kampf mit den Verbrechern zu geben, und die Gefahr auszuschließen, daß sie dabei selbst gegen bestehende Vorschriften verstoßen. In diesem Zusammenhang wird nach Kohl die Frage des Todesschusses neu überdacht werden müssen."

„Weitere Überlegungen in Bonner Parlamentskreisen betreffen operative Verbesserungen im Sicherheitsbereich. Dabei gehe es um eine engere Zusammenarbeit von Bundeskriminalamt, Länderpolizeien, Bahnpolizei, Bundesgrenzschutz der Sondergruppe GSG 9 und dem Zoll. Notwendig erscheine für die Fahndungsapparaturen ein ‚zentrales Gehirn', das auch mit bestimmten Weisungsbefugnissen ausgestattet werden solle. Die Arbeit des Verfassungsschutzes müsse effektiver werden. Hier handele es sich um ein besonders rechtsempfindliches Feld, da auch strafbare Handlungen von V-Leuten hingenommen werden müssten. Die Neuregelung und Kontrolle des Nachrichtendienstes wird erörtert."

„Dregger, CDU, schlug am Dienstag in einem Interview des Deutschlandfunks vor, ein Terroristen-Jagd-Kommando mit Elite-Beamten aus Bund und Ländern zu bilden. Diese Einheit müsse nicht nur ausgezeichnet bewaffnet sondern frei von jeder bürokratischen Einengung sein. Ferner machte Dregger den Vorschlag, einen Kreis von Vertrauensleuten aufzubauen, die vorübergehend in die Schlupflöcher der Terroristen eindringen und diese vor ihren geplanten Aktionen schädlich machen sollten."

„Süddeutsche Zeitung", 15.9.1977: „Maihofers Vorlage sieht 941 Millionen für den Ausbau der Sicherheitsorgane der BRD vor. Kabinettsbeschluß: 870 Millionen: 4800 neue Stellen. Sondereinheiten zur Bewachung von Ministerien und Gerichtsgebäuden."

„Frankfurter Rundschau", 14.9.1977: „Vorschlag des hessischen Justizministers Hemfler für eine ‚Verfeinerung des Demonstrationsrechts': Maskierung von Demonstranten soll nach den Überlegungen ebenso unter Strafe gestellt werden wie das Mitführen von Schutzhelmen, Gasmasken oder Wurfhaken. Der Vorbereitung von gewalttätigen Demonstrationen solle damit entgegengewirkt werden."

CDU/CSU: „Plan, einen Demonstrationsteilnehmer zu bestrafen, der sich einer Menschenmenge anschließt oder sich nicht aus ihr entfernt, wenn Gewalttaten begangen werden." (Verschärfung der Bestimmung des Landfriedensbruchs, die Red.)

Einsatz der Bundeswehr

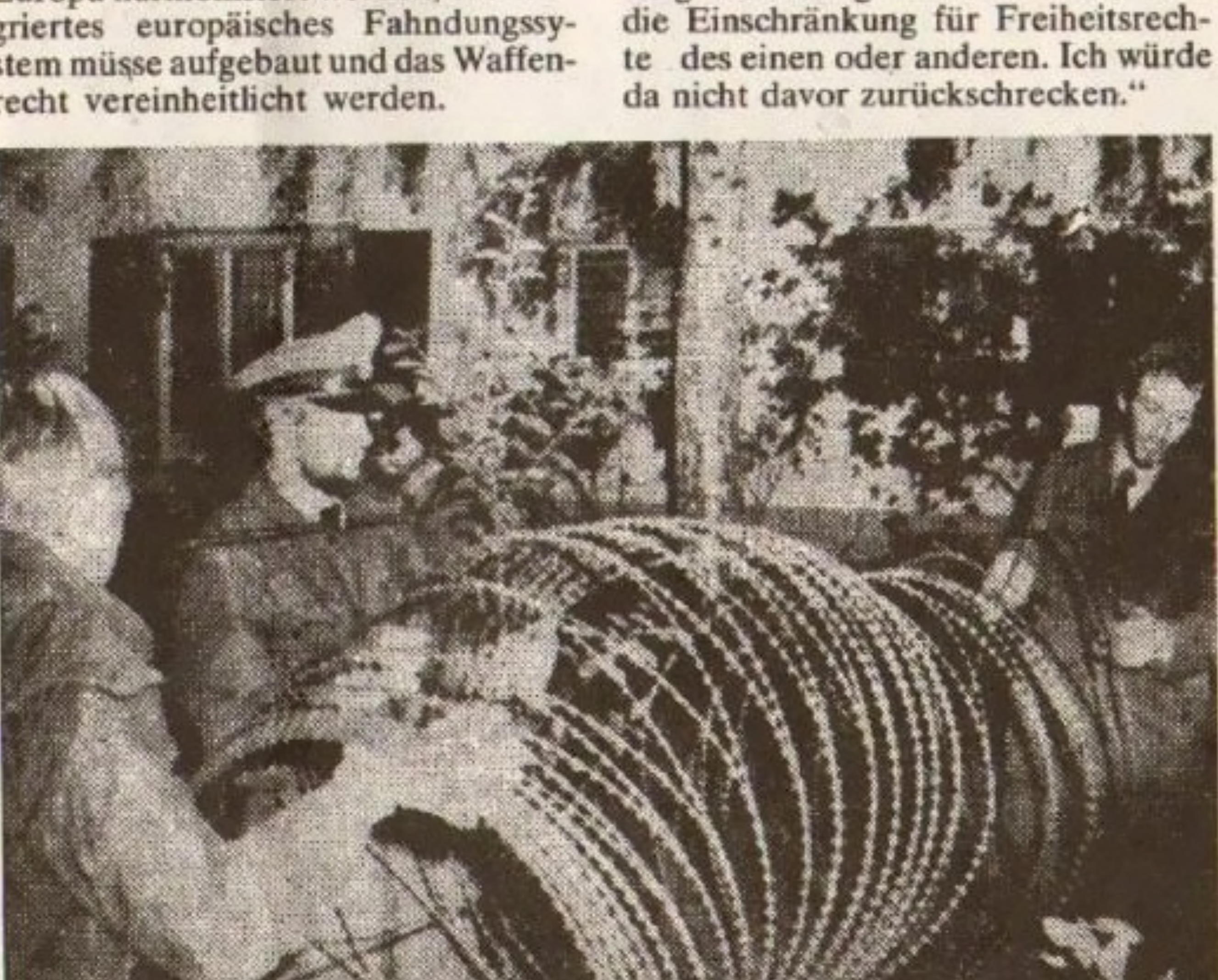
„Frankfurter Rundschau", 17.9.1977: „Der CDU-Generalsekretär Geißler spricht sich dafür aus, die Bundeswehr im Wege der Amtshilfe zur Entlastung der Polizei bei der Terrorbekämpfung einzusetzen."

„Die Bundesregierung antwortet: ‚Nach dem Grundgesetz ist es die unmißverständliche Aufgabe der Bundeswehr, Angriffe von außen abzuwehren. Für eine Notstandssituation, die nach der Verfassung auch im Spannungsfalle den Einsatz der Bundeswehr zum Schutz ziviler Objekte und zur Abwehr einer Gefahr für den Bestand der freiheitlich demokratischen Grundordnung bei nicht ausreichenden Kräften von Polizei oder Grenzschutz auch gegen organisierte und militärisch bewaffnete Aufständige zulasse, fehlten gegenwärtig jegliche Voraussetzungen.'"

CDU-Landespolitiker Karl Ruder: „Die Bundeswehr soll auch außerhalb des nach dem Grundgesetz förmlich festzustellenden inneren Notstandes den Objektschutz übernehmen. Ruder forderte die Landesregierung in Stuttgart auf, sich für entsprechende Gesetzesänderungen einzusetzen."

Internationales FBI für die EG

„Frankfurter Rundschau", 9.9.1977: „Neue Maßnahmen zur Koordinierung der Verbrechensbekämpfung in der Europäischen Gemeinschaft mit dem Ziel der Errichtung eines gemeinsamen Kriminalamtes hat der CDU-Generalsekretär Heinz Geißler gefordert. Der Abbau der Grenzkontrollen dürfe sich nicht zum Nachteil der inneren Sicherheit in Europa auswirken. Außerdem reichten Interpol und die geltenden Rechtshilfeverträge angesichts der zunehmenden grenzüberschreitenden Beweglichkeit internationaler Verbrecher zu ihrer sachgerechten Bekämpfung nicht aus. Nach Geißlers Vorstellungen müssen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Bereich der inneren Sicherheit in Europa harmonisiert werden, ein integriertes europäisches Fahndungssystem müsse aufgebaut und das Waffenrecht vereinheitlicht werden.



Wenn es den Bourgeois eng wird um den Hals – Polizeitruppe zieht vor Strauß' Haus auf.

Bonner Perspektiven:

ZDF: „Wir wandten uns an die Wissenschaft. An den Politologen, an den Rechtswissenschaftler, an den Soziologen. Sie können aus wissenschaftlicher Distanz analysieren, beurteilen und empfehlen, ohne damit die Rettung zu gefährden, oder auf die aktuellen Geschehnisse einzuwirken.

Der Politologe: Er beobachtet über lange Zeiträume politische Entwicklungen, Strömungen, Tendenzen. Im Staat, in der Gesellschaft, in den Parteien. Professor Kurt Sontheimer, Jahrgang 1928."

Sontheimer: „„Die Lage war noch nie so ernst ...', um Konrad Adenauer hier zu paraphrasieren. (...) Und ich glaube, daß eine solche Lage auch außergewöhnliche Maßnahmen notwendig macht." (...)

„Es gibt eine, wie man gesagt hat, neue Dimension des Terrors in der Bundesrepublik. Technokratischer, gefährlicher, rücksichtsloser, unmoralischer als er je war. Und deshalb meine ich, daß man nach allen Kräften überlegen muß, was denn geschehen kann, um diesem Phänomen, das unseren Staat auch ruinieren kann, auf die Dauer, endlich Herr zu werden." (...)

„Ich bin der Meinung, daß der Terrorismus seinen Nährboden in linken revolutionären Theorien hat, auch wenn solche Theorien nicht unbedingt die Gewalt predigen, aber daher kommt das ganze, und insofern müssen wir uns auch mit – geistig mit diesem ganzen Feld auseinandersetzen, insbesondere müßten wir ein besseres Verhältnis zur Wirklichkeit gewinnen. Nämlich zu der Wirklichkeit, die die Bundesrepublik darstellt, und die keinesweg so ist, wie linke Theorien sie beschreiben."

Außergewöhnliche Situation: BRD als inhumane, ausbeuterische Klassengesellschaft

„Mir scheint, daß es vor allem darin liegt, daß man die Gesellschaft der Bundesrepublik als eine inhumane, ausbeuterische Klassengesellschaft und was noch beschreibt, während wir doch mit Stolz sagen dürfen, daß wir in der Bundesrepublik einen Staat haben entwickeln können, der unter den Gesichtspunkten der Demokratie, der Freiheit, der Gerechtigkeit zwar kein Musterbild ist, aber doch soweit entwickelt worden ist, daß wir uns doch gegenüber anderen Ländern durchaus sehen lassen können, und das gilt es zu beschützen und zu bewahren." (...)

„Ich glaube nur, daß die Situation so außergewöhnlich ist, daß man auch nicht davor zurückschrecken sollte, zu überlegen, wie man den Rechtsstaat fähig machen kann, dieser extremen Herausforderung, der er sich jetzt ausgesetzt sieht, wirksamer zu begegnen, auch wenn das unter Umständen die eine oder andere Grundgesetzänderung notwendig machen sollte, oder die Einschränkung für Freiheitsrechte des einen oder anderen. Ich würde da nicht davor zurückschrecken."

Einführung des FBI

ZDF: „Der Verfassungsrechtler: Er betrachtet Politik, Staat und Gesellschaft aus der Perspektive des Rechts. Professor Klaus Stern, Jahrgang 1932."

Stern: „Wie mir scheint, ist die Bekämpfung des Terrorismus nicht eine Frage der Änderung des Grundgesetzes. Denn das Grundgesetz hat alle Möglichkeiten parat, um den Terrorismus hinreichend zu bekämpfen. Man könnte, von der Wiedereinführung der Todesstrafe abgesehen, lediglich die Frage stellen, ob im Bereich des Bundeskriminalamtes, also der Einführung, wie es unter dem Schlagwort immer geführt wird, eines sogenannten FBI, eine Grundgesetzänderung erforderlich ist. Aber, das geltende Bundeskriminalamtsgesetz enthält weitgehend die Möglichkeiten, um alle Terroristen aus einheitlicher Sicht zu bekämpfen. Das Grundgesetz selbst braucht hierfür, um noch schlagkräftigere Möglichkeiten zu finden, nicht geändert zu werden." (...)

„Die Politik hinkt hinter den Notwendigkeiten her." (...)

Die Waffe des Artikels 18

„Der Artikel 18 wirkt natürlich nicht gegen die Terroristen selbst. Denn die Terroristen sind, – deren muß man ja habhaft werden. Und wenn man ihrer habhaft wird, dann sind sie in den Strafanstalten, und hier ist der Artikel 18 ja sowieso nicht einschlägig, denn ihre Grundrechte sind ja hier bereits verlorengegangen. (...) Und hier wäre beispielsweise, Sie haben mit Recht zitiert, die Lehrfreiheit, Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes, hier wäre beispielsweise daran zu denken, ob man diese Vorschrift nicht anwendet gegen solche Hochschullehrer, die, in welcher Form auch immer, die Anwendung von Gewalt unterstützen.

ZDF: „Der Soziologe. Er verfolgt die strukturellen Veränderungen in der Gesellschaft, erforscht ihre Ursachen und analysiert ihre Auswirkungen auf Öffentlichkeit, Politik und Staat. Professor Erwin K. Scheuch, Jahrgang 1928."

Verbot, auf Forderungen von Geiselnahme einzugehen

„Wir haben nebeneinander ein polizeiliches und ein politisch-ideologisches Problem. Das polizeiliche Problem besteht offensichtlich darin, uns effektiver zu machen. In Köln sind offensichtlich viele Fehler begangen worden. Sie erklären sich wohl noch am ehesten daraus, daß wir die Polizei, und zwar die einfachen Beamten, in den vergangenen Jahren immer wieder verunsicherten, so daß sie also eingeschüchtert ihrer Aufgabe nachgehen. Die Bewaffnung ist offensichtlich zu verbessern, aber mir scheint auch noch ein Stück Gesetzgebung naheliegend: Es muß einem jeden Staatsbeamten verboten werden, auf Forderungen von Geiselnahme einzugehen. Damit entfällt zwar nicht jeder Terrorismus, die Morde etwa an Buback werden weitergehen, aber es entfällt zumindest diese scheußliche Geiselnahme, sie hat ja kein erkennbares Ziel mehr. Die ideologisch-politische Aufgabe muß sich jetzt richten auf diese dauernde Verunglimpfung der Bundesrepublik, die ja auch zugleich eine Verunglimpfung der normalen Mitbürger ist. Wir müssen schließlich Strukturpolitik betreiben. (...)

Dagegen steht die stabilisierende Kraft all der Menschen, die während ihres Lebens sich *ihr* Leben durch Arbeit gestalten. Die stabilisierende Kraft der Mittellagen. Und so ist eine Politik, die die Mittellagen in ihrer gegenwärtigen Schwierigkeit stärkt, die beste Strukturpolitik gegen Extremismus."

Eine echte Alternative

Schirrmacher, Gewerkschaft der Polizei: „Was kann der Personen- und Objektschutz überhaupt leisten? Im Falle von Herrn Schleyer sind rund um die Uhr mit Schichtwechsel sozusagen 24 Beamte ständig eingesetzt gewesen. Wenn man bedenkt, daß es 2 000, vielleicht 3 000 bis 4 000 gefährdete Politiker, Wirtschaftsmänner und andere in der BRD gibt, dann ist das ja eine fast nicht zu bewältigende Aufgabe.

Wenn man das von dieser Seite aus durchdenkt, dann muß man zwangsläufig zu diesem Ergebnis kommen, weil hier Zahlen eine Rolle spielen, die in der Größenordnung von 60 000 bis 100 000 liegen. Der Personen- und Objektschutz kann auch niemals eine optimale Leistung und einen optimalen Schutz darstellen, weil ein solcher Schutz nicht gewährleistet werden kann, es sei denn, man würde die zu schützende Person ständig mit einem Panzerwagen durch die Gegend fahren lassen oder gar persönlich im Gefängnis unterbringen. Das kann ja wohl nicht der Sinn sein?"

Kommunistische Volkszeitung

Seite 3
Kampf gegen die Senkung des Lohnstandards

Seite 4
Südafrika: Arbeitsbedingungen und Investoren

Seite 11
„Militärische Integration" im Warschauer Pakt: Aggressionswerkzeug des Sozialimperialismus

Seite 12
Britische Imperialisten von allen Seiten unter Druck – aber imperialistische Absichten ungebrochen

Seite 13
Steuerreform des US-Finanzkapitals

Seite 14
Spanien: 1 Million Katalanen demonstrieren für Autonomie und Unabhängigkeit

Seite 15
Generalstreik in Kolumbien